



KULTUR

LUC JOCHIMSEN
(HRSG.)

NEU

DENKEN

SZENISCHE LESUNGEN 2009-2018

LUC JOCHIMSEN (HRSG.)

KULTUR NEU DENKEN

SZENISCHE LESUNGEN 2009-2018

TEXTBÜCHER



LUC JOCHIMSEN wurde 1936 in Nürnberg geboren und wuchs in Frankfurt am Main auf. Sie studierte Soziologie, Politik und Philosophie; 1961 promovierte sie bei Helmut Schelsky mit einer Arbeit über «Zigeuner – eine Minderheit in der Bundesrepublik». 1975 wurde sie beim NDR Redakteurin des ARD-Magazins «Panorama». Für die ARD ging Luc Jochimsen von 1985 bis 1988 als Korrespondentin erstmals nach London, von Oktober 1991 bis Dezember 1993 leitete sie das dortige ARD-Studio, nachdem sie zwischenzeitlich für die Abteilung Feature/Auslandsdokumentation des NDR verantwortlich gewesen war. Von 1994 bis 2001 war sie Fernsehchefredakteurin des Hessischen Rundfunks. Von 2005 bis 2013 war sie Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

Auszeichnungen: Grimme-Preis (1971), Alexander-Zinn-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg (1981), Prix Italia für den Film «Umgang» (1984).

Veröffentlichungen: «Hinterhöfe der Nation – Die deutsche Grundschulmisere» (1971), «Sozialismus als Männersache oder: Kennen Sie «Bebels Frau»?» (1981), «Warenhaus Journalismus – Erfahrungen mit der Kommerzialisierung des Fernsehens» (2004), «Dieses Jahr in Jerusalem. Theodor Herzl – Traum und Wirklichkeit» (2004), «Die Verteidigung der Träume – Autobiographie» (2014).

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein, Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-06-5 · Redaktionsschluss: November 2019

Redaktion: Lisa Albrecht

Titelfoto: Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Korrektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout / Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Gregor Gysi Vorwort	5
Florian Weis Von Weimar nach Europa, von Allende zu Heym	6
DIE TRILOGIE	
1914 – Die Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten	7
1918 – Die Debatten auf dem Gründungsparteitag der KPD	23
1919 – Die Debatten in der Weimarer Nationalversammlung	41
Luc Jochimsen Idee und Konzept	68
HOMMAGE	
Salvador Allende – 40 Jahre nach dem Wahlsieg der Unidad Popular	83
Stefan Heym – «Einer, der nie schwieg»	105
Fritz Bauer – und der Unrechtsstaat	125
Franz Sodann Mit Herz und Verstand	140
LOBLIED AUF EUROPA 60 Jahre Römische Verträge	141

GREGOR GYSI

VORWORT

Erinnern hilft, Zusammenhänge besser zu verstehen, frühere Fehler nicht zu wiederholen, wenigstens eigene neue zu begehen. Durch Luc Jochimsen wurden wir zu szenischen Lesungen angehalten, die uns mit der Gegenwart durch die Geschichte konfrontieren. Diese szenischen Lesungen werden hier veröffentlicht.

Es ging um die Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg. Es lasen unter anderem Jakob Augstein, Michel Friedman, Peter Gauweiler, Christoph Hein, Oskar Lafontaine, Ingo Schulze, Sahra Wagenknecht, Roger Willemsen, ich und viele andere. Besonders bemerkenswert fand ich nicht nur den Fehler, die Kriegskredite zu beschließen, sondern dass die meisten derjenigen, die sie beschlossen hatten, es nie bereuten. Selbst nach den Millionen Toten nicht, den verheerenden Folgen für viele Länder, auch und gerade für Deutschland.

Eine andere Lesung beschäftigte sich mit dem Gründungsparteitag der KPD. Hier lasen Dietmar Bartsch, Daniela Dahn, Jan Korte, Gesine Löttsch, Ingo Schulze, Petra Sitte, Peter Sodann und als Erzähler fungierten Luc Jochimsen und Franz Sodann. Einmal mehr machte uns die Geschichte deutlich, dass die Spaltung der Linken ein großes Problem war und bleibt. Die feste Überzeugung jedes Linken, dass er im Unterschied zu den anderen recht habe und wenn ihm die Partei nicht folge, er eine eigene Organisation schaffen müsse, hatte schon immer fatale Folgen.

Dann ging es um eine Trilogie. Wir gedachten Salvador Allende anlässlich seines Wahlsieges 1970, des Schriftstellers Stefan Heym am Vorabend seines 100. Geburtstages sowie des 50. Jahrestages des Auschwitz-Prozesses und des Verdienstes von Fritz Bauer, dem hessischen Generalstaatsanwalt, dass es überhaupt zu diesem Prozess in der alten Bundesrepublik Deutschland gekommen ist.

Am Anfang aber war Weimar. Der Festakt zur Geburtsstunde der deutschen Demokratie im Deutschen Nationaltheater in Weimar war eine Rekonstruktion des Anfangs der Weimarer Republik. Es geschah am historischen Ort und am historischen Datum, nämlich am 6. Februar 2009 – exakt 90 Jahre nach dem Tag, an dem sich die Nationalversammlung in Weimar konstituierte. Gelesen wurden die ersten Reden aus dem Entwurf einer Verfassung, die großen Hoffnungen, die hasserfüllten Anfeindungen von Beginn an. Es lasen die Pröpstin Elfriede Begrich, Michel Friedman, der Kabarettist Ulf Annel, der frühere Oberbürgermeister von Weimar Volkhardt Germer, der frühere Kulturdirektor Weimars Felix Leibrock, der Schauspieler Peter Sodann, ich und vor allem Schülerinnen und Schüler des Goethegymnasiums.

Die Publikation ist nicht nur eine Geschichtslektion, denn es ist schon erstaunlich, wie manche Probleme von früher denen heute ähneln. Besonders freue ich mich über das Schlusskapitel. Es ist schon eine Art Loblied auf Europa, 60 Jahre nach den Römischen Verträgen.

FLORIAN WEIS

VON WEIMAR NACH EUROPA, VON ALLENDE ZU HEYM

ZEHN JAHRE SZENISCHE LESUNGEN ÜBER DAS «KURZE 20. JAHRHUNDERT»

«Epochal» wird als Begriff etwas inflationär verwendet. Auf Eric Hobsbawms «Zeitalter der Extreme», 1994 zuerst veröffentlicht, kann diese Beschreibung jedoch bedenkenlos angewendet werden. Hobsbawm beschreibt hierin die Epoche zwischen 1914/17 und 1989/91, die er, in Anknüpfung an den ungarischen Historiker Iván T. Berend, als «kurzes 20. Jahrhundert» bezeichnet.

In ebendiesem kurzen 20. Jahrhundert sind die meisten der Ereignisse und Personen beheimatet, die Luc Jochimsen, zumeist im eleganten Zusammenspiel mit Franz Sodann, in sieben szenischen Lesungen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und oftmals auch der Fraktion der LINKEN im Deutschen Bundestag initiiert, konzipiert und durchgeführt hat. Der zeitliche Bogen spannt sich von 1914 und der Debatte über die Bewilligung der Kriegskredite im Deutschen Reichstag bis hin zum Leben des Schriftstellers Stefan Heym, der, 1913 in Chemnitz als Helmut Flieg geboren, in seinen 88 Lebensjahren diese geschichtliche Spanne geradezu exemplarisch verkörperte. Eröffnet wurde der Reigen im Februar 2009 an historischer Stelle in Weimar mit einer Lesung aus Anlass der Konstituierung der Nationalversammlung 1919, die die Weimarer Verfassung erarbeitete. Den vorläufigen Abschluss bildeten im Dezember 2017 eine Lesung aus Anlass von 60 Jahren Römische Verträge, die eine zentrale (wenn auch nicht die einzige) Grundlage für das legten, was heute die Europäische Union ist, und eine Lesung im Dezember 2018 in Erinnerung an die Gründung der KPD 100 Jahre zuvor. Lesungen in den Jahren 2010 bis 2015 widmeten sich dem sozialistischen chilenischen Präsidenten Salvador Allende sowie dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und dem von ihm initiierten Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main.

Ich hatte die Möglichkeit, an fast allen szenischen Lesungen entweder selbst mitzuwirken oder zu ihrer Ermöglichung ein wenig beizutragen. Das übervolle Deutsche Nationaltheater in Weimar 2009 ist mir natürlich in Erinnerung geblieben, aber auch eine Lesung zur Bewilligung der Kriegskredite im prunkvollen großen Saal des Hamburger Rathauses vor dem Hintergrund eines riesigen Hafengemäldes. Ganz besonders gerne erinnere ich mich aber an die Lesung zu Stefan Heym, die sich in einen größeren Erinnerungsrahmen aus Anlass seines 100. Geburtstages 2013 einreichte. Auch zu diesem Gedenkjahr ging die Initiative maßgeblich von Luc Jochimsen aus. Und so möchte ich Luc sehr herzlich für die Ideen, Impulse, Skripte und Lesungen und nicht zuletzt für die große Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit danken, mit der sie prominente Lesende aus Politik, Publizistik und Kultur zur Teilnahme gewann. Weder deren Mitwirken noch die Lesungen selbst sind ohne Luc Jochimsen denkbar; genau dieser Mix an Mitwirkenden hat aber für das Überraschungsmoment gesorgt, was den Lesungen eine solch große Aufmerksamkeit einbrachte. Dank der Mitgestaltung von Franz Sodann, die Luc Jochimsen zu Recht als kongenial beschreibt, ist eine ganz besondere Dramaturgie entstanden, die zur Nachnutzung einlädt.

Mein Dank an Luc und Franz hat dabei speziell zwei Aspekte: Es hat erstens Spaß gemacht, mitzuwirken, zu hören, zu sehen und zu lesen! Das ist nicht die schlechteste Grundlage für politische Bildung. Und zweitens laden wir gemeinsam ein, mit den Texten der Lesungen zu arbeiten – wir freuen uns, wenn sie wieder aufgegriffen und wieder aufgeführt werden! Warum nicht etwa 2020, wenn sich die Wahl Salvador Allendes zum fünfzigsten Male jährt?

1914 – DIE REICHSTAGSDEBATTEN ZU DEN KRIEGSKREDITEN

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN

DIE TRILOGIE

Rollen:

Kaiser
Reichskanzler
Parlamentspräsident
Hugo Haase
Vizepräsident
Vossische Zeitung
Tägliche Rundschau
Vorwärts
Berliner Neueste
Nachrichten
Der Fall Liebknecht
Karl Liebknecht
Erzähler*in 1
Erzähler*in 2
Protokoll

Uraufführung:

28. August 2014
Paul-Löbe-Haus
Berlin

Regie:

Franz Sodann

Mitwirkende:

Jakob Augstein
Michel Friedman
Peter Gauweiler
Gregor Gysi
Christoph Hein
Luc Jochimsen
Oskar Lafontaine

Ingo Schulze
Franz Sodann
Sahra Wagenknecht
Florian Weis
Roger Willemsen
Willy Wimmer

- ERZÄHLER*IN 1: 4. August 1914. Der Reichstag debattiert:
- REICHSKANZLER: Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein ...
Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Russland und Frankreich.
- HUGO HAASE: Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern ... für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Niemals hat das Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sich sonst grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen.
- REICHSKANZLER: Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut.
- HUGO HAASE: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.
- ERZÄHLER*IN 1: Der 4. August 1914 war schon der vierte Kriegstag des kaiserlichen Deutschlands. Am 1. August hatte der Kaiser Russland den Krieg erklärt, am 3. August Frankreich. Deutsche Truppen hatten bereits russische Grenzorte besetzt, im Westen das neutrale Luxemburg, und marschierten gen Belgien. Nun stand die Zustimmung zu diesem Krieg durch die Bewilligung der Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden Mark im Parlament an. Dem kaiserlichen Parlament wohlgermerkt, gewählt nur von Männern über 25 Jahren, Fürsorgeempfänger und Soldaten ausgeschlossen. In ihm stellten allerdings die Sozialdemokraten die größte Fraktion, mit fast 35 Prozent der Abgeordneten.
- ERZÄHLER*IN 2: Der 4. August war – so titelten die Zeitungen:
Der historische Tag
Des Reichstages größte Stunde
Die Stunde der Bewilligung der Kriegskredite
5 Milliarden für den Krieg
Die finanzielle Rüstung für Kaiser, Reich und Volk!
- ERZÄHLER*IN 1: Die Eröffnung der Kriegssitzung des Reichstages fand um 1 Uhr mittags zunächst gar nicht im Parlament, sondern im Weißen Saal des Hohenzollernschlosses durch den Kaiser statt. Zitate aus seiner Thronrede:
- KAISER: In schicksalsschwerer Stunde habe Ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um Mich versammelt. ... Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell – das ist mein inniger Wunsch. ...
- Ich wiederhole: Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur Deutsche und zum Zeugen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.
- ERZÄHLER*IN 2: Protokoll und Zeitungsberichte vermerken an dieser Stelle: Stürmisches Bravo/Jubel/nicht enden wollender Beifall aller Anwesenden.

- ERZÄHLER*IN 1: Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion waren nicht anwesend; ihre Vorstände legten das Handschlaggelöbnis nicht ab.
- ERZÄHLER*IN 2: Trotzdem berichtete die bürgerliche Presse vom Tage, dass «mit Sicherheit auch die Sozialisten den Vorlagen der Regierung zustimmen würden». Und auch der VORWÄRTS meldete:
- VORWÄRTS: «Die sozialdemokratische Fraktion fasste in einer Montagnachmittag abgehaltenen Fraktionssitzung den Beschluss für die von der Regierung angeforderten Kredite zu stimmen. Durch Abgabe einer Erklärung wird sie ihren Beschluss begründen.»
- ERZÄHLER*IN 1: Der 4. August 1914: Für 3 Uhr nachmittags ist die Plenarsitzung angesetzt. Der Berichterstatte der VOSSISCHEN ZEITUNG schreibt:
- VOSSISCHE ZEITUNG: «Auf der Bundesratsestrade drängen sich die Regierungsvertreter, im Saale wogt es unter den zahlreich erschienenen Abgeordneten. Nur dort, wo Polen und Elsässer sitzen, gähnen einige Lücken. Einige der Volksboten sind in Uniform erschienen, in Paradeuniform, während die Militärs auf der Bundesratsestrade zum Teil in Feldgrau gekleidet sind. Auf der Rechten sieht man fast nur Kavallerieoffiziersuniformen, in der Mitte herrscht die Infanterie vor. Punkt Viertel nach 3 Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung.»
- ERZÄHLER*IN 1: Nicht einmal eine Stunde dauert die Debatte – und nur drei Redner ergriffen das Wort, drei Prototypen des Wilhelminischen Reiches.
- ERZÄHLER*IN 2: Erstens: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, Sohn eines Rittergutsbesitzers, 1856 geboren, Jurist, Landrat, Regierungspräsident, Preußischer Innenminister.
- ERZÄHLER*IN 1: Kein «Sozialistenfresser». Nach der Reichstagswahl 1912 gab er offiziell August Bebel die Hand, was ihm von seinesgleichen nie verziehen wurde. Auch kein Falke der Kriegspolitik.
- ERZÄHLER*IN 2: Zweitens: Parlamentspräsident Johannes Kaempf, Bankdirektor, Präsident des Deutschen Handelstages, 1842 geboren.
- ERZÄHLER*IN 1: Linksliberaler des I. Berliner Wahlbezirks, Freimaurer.
- ERZÄHLER*IN 2: Drittens: der Fraktionsführer der Sozialdemokraten Hugo Haase, Sohn eines jüdischen Schuhmachers und Händlers, 1885 geboren, Journalist, Jurist, jahrelang der erste und einzige sozialdemokratische Rechtsanwalt in Ostpreußen, Strafverteidiger zusammen mit Liebknecht.
- ERZÄHLER*IN 1: Noch am 29. Juli hatte er zusammen mit dem französischen Sozialistenführer Jean Jaurès an einer großen Anti-Kriegs-Konferenz und Kundgebung in Brüssel teilgenommen – zwei Tage bevor Jaurès in Paris ermordet wurde.
- ERZÄHLER*IN 2: Aus der Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg:
- REICHSKANZLER: Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, dass Deutschland kriegslüstern

sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesäet wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen.

PROTOKOLL: Lebhaftes Bravo

REICHSKANZLER: Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen – gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Russland hat die Brandfackel an das Haus gelegt.

PROTOKOLL: Stürmische Rufe: Sehr richtig! Sehr wahr!

REICHSKANZLER: Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Russland und Frankreich ... Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr;

PROTOKOLL: Lebhaftige Zustimmung

REICHSKANZLER: und Not kennt kein Gebot!

PROTOKOLL: Stürmischer Beifall

REICHSKANZLER: Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt,

PROTOKOLL: Bravo

REICHSKANZLER: vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.

PROTOKOLL: Erneutes Bravo

REICHSKANZLER: Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereitstand.

PROTOKOLL: Hört! Hört! Rechts.

REICHSKANZLER: Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können.

PROTOKOLL: Lebhaftige Zustimmung

REICHSKANZLER: So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen.

PROTOKOLL: Sehr richtig!

REICHSKANZLER: Das Unrecht – ich spreche offen – das Unrecht, das wir somit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.

PROTOKOLL: Bravo!

REICHSKANZLER: Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...

- PROTOKOLL: Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen
- REICHSKANZLER: Meine Herren, soweit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: «Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!»
- PROTOKOLL: Bravo!
- REICHSKANZLER: Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit – hinter ihr das ganze deutsche Volk!
- PROTOKOLL: Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen. Der Reichstag erhebt sich.
- REICHSKANZLER: Das ganze deutsche Volk
- PROTOKOLL: Zu den Sozialdemokraten
- REICHSKANZLER: einig bis auf den letzten Mann!
- PROTOKOLL: Erneuter minutenlanges jubelnder Beifall
- REICHSKANZLER: Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung.
- PROTOKOLL: Stürmischer Beifall und Händeklatschen
- ERZÄHLER*IN 1: Nun ergreift der Parlamentspräsident Johannes Kaempf das Wort:
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Wir befinden uns mächtigen Gegnern gegenüber, die uns von rechts und links bedrohen, die ohne Kriegserklärung über unsere Grenzen hereingebrochen sind und uns den Kampf zur Verteidigung unseres Vaterlandes aufgezwungen haben. Wir sind uns bewusst, dass der Krieg, in den wir gezwungen sind, ein Kampf der Abwehr ist, gleichzeitig aber auch für Deutschland einen Kampf um die höchsten geistigen und materiellen Güter der Nation, einen Kampf auf Leben und Tod.
- PROTOKOLL: Lebhaftes Bravo
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Einen Kampf um unsere Existenz bedeutet.
- PROTOKOLL: Wiederholtes lebhaftes Bravo auf allen Seiten
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Der Augenblick, in dem der Reichstag sich anschickt, angesichts des Ausbruchs des Krieges die Gesetze zu votieren, die für den Krieg und für das wirtschaftliche Leben während des Krieges die sichere Grundlage zu bieten bestimmt sind, ist ein feierlicher und tief ernster, aber zu gleicher Zeit ein unendlich großer und erhebender ...
- PROTOKOLL: Bravo!

- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Niemals hat das ganze Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sonst sich grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen, und ihre Vertreter im Reichstag bewilligen ungesäumt die für die Verteidigung des Reiches erforderlichen Mittel.
- PROTOKOLL: Lebhaftes Bravo und Händeklatschen
- ERZÄHLER*IN 1: Nachdem dann insgesamt 17 Vorlagen einer detaillierten Kriegswirtschaftsordnung en bloc eingebracht sind, erhält als einziger Redner der sozialdemokratische Fraktionschef Hugo Haase das Wort.
- ERZÄHLER*IN 2: In den BERLINER NEUESTEN NACHRICHTEN heißt es am folgenden Tag:
- BERLINER NEUESTE NACHRICHTEN: «Zur Tribüne steigt ein Mann hinauf, auf den sich alle Blicke lenken. Wie er am Rednerpulte steht, die Arme über den Textbogen seiner Erklärung gekreuzt, ist er sich des Wiederhalls seiner Worte über Deutschland hinaus bewusst. Was der untersetzte Mann da im hartkantigen Tonfall seiner ostpreußischen Heimat spricht, soll Europa lehren, wie wenig stichhaltig die Legende vom Groll des geknechteten deutschen Proletariats ist. Erst mit Haases Worten ist der Ring geschlossen: Deutschlands Herz schlägt in einem Takt.»
- ERZÄHLER*IN 1: Aus der Rede von Hugo Haase:
- HUGO HAASE: Meine Herren, im Auftrag meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu;
- PROTOKOLL: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: wir lehnen sie ab.
- PROTOKOLL: Bravo! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einverständnis mit den französischen Brüdern,
- PROTOKOLL: Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt.
- PROTOKOLL: Erneuter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

- PROTOKOLL: Lebhaftige Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien
- HUGO HAASE: Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dies Verhängnis hereingerissen sind.
- PROTOKOLL: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen.
- PROTOKOLL: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.
- PROTOKOLL: Lebhaftes allseitiges Bravo und Händeklatschen
- HUGO HAASE: Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind und denen zu der Angst um ihr Leben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen.
- PROTOKOLL: Sehr wahr!
- HUGO HAASE: Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.
- PROTOKOLL: Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blut der Besten des eigenen Volkes befleckt hat,
- PROTOKOLL: Lebhaftige Rufe: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: viel, wenn nicht alles auf dem Spiel.
- PROTOKOLL: Erneute Zustimmung
- HUGO HAASE: Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen.
- PROTOKOLL: Bravo
- HUGO HAASE: Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.
- PROTOKOLL: Lebhaftes Bravo
- HUGO HAASE: Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat.
- PROTOKOLL: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

- PROTOKOLL: Sehr gut! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.
- PROTOKOLL: Bravo! bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Wir hoffen, dass die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.
- PROTOKOLL: Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten
- HUGO HAASE: Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.
- PROTOKOLL: Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die erste Beratung. Wir treten sofort in die zweite Beratung ein.
- ERZÄHLER*IN 1: 15 Minuten später wird ohne Debatte in die dritte Lesung der Vorlagen übergegangen. Vizepräsident Dr. Paasche ergreift das Wort.
- VIZEPRÄSIDENT: Ich eröffne also die Generaldiskussion in Verbindung mit der Einzelberatung – und schließe sie, da niemand das Wort wünscht. Ich bitte dann, dass diejenigen Herren, die in der Generalabstimmung in dritter Lesung alle die vorhin verlesenen und unverändert angenommenen Gesetze annehmen wollen, sich von den Plätzen erheben.
- PROTOKOLL: Das Haus erhebt sich einmütig. Langanhaltender stürmischer und begeisterter Beifall und Händeklatschen.
- VIZEPRÄSIDENT: Ich konstatiere die einstimmige begeisterte Annahme aller Vorlagen.
- PROTOKOLL: Wiederholter stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen
- ERZÄHLER*IN 2: Zur selben Zeit hält sich der Botschafter Großbritanniens Sir Edward Goschen im Reichstag auf. Die VOSSISCHE ZEITUNG berichtet in ihrer Morgenausgabe vom 5. August 1914:
- VOSSISCHE ZEITUNG: «Kurz nach der Rede des Reichskanzlers, in der bereits der durch das Betreten des belgischen Gebietes begangene Verstoß gegen das Völkerrecht freimütig anerkannt und der Wille des Deutschen Reiches, die Folgen wieder gutzumachen, erklärt war, erschien Sir Edward Goschen, um dem Staatssekretär von Jagow eine Mitteilung seiner Regierung zu machen. In dieser wurde die deutsche Regierung um alsbaldige Antwort auf die Frage ersucht, ob sie die Versicherung abgeben könne, dass keine Verletzung der belgischen Neutralität stattfinden würde. Staatssekretär von Jagow erwiderte sofort, dass dies nicht möglich sei.»

- ERZÄHLER*IN 2: Die Sitzung im Reichstag schließt um 5 Uhr 20 Minuten. Kurz nach 7 Uhr erschien der Botschafter Großbritanniens im Auswärtigen Amt, um im Namen seiner Regierung dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern. Damit endete der vierte Kriegstag, der 4. August 1914.
- ERZÄHLER*IN 1: Die Nachrichten lauteten: Der Weltkrieg beginnt.
- ERZÄHLER*IN 2: Drei Nachträge.
Die VOSSISCHE ZEITUNG schreibt in ihrer Beilage vom nächsten Tag:
- VOSSISCHE ZEITUNG: «Eine wahrhaft denkwürdige Sitzung (...) Der Reichskanzler spricht es am Schluss aus: Denkwürdig nicht so sehr durch die gefassten Beschlüsse an sich, als durch den Geist, in dem sie gefasst wurden. Die Kriegskredite und einige notwendige Maßregeln sollen bewilligt werden. Ohne Widerspruch wird beschlossen, die Debatte über die Vorlagen zusammenzufassen. Und dann spricht nur einer: der Sozialdemokrat Haase.
- Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit innerliche Überzeugung, wie weit kluge Anpassung an die Volksstimmung bei dieser kurzen Erklärung beteiligt waren. Wir wollen nicht darüber nachsinnen, was das Hirn der hundertel Abgeordneten, deren Vorgänger 1870 jeden Kredit für den Krieg mit Frankreich verweigert haben, so umformen konnte, dass sie heute einmütig für die gewaltige Ausgabe stimmten. Wir wollen lediglich mit freudiger Genugtuung feststellen, dass die sozialdemokratische Fraktion die geschlossene Reihe der Volksgenossen nicht durchbrach; dass sie nicht abseits stand in dem Kampf um Deutschlands Existenz, und dass Herr Haase eine Rede hielt, die nach Ton und Inhalt durchaus würdig war.»
- ERZÄHLER*IN 2: Die TÄGLICHE RUNDSCHAU kommentiert so:
- TÄGLICHE
RUNDSCHAU: «Er hat vieles gesündigt, dieser Reichstag im Laufe der Jahrzehnte (...) Er hat mit endlosen Reden das deutsche Land überschwemmt, ohne dass diese Flut dieses Land merklich befruchtete (...) Das alles zerstob. Das alles ist wie weggeweht und ausgelöscht, ist vergeben und vergessen angesichts der neuen Größe, die jetzt auch in diese Hallen zog, die der Krieg hineintrug, der Beweger des Menschengeschlechts. Dieser Krieg ist ein Zauber-künstler und Wundertäter (...) und er vollbringt das größte aller Wunder: Er ZWINGT die Sozialdemokratie an die Seite ihrer deutschen Brüder (...) Wer vor ein paar Monaten behauptet hätte, die Sozialdemokratie werde fünf Milliarden dem Kaiser für einen Weltkrieg bewilligen oder gar ein Hoch auf ihn ausbringen, den hätte man wohl angesehen, als ob er nicht recht bei Troste wäre. Und doch hat im tiefen Ernst dieser Stunde (...) auch die Sozialdemokratie zurückgefunden zu ihren deutschen Blutsbrüdern und den Deutschen in sich entdeckt. Das ist ein Ereignis von so gewaltiger Tragweite, dass es nachwirken wird, wie eine große, gewonnene Schlacht (...)»
- ERZÄHLER*IN 2: Der dritte Nachtrag stammt von Karl Liebknecht. Er hat nach dem 4. August immer wieder versucht, daraufhin zu weisen, dass die Fraktion der Sozialdemokraten keineswegs EINSTIMMIG die Bewilligung der Kriegskredite befürwortet habe. 14 Abgeordnete wollten ein Minderheiten-Votum abgeben. Eine Mehrheit von 78 Fraktionsmitgliedern, bei einigen Enthaltungen, habe sich aber letztlich in allen Punkten durchgesetzt: dem Text der Erklärung, dem Vortrag durch den Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase, der zur Minder-

heit der Kriegsgegner gehörte und sich bis zum letzten Moment weigerte, ans Rednerpult zu gehen, bis die Mehrheit ihn dazu nötigte, dem Zustimmungszwang aller Mitglieder der Fraktion im Plenum – ohne Ausnahme.

ERZÄHLER*IN 1: Am 26. September 1914 schreibt Liebknecht:

KARL LIEBKNECHT: «Nach meiner Ansicht wäre es die Pflicht der deutschen Reichstagsfraktion gewesen, in der schärfsten Form jede Verantwortung für den Krieg abzulehnen, der durch eine von uns seit je bekämpfte Politik hervorgerufen ist, an dem die herrschenden Klassen Deutschlands in hohem Grade mitschuldig sind und der im Allgemeinen eine Folge der von uns grundsätzlich bekämpften kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung darstellt. Nur die schärfste Form des Protestes war hier ausreichend. Durch die Bewilligung der Kredite hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz aller in der abgegebenen Erklärung enthaltenen Vorbehalte die Verantwortung übernommen. (...) Selbst vom denkbar nationalsten Standpunkte aus hat unsere Fraktion einen ungeheuerlichen Fehler gemacht. (...) Durch ihre Zustimmung hat sie nur scheinbar die militärische Kraft Deutschlands gestärkt. In Wirklichkeit liegt es anders. Sie hat dadurch zugleich alle Dämme niedergerissen, die im Auslande dem Krieg und der äußeren und inneren Beteiligung der Volksmassen an diesem Krieg entgegenstanden. Bei einer anderen Haltung unserer Fraktion hätte der Krieg insbesondere weder in Frankreich noch in Russland, noch in England so populär werden können, wie er geworden ist.»

ERZÄHLER*IN 1: August, September, Oktober, November 1914 ... Vier Monate Krieg und der Kaiser braucht aufs Neue fünf Milliarden Mark und dafür die Zustimmung des Parlaments. Termin der «Zweiten Kriegskreditsitzung des Reichstages» ist der 2. Dezember 1914.

ERZÄHLER*IN 2: Die Tageszeitungen titeln:
 Siegeswille und Zuversicht
 Belgrad gefallen
 19.000 Serben gefangen
 Glänzende Waffentat unserer Ost-Truppen
 In 3 Wochen über 80.000 Russen gefangen
 Angriff auf Arras
 Bombardement von Reims
 Erfolg deutscher U-Boote und Kanonen:
 10 englische Kriegs- und 54 Handelsschiffe vernichtet
 Neue Schlacht an der Yser

ERZÄHLER*IN 1: Mit Kriegsausbruch war das Recht auf freie Meinungsäußerung aufgehoben worden. Seit Oktober 1914 gab es ein zentrales Zensurbüro. Alle Presseerzeugnisse unterlagen der Zensur, die sich zunächst auf unerwünschte militärische Informationen konzentrierte, bald aber auch Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung und über Konflikte innerhalb der politischen Bereiche erfasste.

ERZÄHLER*IN 2: Ein Beispiel: So wurde das Erscheinen des VORWÄRTS für drei Tage vom Oberbefehlshaber Generaloberst Gustav von Kessel verboten. In der Ausgabe des VORWÄRTS vom 1. Oktober 1914 muss dieser Vorgang bekannt gemacht werden.

VORWÄRTS: «Der Rechtsanwalt Hugo Haase, Mitglied des Reichstages, hat zusammen mit dem Geschäftsführer des Vorwärts, Richard Fischer, Mitglied des

Reichstages, am 28. diesen Monats um Aufhebung meines Verbotes vom 27. diesen Monats gebeten. Auf die von mir gestellte Bedingung, dass in Zukunft in Rücksicht auf die mit Kriegsausbruch hervorgetretene Einmütigkeit des Deutschen Volkes das Thema: «Klassenhass und Klassenkampf» im Vorwärts nicht mehr berührt werden dürfte, hat Herr Haase durch Schreiben vom heutigen Tage erklärt, dass die Redaktion des Vorwärts im Einverständnis mit den Aufsichtsinstanzen den Entschluss bekundet hat, für die Dauer des Kriegszustandes die Zeitung unter jener von mir geforderten Bedingung zu redigieren und die zur Durchführung derselben notwendigen Maßnahmen innerhalb der Redaktion zu treffen.

Unter diesen Umständen erkläre ich mich bereit, mein Verbot des Vorwärts vom 27. diesen Monats aufzuheben, ersuche aber, dieses Schreiben an der Spitze der nächsten Nummer der Zeitung zu veröffentlichen.

Der Oberbefehlshaber v. Kessel, Generaloberst»

- ERZÄHLER*IN 2: Am 12. November 1914 schreibt Liebknecht an den Fraktionsvorstand die bevorstehende Sitzung vom 2. Dezember betreffend:
- KARL LIEBKNECHT: «Wir müssen auf eine gründliche Beratung dringen, die uns die Möglichkeit gibt, unsere Auffassung zur politischen Lage nach allen wesentlichen Richtungen hin öffentlich darzulegen. Wir haben hier die Möglichkeit, alles das zu sagen, was uns in Presse und Versammlungen die Militärdiktatur verbietet. (...) Ich wiederhole die Forderung nach einer parteioffiziellen öffentlichen und scharfen Stellungnahme gegen die Annexionspolitik. Der Moment gebietet es. Die deutsche Sozialdemokratie DARF hier nicht schweigen.»
- ERZÄHLER*IN 1: Am 29. November 1914 trat die Fraktion der Sozialdemokraten zu einer zweitägigen Sitzung zur Vorbereitung der Reichstagssitzung am 2. Dezember zusammen. Die Vertreter der Kreditverweigerer trugen vor, die Kriegereignisse seit dem 4. August hätten die Richtigkeit ihres Standpunktes doppelt bestätigt, und forderten eine Umkehr.
- ERZÄHLER*IN 2: Aus dem Manuskript: Klassenkampf gegen den Krieg – Material zum «Fall Liebknecht», 1915:
- FALL LIEBKNECHT: Die Sitzung beginnt mit einem Eklat. Der Fraktionsvorsitzende Haase nennt die Kreditbewilligung vom 4. August eine «Zertrümmerung der Parteigrundsätze». Es bricht ein Tumult aus. Die Bewilliger werfen ihm und den Kreditgegnern vor, zu dieser Zertrümmerung selbst beigetragen zu haben, indem Haase die zustimmende Fraktionserklärung verlesen und die übrigen sich der Mehrheit unterworfen hätten. Auf erregte Zurufe, dass die Fraktion Haase zur Abgabe der Erklärung genötigt habe, wird erwidert: Haase hätte sich durch nichts zwingen lassen dürfen; in einem solchen Falle gebe es keinen Zwang!
- Worauf Liebknecht einwirft, dass die Konsequenz dieser Bemerkung zur öffentlichen Abgabe eines Minderheitenvotums im Plenum am 2. Dezember führe, und beantragt, die Fraktion möge folgende Erklärung abgeben.
- «Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, und zwar besonders auch auf deutscher Seite mit dem Ziel von Eroberungen großen Stils. (...)

Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg. (...) Die Art der Kriegsführung fordert unseren leidenschaftlichen Widerspruch heraus. (...)

Die Proklamation des Grundsatzes «Not kennt kein Gebot» entzieht allem Völkerrecht den Boden. (...)

Wir erheben die Forderung eines schleunigen, für keinen Teil demütigenden Friedens. (...)

Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure (...) lehnen wir die geforderten Kredite ab.»

ERZÄHLER*IN 1: Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt – gegen 17 Neinstimmen, das waren nur drei mehr als am 4. August – und beschlossen, die neuen Kredite wieder zu bewilligen. Daraufhin wurde beantragt, der Minderheit der Kreditgegner ausdrücklich zu gestatten, ihre abweichende Auffassung öffentlich im Plenum zu vertreten und zu begründen. Auch dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt – gegen sieben Stimmen.

ERZÄHLER*IN 2: Die offizielle Erklärung der Fraktion wurde am 1. Dezember den bürgerlichen Parteien und der Regierung übermittelt, danach kritische Sätze zur Annexionspolitik und zum Belagerungszustand gestrichen. Wieder weigerte sich Haase, die zensierte Erklärung im Plenum zu verlesen. Wieder ließ er sich umstimmen.

ERZÄHLER*IN 1: Wieder, wieder, wieder ... die Sitzung am 2. Dezember ist eine schablonenhafte Wiederholung der Sitzung vom 4. August.

ERZÄHLER*IN 2: Das überfüllte Haus, die Uniformen, die Bravos, der Beifall ...
Die Präsidentenrede
Die Reichskanzlerrede
Die Erklärung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion
Die Zusammenfassung aller Vorlagen
Erste, zweite, dritte Beratung ineinander übergehend ...

PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Wir treten sofort in die dritte Beratung ein. Ich eröffne die Generaldiskussion – Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Generaldiskussion.

ERZÄHLER*IN 1: Nur zwei Momente sind anders in dieser Reichstagsitzung:

In den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion gibt es einen leeren Platz mit einem Lorbeerkranz. Der Präsident erklärt:

PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Am 3. September 1914 fiel unser Kollege Dr. Frank (Mannheim), der beim Ausbruch des Krieges als Kriegsfreiwilliger eingetreten war, von einer Kugel in den Kopf getroffen und starb so in dem ersten Gefecht, das er durchzumachen hatte, den Heldentod für das Vaterland. Statt seiner markigen Gestalt sehen wir auf seinem Platz einen Lorbeerkranz, den der Reichstag seinem Kollegen gewidmet hat. Ich habe der sozialdemokratischen Fraktion das Beileid des Reichstages ausgedrückt.

- PROTOKOLL: Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Namens des Reichskanzlers ist bei mir folgendes Schreiben eingegangen: «Im Kampfe um Deutschlands Verteidigung ist als erstes Mitglied des Reichstages der Abgeordnete Dr. Ludwig Frank auf dem Felde der Ehre gefallen. Er hat damit die Gesinnung, die er durch seinen Eintritt als Kriegsfreiwilliger bekundet hat, mit seinem Tode besiegelt.»
- ERZÄHLER*IN 1: Der zweite Moment, der ganz anders ist als in der Sitzung vom 4. August ereignet sich bei der Abstimmung.
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Wir kommen nunmehr zur Gesamtabstimmung. Ich bitte die Herren die in der Gesamtabstimmung in dritter Lesung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.
- PROTOKOLL: Geschieht. – Rufe: einstimmig! – Zurufe: Gegen eine Stimme!
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: Es ist, soweit ich sehen kann, einstimmig – mit Ausnahme eines einzigen Abgeordneten.
- ERZÄHLER*IN 1: Der einzige Abgeordnete ist Liebknecht. Er hat dem Reichstagspräsidenten gemäß §59 der Geschäftsordnung die schriftliche Begründung seiner ablehnenden Abstimmung überreicht.
- KARL LIEBKNECHT: «Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.
- Die deutsche Parole «Gegen den Zarismus» diene – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole «Gegen den Militarismus» – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhass zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein.
- Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei Weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.»

- ERZÄHLER*IN 2: Der Präsident des Reichstages lehnt die Aufnahme dieser ablehnenden Abstimmung in den stenografischen Bericht ab. Begründung:
- PARLAMENTS-PRÄSIDENT: «Der Text enthält Äußerungen, die, wenn sie im Hause gemacht wären, Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würden.»
- ERZÄHLER*IN 2: Will heißen, der Abgeordnete hätte die Rede so gar nicht halten können, er wäre zum Schweigen gebracht, des Hauses verwiesen worden.
- ERZÄHLER*IN 1: Nachspiel: Sofort am 3. Dezember lässt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im VORWÄRTS erklären,
- VORWÄRTS: «dass der Genosse Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, der durch ausdrücklichen Beschluss für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs Tiefste.»
- ERZÄHLER*IN 1: Am selben Tag verteidigt Liebknecht sein Verhalten in einem Schreiben an den Vorstand der Fraktion so:
- KARL LIEBKNECHT: «Bei der gestrigen Abstimmung im Reichstage befand ich mich in einer Zwangslage. Die Ablehnung der Vorlage war nach meiner Überzeugung geboten durch das Parteiprogramm und die Beschlüsse internationaler Kongresse. Ich bin verpflichtet, im Sinne des Parteiprogramms und dieser Beschlüsse zu wirken. Ein Fernbleiben von der Sitzung und Abstimmung erschien mir unmöglich bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Vorlage. (...) Ich habe mich bemüht, von der Fraktion die Erlaubnis zu einer abweichenden Abstimmung zu erwirken. Die Fraktion hat sie versagt, obwohl der jetzige Fall sowohl seiner Bedeutung wie seinen inneren Schwierigkeiten nach ein ganz einziger war.

In diesem Gewissenskonflikt musste ich die Pflicht der Fraktionsdisziplin, so hoch ich sie schätze, der Pflicht zur Vertretung des Parteiprogramms unterordnen. Ich hoffe, dafür bei den Genossen in und außerhalb der Fraktion Verständnis zu finden.»

ERZÄHLER*IN 1: August bis Dezember 1914. Vier Monate Krieg. Vier Monate tausendfacher Tod. Das Parlament tagt nur zweimal. Einmal für zwei Stunden, das zweite Mal für anderthalb Stunden. Dabei werden zehn Milliarden Mark für den Krieg bewilligt.

ERZÄHLER*IN 2: Karl Kraus wird später in seinem Drama «Die letzten Tage der Menschheit» schreiben: «Die grellsten Erfindungen sind Zitate.»

1918 – DIE DEBATTEN AUF DEM GRÜNDUNGSPARTEITAG DER KPD

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN

Rollen:

Erzähler*in 1
Erzähler*in 2
Sprecher*in 1
Sprecher*in 2
Vossische Zeitung
Vorwärts
Karl Radek
Karl Liebknecht
Rosa Luxemburg
Paul Levi
Otto Rühle
Käte Duncker
Ulrich Rogg
Wilhelm Pieck
Clara Zetkin

(Mehrfachbesetzungen
sind möglich)

Uraufführung:

11. Dezember 2018
Kino Babylon
Berlin

Regie:

Franz Sodann

Mitwirkende:

Dietmar Bartsch
Daniela Dahn
Luc Jochimsen
Jan Korte

Gesine Löttsch
Ulrich Maurer
Ingo Schulze
Petra Sitte
Franz Sodann

- ERZÄHLER*IN 1: Spartacus
111 bis 71 vor unserer Zeitrechnung
Römischer Sklave, Gladiator, Anführer von Zehntausenden Aufständischen im 3. Sklavenkrieg der späten römischen Republik. Nach spektakulären Siegen über römische Heere von Crassus' Truppen schließlich bei Reggio Calabria besiegt und getötet.
- ERZÄHLER*IN 2: Spartakusbund
Vereinigung marxistischer Sozialisten in Opposition zum Krieg, zum herrschenden Militarismus, Kapitalismus, Imperialismus.
Zu Beginn des Ersten Weltkrieges, gleich nach der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten gegründet. Ab 1916/17 Teil der von der SPD abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) bis zum Kriegsende.
- ERZÄHLER*IN 1: NOVEMBER/DEZEMBER 1918
- SPRECHER*IN 1: – nach Kaiserflucht und Kapitulation
- SPRECHER*IN 2: – nach Massenstreiks und Massendemonstrationen
- SPRECHER*IN 1: – nach Ausrufung der Republik durch Scheidemann und Ausrufung der «freien sozialistischen Republik» durch Liebknecht am 9. November
- SPRECHER*IN 2: – nach Ersetzung der alten Regierung durch den Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus drei SPD- und drei USPD-Politikern ...
- SPRECHER*IN 1: – Ebert/Scheidemann/Landsberg/Haase/Dithmann/Barth ...
Und dem Zentralrat der Arbeiter – und Soldatenräte als Kontrollgremium
- SPRECHER*IN 2: und nach dem Beschluss des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 20. Dezember gegen die Etablierung einer Räterepublik und für Wahlen zu einer Nationalversammlung,
- ERZÄHLER*IN 1: ... beschließen am 29. Dezember Delegierte des Spartakusbundes in Berlin mit großer Mehrheit die Trennung von der USPD und die Bildung einer eigenen Partei.
- ERZÄHLER*IN 2: Der 29. Dezember war ein Sonntag, der ROTE SONNTAG. SPD, USPD und Spartakusbund hatten zu Kundgebungen aufgerufen.
- ERZÄHLER*IN 1: In Berlin ziehen mehr als 250.000 Menschen in riesigen Demonstrationen durch die Stadt.
Zehntausende folgen den Särgen der sieben Matrosen, die am Weihnachtstag von Truppen, die der Volksbeauftragte Ebert gerufen hatte, bei einem Sturm auf das Stadtschloss getötet worden waren.
- ERZÄHLER*IN 2: Die Matrosen waren bereits das zweite Opfer der Regierungspolitik Eberts. Schon am 6. Dezember waren 16 Menschen ums Leben gekommen, als Truppen Arbeiter- und Soldatenräte verhafteten und Ebert zum Präsidenten ausriefen. Ein Putsch, der zusammenbrach.
Danach war bekannt geworden, dass Ebert einen Geheimpakt mit dem Nachfolger Ludendorffs, General Groener, in der Obersten Heeresleitung geschlossen hatte, der ihm Unterstützung durch seine Truppen «gegen die Anarchie in Berlin» versprach – und dieses Versprechen auch hielt.

- ERZÄHLER*IN 1: Am Abend des 29. Dezember treten die drei USPD-Mitglieder aus der provisorischen Regierung aus.
- SPRECHER*IN 1: Erklärung:
«Wir haben das Kabinett aus eigener Initiative verlassen, aus Überzeugungstreue und Pflichtgefühl, als es immer deutlicher wurde, dass die Mehrheitssozialisten die alte militärische Gewalt festhielten, um sich selbst auf sie zu stützen, und der Entschluss wurde besiegelt, als der Zentralrat die Mehrheitssozialisten im Kabinett deckte, trotzdem ihr Anteil an den blutigen Vorgängen festgestellt worden war.»
- ERZÄHLER*IN 2: Das war die Situation am 29. Dezember 1918.
- ERZÄHLER*IN 1: In diesem historischen Augenblick fällt die Entscheidung des Spartakusbundes, eine neue, eine kommunistische Partei zu gründen.
- SPRECHER*IN 1: Aus dem Programm:
- SPRECHER*IN 2: «Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassengesellschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen. Produktionsmittel sind in ungeheuren Maßstab vernichtet, Millionen Arbeitskräfte hingeschlachtet (...)
Aus all' dieser blutigen Wirrsal und dem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keine Rettung, als im Sozialismus (...)
Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist (...) wird es heißen: Dieser Krieg ist der letzte gewesen!»
- SPRECHER*IN 1: Berlin, 30. Dezember
Der VORWÄRTS titelt:
- VORWÄRTS: Sozialdemokratische Arbeiterregierung!
Ebert/Scheidemann/Landsberg/Noske/Wissel
Der Zentralrat der Deutschen Republik hat die Regierungskrise gelöst. Er hat den Austritt der Unabhängigen zur Kenntnis genommen, er hat Ebert, Scheidemann und Landsberg in ihren Ämtern bestätigt und die Genossen Noske und Wissel zu Mitgliedern der Regierung ernannt.
Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, die das Recht hat, eine neue Regierung zu bestimmen oder die alte zu bestätigen, bleibt die sozialdemokratische Arbeiterregierung die einzig rechtmäßige ... Die «Unabhängigen» sind nun heraus! ... Die weltgeschichtliche Entscheidung fällt am 19. Januar zwischen der Sozialdemokratie und der kapitalistischen Reaktion.
- SPRECHER*IN 1: Außerdem veröffentlicht der VORWÄRTS diesen Aufruf:
- VORWÄRTS: Der Zentralrat an das Volk:
«Arbeiter, Soldaten, Bürger und Bürgerinnen der deutschen sozialistischen Republik!
In schwerster Stunde wenden wir uns an euch (...)
Wie man auch zu den politischen Fragen der Gegenwart stehen mag:
Es kann jetzt nur eine einzige Aufgabe geben, das ist die Schaffung einer arbeitsfähigen Regierung. Vom Vertrauen des Volkes getragen, muss die Regierung dem deutschen Volk vor allem Frieden und Brot bringen. Die Errungenschaften der Revolution sichern und die Einheit des deutschen Volkes aufrechterhalten.

Wir wollen alle Versuche vereiteln, die von rechts unternommen werden könnten, eine Gegenrevolution zu organisieren. Wir müssen auch darauf achten, dass die Revolution nicht in Verruf gebracht wird das das TREIBEN DER SPARTAKUSGRUPPE, die mit bolschewistischen Rezepten einen Terrorismus ausüben möchte, der mit Demokratie unvereinbar ist.»

- ERZÄHLER*IN 1: Berlin, 30. Dezember
Im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses kommen ca. 120 Delegierte aus 56 Orten Deutschlands zum Gründungsparteitag der neuen, der Kommunistischen Partei zusammen:
– Junge Arbeiter und Intellektuelle in der Mehrheit
– Angestellte, Handwerker, Kaufleute und sechs Frauen in der Minderheit.
- ERZÄHLER*IN 2: Hauptreferenten:
Karl Liebknecht
- KARL LIEBKNECHT: Jetzt hat die Stunde geschlagen ... wir sind entschlossen, mit unserem Fleisch und Leben einzutreten für die Revolution.
- ERZÄHLER*IN 2: Karl Radek
- KARL RADEK: Wenn der Krieg liquidiert wird, steht vor den Volksmassen die Frage der ungeheuren Kriegsschuld, die Frage, ob die Arbeitermassen, die doch gegen den Krieg waren, die Kriegslasten zu tragen haben.
- ERZÄHLER*IN 2: Rosa Luxemburg
- ROSA LUXEMBURG: Was hat dieser Krieg anderes von der bürgerlichen Gesellschaft zurückgelassen als einen gewaltigen Trümmerhaufen?
- KARL LIEBKNECHT: Vom ersten Tage an ... hat die «sozialistische» Regierung von Ebert und Scheidemann die Heiligkeit des Privateigentums proklamiert. Sie stellte sich vor die Geldsäcke des großen Kapitals.
- KARL RADEK: Niemals in der Geschichte der Menschheit hat eine besitzende Klasse ihre Vorrechte abgegeben ohne den Kampf bis zum Äußersten. Wer behauptet, dass eine besitzende Klasse sich jemals dem Beschluss einer Mehrheit unterwirft, spricht eine bewusste Lüge aus.
- ROSA LUXEMBURG: Der 9. November war eine Revolution voller Unzulänglichkeiten und Schwächen. Das ist kein Wunder. Es war die Revolution, die nach vier Jahren des Krieges gekommen ist, nach den vier Jahren, in denen das deutsche Proletariat, Dank der Erziehungsschule der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften, ein solches Maß von Schmach und Verleugnung seiner sozialistischen Aufgaben an den Tag gelegt hat, wie sich dafür in keinem anderen Lande uns ein Beispiel bietet.
- ERZÄHLER*IN 1: 30. Dezember bis 1. Januar:
3 Sitzungstage. 20 Stunden Debatte.
Über 80 Wortmeldungen
- ERZÄHLER*IN 2: Der Originaltext des Protokolls war fast ein halbes Jahrhundert verschollen, bis ihn der Historiker Hermann Weber im Nachlass von Paul Levi in New York entdeckte und 1969 in Buchform veröffentlichte.
1999 erschien im Dietz Verlag Berlin, eine aktualisierte Ausgabe.

- ERZÄHLER*IN 1: Aus ihr stammen die folgenden Zitate. Sie sind eine kleine subjektive Auswahl aus einem Dokument von über 200 Seiten, fokussiert auf die Diskussionen über Krieg und Kriegsschuld, Revolution und Räterepublik, Wahlen und Parlamentarismus, «sozialistische Demokratie» und «demokratischen Kommunismus».
- ERZÄHLER*IN 2: Erster Verhandlungstag/Vormittagssitzung
Nach Karl Liebnechts Referat über die «Krisis der USPD» erhält als Vertreter der Sowjetrepublik, das Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands Karl Radek das Wort:
- KARL RADEK: Wenn der Krieg zu Ende ist, stehen wir vor der Frage:
Wie soll die ganz zerrüttete Wirtschaft wieder hergestellt werden? Soll das verarmte Volk noch Parasiten ernähren?
Oder soll es, eben weil es ärmer geworden ist, alles, was es in den Händen hat, dazu benutzen, um sich aus den Trümmern den Weg zu ebnen zu einem neuen Leben, wo eine kleine Clique nicht mehr imstande ist, das Volk in das Gemetzel des Weltkrieges zu werfen und es auszubeuten? ...
Wenn jetzt das Wort sozialistische Republik keine Phrase sein soll, die das Volk einlullt, so bedeutet es, dass die Arbeiterschaft auf diesem oder jenem Wege die Produktion in ihre Hände zu bekommen suchen wird, und wenn das der Fall ist, so stehen wir vor der größten Umwälzung, die die Geschichte je gesehen hat, und eine solche kann sich nicht friedlich abwickeln. Alle bisherigen Revolutionen bedeuteten, dass die Produktionsmittel aus der Hand einer Minderheit in die Hand einer anderen Minderheit übergingen. Heute soll zum ersten Mal in der Geschichte die besitzende Klasse gänzlich abgeschafft werden. Und das kann nicht geschehen durch parlamentarische Verhandlungen und Beschlüsse. Das hat die russische Erfahrung klar bewiesen ...
Nicht als ob die russische Revolution sich kopieren ließe. Die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern weichen voneinander ab. Die soziale und politische Struktur der einzelnen Länder ist verschieden ...
Trotzdem bedeutet die russische Revolution eine große Probe auf das grundsätzliche Exempel: auf die Frage der Herrschaft der Arbeiterklasse überhaupt.
- SPRECHER*IN 1: Der VORWÄRTS überschreibt am nächsten Tag seine Berichterstattung über die «Reichskonferenz des SPARTAKUS-BUNDES»: «BOLSCHEWISTISCHE WELTKRIEGSHETZE»
- SPRECHER*IN 2: Und die VOSSISCHE ZEITUNG kommentiert auf ihrer Titelseite:
- VOSSISCHE ZEITUNG: «Die neue «Kommunistische Partei» wurde von dem Haupt der kommunistischen Weltpropaganda Radek-Moskau in Person aus der Taufe gehoben. Diese Tatsache zerreißt alle Schleier. Nicht nur Geld und Ideen bezieht die deutsche Kommunistenpartei aus Moskau, sondern auch die entscheidenden Weisungen (...)
Es hieße, die russische Räteregierung zu unterschätzen, wenn man glaubt, es liege ihr lediglich daran, irgendwelche Personen in Berlin zur Herrschaft zu bringen. Radek und Trotzki gehen aufs GANZE. Für sie bedeutet Deutschland lediglich ein Kampfplatz, auf dem das entscheidende Ringen gegen die englisch-amerikanische Weltherrschaft ausgefochten werden soll.»

- ERZÄHLER*IN 1: 30. Dezember
Erster Verhandlungstag/Nachmittagssitzung
2. Punkt der Tagesordnung
Die Nationalversammlung
- ERZÄHLER*IN 2: Rosa Luxemburg hatte bereits am 23. Dezember in der ROTEN FAHNE ihre Position beschrieben:
- ROSA LUXEMBURG: «Wie wir das infame preußische Dreiklassenwahlrecht ausnutzten, um im Dreiklassenparlament gegen das Dreiklassenparlament zu kämpfen, so werden wir die Wahlen zur Nationalversammlung zum Kampf gegen die Nationalversammlung verwerten.»
- ERZÄHLER*IN 2: Außerdem war in dem von ihr verfassten Programm «Was will der Spartakusbund?» als Grundsatz festgeschrieben:
- ROSA LUXEMBURG: «Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen in Deutschland, nie anders als Kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden.»
- ERZÄHLER*IN 2: Dieses Programm wird auf dem Gründungskongress mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Position zur Teilnahme an den Wahlen dagegen wird von vielen Mitgliedern des Spartakusbundes nicht geteilt. Der Schriftsteller und Delegierte der Internationalen Kommunisten aus Worpswede, Ludwig Bäumer, erklärt in einem Satz:
- SPRECHER*IN 1: «Für uns Kommunisten gibt es keine Nationalversammlung, sie ist und bleibt eine bürgerliche Illusion, zu der wir keine Beziehung haben.»
- SPRECHER*IN 2: Die VOSSISCHE ZEITUNG beschreibt die Versammlung dieser Nachmittagssitzung so:
- VOSSISCHE ZEITUNG: «Im Festsaal des Abgeordnetenhauses, an vier langen Tischreihen, versammeln sich um halb drei von Neuem die Anhänger Liebknichts, die am Vormittag begonnene Reichskonferenz des Spartakusbundes fortzusetzen. Etwa 80 Abgeordnete aus dem Reiche, ein Dutzend Frauen darunter, von der Erscheinung der Rosa Luxemburg, in der Hauptsache ihre «Schülerinnen» – wie sie selbst stolz sich nennen –, junge Leute mit der Intellektuellen-Brille und dem entsprechenden Haarschopf, Arbeitervertreter, derbknochig, von gesunder Untersetzlichkeit, zwei, drei Matrosen in dicken Mänteln und Schaftstiefeln, wenig Feldgraue, ein blutjunger Leutnant mit dem Gardespiegel (...)
Herr Radek, der in seiner kriegerischen Globetrotter-Uniform dem Vormittag die Sensation gab, fehlt. Vorn am Präsidium Karl Liebknicht, Rosa Luxemburg, Dr. Paul Levi – das ist der Kopf der jüngsten deutschen Partei.»
- SPRECHER*IN 2: Paul Levi, 35 Jahre alt, Rechtsanwalt aus Frankfurt, SPD-Mitglied, Verteidiger Luxemburgs in mehreren Prozessen, während des Weltkriegs Mitglied des Spartakusbundes, kurzzeitig in der Schweiz Vertrauter Lenins, in dieser Stunde schon Mitglied der gerade gegründeten KPD-Zentrale, hält das Hauptreferat:
- PAUL LEVI: Ich weiß, es ist keine leichte Aufgabe, wenn ich eintrete für die Wahlen zur Nationalversammlung ...

Die Nationalversammlung ist das Panier der Gegenrevolution. Die Nationalversammlung ist gedacht als die Burg, die die Gegenrevolution sich aufbauen will und in die sie sich zurückziehen will mit allen ihren Schranzen, mit Ebert und Scheidemann, mit allen ihren Generälen, mit Hindenburg und Groener, mit allen ihren wirtschaftlichen Mächten, mit Stinnes und Thyssen und den Direktoren der Deutschen Bank, will sie ihre Unterkunft suchen in der Nationalversammlung.

Sie braucht die Nationalversammlung, sie wird der Anker sein, an dem sie ihre schwimmenden Boote noch einmal können festlegen.

Genossen, über alles, da sind wir uns vollständig klar ...

Und: Es ist kein Zweifel, dass in dieser Nationalversammlung die Vertreter der entschlossenen revolutionären Richtung innerhalb des Proletariats in der Minderheit sich befinden werden. Parteigenossen! Trotzdem schlagen wir Ihnen vor, die Nationalversammlungswahlen nicht beiseite liegen zu lassen. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen zur Nationalversammlung einzutreten mit aller Kraft.

SPRECHER*IN 1:

Rufe:
«Niemals! Nein!»

PAUL LEVI:

Sprechen Sie hier Ihr niemals! erst am Schluss. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen einzutreten und sie durchzukämpfen mit aller Erbitterung und Energie und aller Kampfesfreudigkeit ...

SPRECHER*IN 1:

Rufe:
«Vergeudung von Kraft!»

PAUL LEVI:

Vergeudung von Kraft? Ja, wenn die Positionen, die die Gegenrevolution vor uns aufrichtet, genommen werden könnten ohne Kraftaufwand, ohne dass wir sie stürmen, dann hat der Genosse recht. Solange aber die Bourgeoisie nicht bereit ist, das zu tun, solange wird sie uns den Kampf aufdrängen, solange sie freiwillig nicht einen Schritt zurückgeht, solange ist es unsere Aufgabe, den Kampf aufzunehmen ...

SPRECHER*IN 1:

Zwischenruf:
«Durch die Revolution!»

PAUL LEVI:

... Das ist ja gerade der Unterschied zwischen dem, was Sie im Parlament sehen, und dem, was wir darunter verstehen.
Sie sehen im Parlament immer nur jenes lendenlahme Gebilde, das das Parlament war und sein musste, solange das Proletariat nicht in einer revolutionären Situation war. Es ist heute ein anderes Ding geworden ... Und ich sage, Parteigenossen, wenn Sie heute der Bourgeoisie die Möglichkeit geben, eine Nationalversammlung zu bilden, zusammenzutreten, und Sie sind fern, welche Möglichkeiten haben Sie?
Sie haben die Möglichkeit, mit Waffengewalt zu erscheinen, und wenn es Ihnen gelingt, die Vertreter auseinanderzujagen ... was ist dann geschehen? Dann wird die Nationalversammlung auseinandergejagt sein, und dann wird Ihrer aller glühenden Wunsch erfüllt sein. Und sage mir einer: Wird durch dieses Auseinanderjagen in irgendeinem Punkte die reale Macht der Bourgeoisie gebrochen sein?
Ich sage nein! Sie können die Nationalversammlung auseinanderjagen. Sie können 400 deutsche Bourgeois verhaften und irgendwo in Sicherheit setzen – und die Konterrevolution wird trotzdem genauso weitermarschieren, wie wenn die 400 Mann noch vorhanden wären. – Ihre Position ist eine

andere. Sie müssen in jede Chance, die die Bourgeoisie Ihnen aufbaut, eindringen und im zähen Kampfe Mann gegen Mann die Schanze erstürmen. Sie müssen auch in diesem Parlament gegenüber allen Anschlägen kämpfen und wieder kämpfen.

Die Nationalversammlung wird zusammentreten. Sie wird, und das können Sie nicht verhindern, auf Monate hinaus vielleicht das gesamte politische Bild Deutschlands beherrschen. Sie wird im Zentrum der deutschen politischen Bewegung stehen. Sie werden nicht verhindern können, dass alle Augen darauf schauen, Sie werden nicht verhindern können, dass selbst Ihre besten Anhänger sich an ihr orientieren ...

Denken Sie doch an die ungeheure Schar, die jetzt zum ersten Mal sich an den Wahlen beteiligt, sei es, dass sie zum ersten Mal durch die Revolution hineingerissen sind in den Strudel der politischen Betätigung, sei es jene ungeheure Schar von Jugendlichen und Frauen, die jetzt zum ersten Mal das Wahlrecht in die Hand bekommen. Wenn Sie jetzt die Parole für Boykott der Wahlen ausgeben, so wird es Ihnen nie und nimmer gelingen, jene gewaltige Scharen, die innerlich mit uns sympathisieren, die innerlich mit uns stehen und die wir in kurzer Zeit gewinnen könnten zu gewinnen ...

ERZÄHLER*IN 2: «Lebhafter Widerspruch am Ende der Rede des Genossen Levi», heißt es am nächsten Tag in der ROTEN FAHNE, und «Tumult» im Saal.

ERZÄHLER*IN 1: Die Gegenrede hält ...

SPRECHER*IN 2: Otto Rühle, 44 Jahre alt, SPD-Mitglied seit 1902, Lehrer und Redakteur, ab 1912 Mitglied des Reichstags, stimmt ab 1915 zusammen mit Liebknecht gegen die Kriegskredite, verlässt 1916 die SPD, wird aber kein USPD-Mitglied, gehört zu den Dresdner Linksradiakalen, einer der Anführer der Dresdner Revolution 1918.

OTTO RÜHLE: Ich bin gegen den Vorschlag ...
Wir dürfen die Bewegung nicht wieder einlullen, indem wir dem Arbeiter einen Stimmzettel in die Hand geben ...
Wir können diesen Parlamentarismus nicht mehr als unser Instrument ansehen ...
Das Organ der Bourgeoisie mag die Nationalversammlung sein. Unser Organ sieht anders aus ...
Ich richte den dringenden Appell an Sie, lassen Sie sich auf diese opportunistische Politik nicht ein. Ich sage nicht, dass es eine gewollte opportunistische Politik sei. Aber in ihrer Wirkung wird sie eine opportunistische sein. Sie läuft für die breite Masse der Landbewohner, der Kleinstädter auf eine Kompromisspolitik hinaus. Was das einer Partei schaden kann, das haben wir 1914 gesehen, gelegentlich der Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei bei Ausbruch des Krieges.
Verfolgen Sie den gradlinigen Weg einer ganz konsequenten Politik, die die einzige Forderung erhebt: Rätssystem!

ERZÄHLER*IN 2: Als Nächste erhält Rosa Luxemburg das Wort, wie das Protokoll vermerkt: «Von lebhaftem Beifall begrüßt.»

ROSA LUXEMBURG: Wir verstehen alle und schätzen ungeheuer hoch den revolutionären Elan und die Entschlossenheit, die aus euch allen spricht ... Aber ... wir wären traurige Vertreter des Spartakusbundes, der gegen die ganze Welt im Trotz auftritt, wenn wir nicht den Mut hätten, unseren eigenen Genossen entgegenzutreten ...

Ich habe die Überzeugung, Ihr wollt euch euren Radikalismus ein bisschen bequem und rasch machen ... Wir haben sehr reif zu überlegen, was der Revolution jetzt am meisten frommt und wie ihre nächsten taktischen Aufgaben aussehen und zu formulieren sind ... Unsere nächste Aufgabe ist, die Massen zu schulen, diese Aufgaben zu erfüllen. Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden. Ich sage Ihnen, gerade Dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätssystem zum Siege zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. Nun führt unser Weg durch das Bollwerk hindurch. Ich habe die Pflicht, alle Vernunft dagegen zu richten, gegen dieses Bollwerk anzukämpfen, hineinzuziehen in die Nationalversammlung, dort mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz ... Bilden Sie sich doch nicht ein, dass, wenn wir den Massen vorschlagen, ihren Stimmzettel nicht in die Urne zu werfen, dass dann die Wahlen anders aussehen werden. Die Wahlen stellen ein neues Instrument des revolutionären Kampfes dar. Sie sind befangen in der alten Schablone. Für Sie existiert nur das Parlament des deutschen Reichstags. Sie können sich nicht vorstellen, dieses Mittel zu gebrauchen im revolutionären Sinne. Sie verstehen: entweder Maschinengewehre oder Parlamentarismus. Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus ...

In welcher Weise wollen Sie Wahlen beeinflussen, wenn Sie von vornherein erklären, wir halten die Wahlen für null und nichtig. Wir müssen den Massen zeigen, dass es keine bessere Antwort gibt auf den gegenrevolutionären Beschluss gegen das Rätssystem, als eine gewaltige Kundgebung der Wähler zustande zu bringen, indem sie gerade Leute wählen, die gegen die Nationalversammlung und für das Rätssystem sind.

- ERZÄHLER*IN 2: Am nächsten Tag heißt es in der ROTEN FAHNE:
«Schwacher Beifall am Ende der Rede der Genossin Luxemburg». Und der VORWÄRTS vom 31.12. schreibt:
- VORWÄRTS: «Die Referentin wird von wiederholten Zurufen unterbrochen und beendet ihre Rede, ohne an einer Stelle Beifall zu finden.»
- ERZÄHLER*IN 2: 17 weitere Wortmeldungen schließen sich in der nun folgenden dreistündigen Debatte an. Pro und Contra halten sich dabei die Waage.
- SPRECHER*IN 1: Käte Duncker, 47 Jahre alt, Lehrerin, seit 1890 SPD-Mitglied, Delegierte auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1910 in Kopenhagen, Verfasserin der Schrift «Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung», Ehefrau von Hermann Duncker, Mitarbeiterin von Clara Zetkin, argumentiert für die Frauen:
- KÄTE DUNCKER: Glauben Sie, dass die Frauen, nachdem man ihnen Jahrzehnte hindurch gesagt hat, ihr müsst das Wahlrecht erkämpfen, dass sie uns jetzt folgen werden, wenn wir ihnen sagen, jetzt benutzt ihr es nicht?
Die Frauen werden sich dieser Parole in ihrer Majorität nicht fügen ... die große Hälfte der Wähler – die Frauen, daran müssen wir doch denken ... Die Macht ergreift man erst, wenn man die Massen hinter sich hat.
Ich glaube, eines der wichtigsten Anschauungsunterrichtsmittel, das ist die Nationalversammlung ... Ohne diesen Anschauungsunterricht werden Sie die Leute nicht überzeugen. Ich wünsche diesen Anschauungsunterricht den Proletariern, die jetzt auf die Nationalversammlung als einziges Heilmittel schwören. Dann ist unsere Zeit gekommen. Dann werden wir diese große Majorität des Proletariats hinter uns haben, die uns die Möglichkeit

geben wird, die Macht zu ergreifen, die Macht, die nicht eine Diktatur einer kleinen Minderheit des Proletariats, sondern die Macht des Proletariats selbst ist.

ERZÄHLER*IN 2: Direkt nach der Rede von Käthe Duncker gibt der Vorsitzende Wilhelm Pieck bekannt, dass dem Parteitag nunmehr zwei Anträge zur Abstimmung vorlägen. Erstens der Antrag des Genossen Rühle, Pirna:

OTTO RÜHLE: Die Reichskonferenz des Spartakusbundes lehnt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit Entschiedenheit ab, verpflichtet ihre Anhänger im Reiche zur Wahlenthaltung und ruft sie auf, das Zustandekommen und die gegenrevolutionäre Tätigkeit dieses Parlaments mit allen Mitteln zu verhindern.

ERZÄHLER*IN 2: Zweitens der Antrag des Genossen Rogg, Duisburg: Ulrich Rogg, 30 Jahre alt, Bäcker in der Konsum-Bäckerei Duisburg, SPD-Mitglied, im Krieg zum Spartakusbund gekommen, 1918 einer der Führer der Duisburger Revolution, war bisher in der Debatte noch nicht zu Wort gekommen. Antrag:

ULRICH ROGG: Die Reichskonferenz wolle beschließen, sich an der Wahl der Nationalversammlung zu beteiligen und für das ganze Reich einheitliche Stimmzettel abzugeben, worauf nur die Namen Liebknecht und Rosa Luxemburg stehen sollen. In diesen Namen verkörpert sich unsere ganze Stellung zur Nationalversammlung.

ERZÄHLER*IN 1: Die Idee LINKE LISTE LIEBKNECHT/LUXEMBURG stand von diesem Moment der Nachmittagssitzung am 30. Dezember zur Diskussion.

ERZÄHLER*IN 2: Ulrich Rogg wird den Vorschlag später in der Debatte so begründen:

ULRICH ROGG: Genossen, ich ersuche Sie dringend, nicht in den Fehler zu verfallen, die Stimmung der Massen mit der Stimmung auf der Konferenz zu verwechseln. Sie würden eine arge Enttäuschung erleben. Die Aktivität der Massen ist erwacht ... es würde ein Fehler sein, wenn wir uns an der Wahl überhaupt nicht beteiligen würden. Dieser Beschluss würde bei großen Teilen der Arbeiterschaft überhaupt nicht verstanden werden. Ich denke nicht im Geringsten daran, einer Wahlbeteiligung aus Opportunismus oder aus Neigung zu parlamentarischen Kompromissen das Wort zu reden, sondern ich denke an eine Wahlbeteiligung im Sinne des Protestes.

ERZÄHLER*IN 1: DIE LINKE LISTE LIEBKNECHT/LUXEMBURG
Liebknecht selbst nimmt eher selbstkritisch dazu Stellung:

KARL LIEBKNECHT: Ich weiß genau, dass unsere Wirksamkeit in der Nationalversammlung eine außerordentlich geringfügige sein würde. Ich halte es nicht für eine Lebensfrage für uns, aber ich bin der Ansicht, dass es ein großer Fehler ist, wenn man eine Möglichkeit der Wirksamkeit aufgibt ...
Die Geschichte gibt Beispiele dafür, dass wir nicht in einer vollkommen bedeutungslosen Körperschaft sitzen, sondern in einer Körperschaft von äußerster Gefährlichkeit für das Proletariat, nicht um dort zu schwätzen, zu parlamentarisieren, sondern um dort mitten unter den Feinden des Proletariats zu sein und ihnen die Maske vom Gesicht reißen zu können, um ihre Arbeit zu zerstören mit allen Mitteln, um Brust an Brust mit den Feinden des Proletariats kämpfen zu können.

- ERZÄHLER*IN 1: DIE LINKE LISTE LIEBKNECHT/LUXEMBURG
3 Stunden Debatte, 17 Wortmeldungen, 9 dagegen, 8 dafür
Am späten Abend erst die Abstimmung.
Der Parteitagsvorsitzende Wilhelm Pieck:
- WILHELM PIECK: Ich konstatiere, dass der Antrag des Genossen Rühle, uns nicht an den Wahlen zu beteiligen, mit einer Mehrheit von 62 gegen 23 Stimmen angenommen wurde.
- ERZÄHLER*IN 2: Das war fast eine dreiviertel Mehrheit gegen den Vorschlag einer LINKEN LISTE LIEBKNECHT/LUXEMBURG.
- ERZÄHLER*IN 1: Rosa Luxemburg war wie versteinert, als das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben wurde und verließ dann den Saal.
Gut eineinviertel Jahr später, im April 1920, wird Clara Zetkin auf dem 4. Parteitag der KPD sagen:
- CLARA ZETKIN: Der letzte Brief, den ich 1919 von der Genossin Luxemburg erhielt, sprach sich in allerschärfster Form über diesen Beschluss aus. Sie sagte, dass wir von diesem Beschluss direkt die Zugehörigkeit zur Partei hätten abhängig machen sollen. Wir haben das aber nicht getan ... Es hat sich gezeigt, dass man sich hier getäuscht hat.
- ERZÄHLER*IN 1: 31. Dezember 1918, Silvester
- ERZÄHLER*IN 2: Der VORWÄRTS wirbt in seinem Anzeigenteil für Vergnügungen aller Art zum Jahreswechsel:
- SPRECHER*IN 1: – in der Oper: «Die Fledermaus»
- SPRECHER*IN 2: – im Appolo-Theater: «Die Welt geht unter!», Letzter Tag!
- SPRECHER*IN 1: – in den anderen Theatern: «Der Juxbaron»/«Die Faschingsfee»/«Drei tolle Tage»/«Graf Habenichts»/«Die lustige Witwe»/«Das Dreimädelhaus»
- SPRECHER*IN 2: – in der Victoria-Diele Unter den Linden: Große Silvesterfeier mit Tanz und Konfettischlacht
- SPRECHER*IN 1: – im Skandinavia, Alexanderplatz: Die größte Silvesterfeier Berlins/Drei Orchester/Mitwirkung erster Bühnengrößen/Begrüßung des Neuen Jahres durch die Fanfaren-Bläser des II. Garde-Regiments zu Fuß
- SPRECHER*IN 2: – und in den Park-Lichtspielen in der Bärwaldstraße: «Der römische Sklavenbefreier «Spartakus», Gewaltiges Filmwerk in 7 Akten»
- ERZÄHLER*IN 2: Außerdem werden angeboten: Herrliche Pelz-Plüschmäntel/wunderbare Kostüme/Röcke aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratschein/Wein fürs Haus/Spezial-Behandlung von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen/Ziegen und Kaninchenleberwurst ohne Fleischmarken/Uniformfärben, in Zivil Umarbeiten/Nährsalzpillen mit Malzextrakt/Birken-Reiser-Besen
- ERZÄHLER*IN 1: In den Spalten der offiziellen Bekanntmachungen geht es um die Ausgabe von Süßstoff, die Verteilung von Kunsthonig und die Kartenabschnitte für Vollmilch.

- ERZÄHLER*IN 2: Die größte Anzeige in allen Blättern dieses Tages – bis auf die ROTE FAHNE – hat die Handelskammer geschaltet:
- SPRECHER*IN 1: Arbeiter und Angestellte!
Die Handelskammer zu Berlin vertritt Industrie, Handel und Gewerbe und hat euch ebenso wie den Arbeitgebern zu dienen. Sie ruft euch heute die ernste Mahnung zu: Haltet ein! Was ihr jetzt tut, führt nicht zum Glück, sondern in den Abgrund.
Indem ihr täglich eure Forderungen heraufschraubt, bereitet ihr euch Tage des Wohllebens, aber Ihr legt den Grundstein für Jahrzehnte des Elends, des Hungers, des großen Sterbens.
- SPRECHER*IN 2: Das Hauptbesitztum, das uns geblieben ist, ist unsere Arbeitskraft. Nur wenn wir von ihr vollen Gebrauch machen, können wir uns retten ...
Wie wirken übersteigerte Löhne?
Sie verteuern euer Brot, euer Hemd, euren Rock, eure Kohlen. Die jetzigen Forderungen für Löhne und Gehälter übersteigen um ein Mehrfaches die Erträge der Unternehmungen, sie müssen daran zugrunde gehen.
- SPRECHER*IN 1: Arbeiter und Angestellte, denkt an das Ausland!
Wenn ihr zu wenig arbeitet oder übertriebene Löhne fordert, so ist ein Wettbewerb mit dem Ausland unmöglich.
Arbeiter und Angestellte haltet ein auf dem falschen Weg, werdet euch eurer Verantwortung bewusst, ehe alles zertrümmert, ehe es zu spät ist!»
- ERZÄHLER*IN 2: Im VORWÄRTS, dem Zentralorgan der SPD, ist außerdem mitten im redaktionellen Teil der Seite 3 ein besonderer Kastentext. In großen Lettern stellt er die Frage:
- SPRECHER*IN 2: «Sollen wir verhungern?
Übertriebene Lohnforderungen verteuern uns allen, auch dem Arbeiter, das Leben noch mehr!
Wilde Streiks lähmen die gesamte Produktion und gefährden die Volksernährung.»
- ERZÄHLER*IN 1: 31. Dezember
2. Verhandlungstag/Nachmittagssitzung
3. Punkt der Tagesordnung:
«Unser Programm und die politische Situation»
- ERZÄHLER*IN 2: Das Wort hat Rosa Luxemburg, die das Programm verfasst und bereits am 14. Dezember in der ROTEN FAHNE veröffentlicht hatte, den Delegierten also bekannt war. In ihrer fast zweistündigen Rede geht sie deshalb auch auf die einzelnen Programmpunkte nicht ein. Stattdessen trägt sie einen historischen Diskurs vor, die Vorgänge seit der Veröffentlichung des «Kommunistischen Manifests» analysierend. 70 Jahre Sozialismus, Marxismus ...
- ERZÄHLER*IN 1: Zum Schluss zieht dieses Fazit:
- ROSA LUXEMBURG: Was wir am 9. November erlebt haben, war zu dreiviertel mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips ...
Es war einfach der Moment gekommen, wo der Imperialismus wie ein Koloss auf tönernen Füßen, innerlich morsch, zusammenbrechen musste; und was darauf folgte, war eine mehr oder weniger chaotische, planlose, sehr wenig bewusste Bewegung ...

Man dachte, es ist nur nötig, die alte Regierung zu stürzen, eine sozialistische Regierung an die Spitze zu stellen, dann werden Dekrete erlassen, die den Sozialismus einführen. Das war nichts als eine Illusion.

Der Sozialismus kann nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten, sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muss durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muss die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden.

Und wie ist die äußere Form des Kampfes um den Sozialismus? Es ist der Streik, und deshalb haben wir gesehen, dass die ökonomische Phase der Entwicklung jetzt in der zweiten Periode der Revolution in den Vordergrund getreten ist. Ich möchte auch hier betonen, wir können es mit Stolz sagen, und niemand wird es bestreiten: Wir im Spartakusbund, die KPD, sind die Einzigen in ganz Deutschland, die auf der Seite der streikenden und kämpfenden Arbeiter stehen.

Sie haben gelesen und gesehen bei allen Gelegenheiten, wie sich die Sozialisten den Streiks gegenüber verhalten haben ...

Man sagt: ihr müsst fleißig sein, Sozialismus heißt viel Arbeiten.

Und das sagt man, solange noch das Kapital des Heft in den Händen hat! ...

Daraus ergibt sich: In der kommenden Phase der Revolution, werden sich die Streiks nicht nur immer mehr ausdehnen, sondern sie werden im Mittelpunkt der Revolution stehen, zurückdrängend die rein politischen Fragen.

So werden Sie sehen, dass eine ungeheure Verschärfung der Lage im wirtschaftlichen Kampfe eintreten wird. Denn damit kommt die Revolution an die Stelle, wo die Bourgeoisie keinen Spaß versteht. Die Bourgeoisie kann sich Mystifikationen leisten auf politischem Gebiet, wo eine Maskerade noch möglich ist, wo noch Leute wie Ebert-Scheidemann mit sozialistischen Aufschriften auftreten können, aber nicht da, wo es um den Profit geht. Da wird sie die Regierung Ebert-Scheidemann vor die Alternative stellen: entweder mit den Streiks ein Ende zu machen – oder die Herren Ebert-Scheidemann werden ausgespielt haben ...

Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben. Nach dieser Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten, und daraus ergibt sich auch, wenn wir uns dieser Aufgabe stellen, dass wir mit einer kolossalen Verschärfung des Kampfes in der nächsten Zeit zu rechnen haben ...

Ich meine, die Geschichte macht es uns nicht so bequem, wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, dass es genügte, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen. Wir müssen von unten auf arbeiten ...

Unten, wo der einzelne Unternehmer seinen Lohnsklaven gegenübersteht, unten, wo sämtliche ausführende Organe der politischen Klassengesellschaft gegenüber den Objekten dieser Herrschaft, den Massen stehen, dort müssen wir Schritt um Schritt den Herrschenden ihre Gewaltmittel entreißen und in unsere Hände bringen ...

Ich glaube, es ist gesund für uns, wenn wir uns mit voller Klarheit alle Schwierigkeiten und Komplikationen dieser Revolution vor Augen führen.

ERZÄHLER*IN 1: In der anschließenden Diskussion wird über einen Grundsatz des Programms gestritten, den Grundsatz über Gewalt und Terror.

ERZÄHLER*IN 2: Aus dem Programm:

SPRECHER*IN 1: «In den bürgerlichen Revolutionen war Blut vergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst

und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft.»

ERZÄHLER*IN 2: Aus der Diskussion:
Genosse Fröhlich, Hamburg:

SPRECHER*IN 2: «Genossen, gegen diese Fassung habe ich Schwerwiegendes einzuwenden. Wenn ihr euch den ungeheuer scharfen Bürgerkrieg klarmacht, der in Russland geführt wird, dann werdet ihr euch auch klar werden, dass er mit allen Mitteln geführt werden muss, die zu Gebote stehen, und dazu gehören auch die Mittel des Terrors. Und wenn wir uns weiter über die Tatsache klar werden sollten, dass auch bei uns in Deutschland die revolutionären Kämpfe eine noch viel größere Heftigkeit annehmen werden, dann scheint es mir ganz sicher zu sein, dass wir hier in Deutschland auch einen viel schärferen Klassenkampf zu führen haben werden (...).»

KARL LIEBKNECHT: Es ist doch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, in welchem Sinne dieser Protest gegen den Terror als proletarisches Kampfmittel gemeint ist. Es ist gesagt: Das Proletariat als solches, wenn es nach seinem Willen geht, es wünscht keinen Terror, es braucht keinen Terror. Es ist aber weiter gesagt, dass wir zu gegenwärtigen haben, dass die herrschenden Klassen mit Zähnen und Nägeln ihre Machtstellungen verteidigen und dass die Aufgabe des Proletariats ist, diesen Widerstand mit aller Rücksichtslosigkeit, mit eiserner Faust niederzuwerfen.
Damit ist zum Ausdruck gebracht, dass wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken.

ERZÄHLER*IN 2: Gegen halb 6 abends wird das Programm vom Kongress, der sich ab jetzt Parteitag nennt, angenommen. Das Protokoll vermerkt:

SPRECHER*IN 1: «Die Genossin Luxemburg ist leider nicht in der Lage, das Schlusswort zu halten, da sie körperlich unpässlich ist.»

ERZÄHLER*IN 1: Nachspiel:
Eigentlich sollte der Kongress an diesem Silvesterabend zu Ende gehen. Aber um Viertel nach 8 Uhr verkündet der Vorsitzende Wilhelm Pieck den Delegierten, dass eine Abordnung der Revolutionären Obleute über ein mögliches Zusammengehen mit der neu gegründeten Partei verhandeln wolle – und zwar «sofort!».

ERZÄHLER*IN 2: Die Revolutionären Obleute waren

SPRECHER*IN 1: – frei gewählte Vertrauensleute

SPRECHER*IN 2: – unabhängig von den Gewerkschaften

SPRECHER*IN 1: – die Arbeiter-Opposition seit Beginn des Weltkrieges

SPRECHER*IN 2: – besonders stark vertreten in den Berliner Rüstungsfabriken

SPRECHER*IN 1: – Initiatoren des Massenstreiks im Januar 1918

SPRECHER*IN 2: – mit den Forderungen: Ende des Krieges/Gerechter Frieden mit Russland ohne Territorialansprüche

- SPRECHER*IN 1: – Demokratisierung des Reiches.
- ERZÄHLER*IN 2: 42 von ihnen waren ins Preußische Abgeordnetenhaus an diesem Silvesterabend gekommen, um über ein Zusammengehen mit der neu gegründeten Partei zu verhandeln. Sie vertraten weit über 100.000 Arbeiter.
- WILHELM PIECK: «Wir schlagen Ihnen deshalb vor, unsere Beratungen auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Wir werden ohnehin länger tagen müssen, wenn wir die heutige Tagesordnung noch erledigen wollen. Ich glaube, den Delegierten wird eine halbstündige Erholungspause erwünscht sein, und ich hoffe, dass wir danach nicht nur Ihnen das Resultat mitteilen können, dass dieser Kreis der Revolutionären Obleute mit uns zu einer Einigung gelangt ist, sondern dass wir dann auch den übrigen Teil der Tagesordnung noch erledigen können, damit die Delegierten dann wenigstens morgen früh in ihre Heimat zurückkehren können.»
- ERZÄHLER*IN 2: Aber es gibt kein Resultat.
- ERZÄHLER*IN 1: Nach einer halben Stunde nur den Hinweis, dass die Genossen Obleute sich der neu gegründeten Partei nur dann anschließen würden, wenn der Beschluss des Wahlboykotts rückgängig gemacht werden würde.
- ERZÄHLER*IN 2: Die Verhandlungen gehen weiter, der Kongress setzt seine Arbeit fort.
- ERZÄHLER*IN 1: Gegen 10 Uhr abends kommt Liebknecht ohne Ergebnis aus den Verhandlungen mit den Revolutionären Obleuten zurück.
- ERZÄHLER*IN 2: Dafür mit dem Vorschlag, dass der Kongress noch einen Tag länger zusammenbleibt und morgen gegen 11 Uhr die Verhandlungen mit den Obleuten fortsetzt.
- ERZÄHLER*IN 1: Der Vorschlag wird angenommen.
- ERZÄHLER*IN 2: 1. Januar 1919, Neujahrstag.
Die Titelseite des VORWÄRTS enthält einen Aufruf der SPD:
- VORWÄRTS: «Wähler! Wählerinnen!
Als am 9. November Ebert/Scheidemann/Landsberg die Regierung übernahmen, noch vor dem Eintritt der Unabhängigen, erließen sie eine Erklärung, in der sie die Einberufung einer nach allgemeinem Volkswahlrecht gewählten Nationalversammlung ankündigten.
Später wurde von der Regierung allen Männern und Frauen vom vollendeten 20. Jahre das gleiche Wahlrecht verliehen.
Die Befreiung der Frau aus politischer Rechtlosigkeit ist unser Werk, das Werk der sozialdemokratischen Partei (...)
Der Tag der Wahlen naht nun heran. Die sozialdemokratische Partei hat die Politik, die zum Ausbruch des Krieges und dann zur Niederlage führte, aufs Schärfste bekämpft. Aber weil sie die Niederlage mit allen Kräften zu verhindern bestrebt war, hat sie dem Lande niemals die Mittel verweigert, die es zu seiner Verteidigung brauchte.
Unsere Kreditbewilligung war ein Bekenntnis der Liebe zum eigenen Volk, nicht des Gehorsams gegenüber den früheren Beherrschern Deutschlands. Unser Ziel war die Abwehr feindlicher Übermacht (...)
Die Nationalversammlung, die zu wählen eure Aufgabe ist, hat über den Fortbestand oder die Änderung der jetzigen Regierung zu bestimmen (...)

Wir Sozialdemokraten fordern euch, Wähler und Wählerinnen, auf, uns eure Stimmen zu geben (...) Wir wollen dem deutschen Volk die freieste republikanische Verfassung geben, die irgendein Volk der Welt besitzt (...) Wir wollen alles tun, dass ein gerechter Frieden zustande kommt (...) Das deutsche Volk kann nicht vernichtet werden und lässt sich nicht vernichten.

Wir wollen dem Kapitalismus nicht gestatten, dass er die geistig und körperlich Schaffenden aufs Neue ausbeutet und unterdrückt, wir wollen, dass das arbeitende Volk nach sozialistischen Grundsätzen den ungeschmälernten Ertrag seiner Arbeit genießen soll (...)

Alle Stimmen der alten sozialdemokratischen Partei, die dem Volk vertraut und in weltgeschichtlicher Stunde auch von ihm Vertrauen erwartet!

Ins neue Jahr, in die neue Zeit mit dem alten Kampfruf:

Hoch die Sozialdemokratie!»

- ERZÄHLER*IN 1: 1. Januar 1919
Der Gründungskongress tritt noch einmal zusammen. Die Verhandlungen mit den Revolutionären Obleuten verzögern sich weiter.
- ERZÄHLER*IN 2: Um 1.30 Uhr eröffnet Genosse Pieck die Sitzung.
- ERZÄHLER*IN 1: Liebknecht redet fast eine Stunde. Vor allem über die Forderung der Obleute, den Beschluss der Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung aufzuheben.
- KARL LIEBKNECHT: Es gab eine Abstimmung. Von 42 Abgesandten der Revolutionären Obleute stimmten 26 für eine Beteiligung an den Wahlen, 16 dagegen. Und so haben die Genossen abgelehnt, sich auf diesen, unseren Boden zu stellen ... Wir können unmöglich die Forderungen der Revolutionären Ob- und Vertrauensleute bewilligen. Das hieße, das ganze Werk dieses Kongresses am Schlusse wieder vernichten ...
... das hieße, unsere ganze Partei wieder preisgeben und natürlich uns dem Gespött der Welt aussetzen ...
Es ist also alles in allem ein Ergebnis, das vielleicht einige Illusionen zerstreut über den Grad der revolutionären Entwicklung in dem Kreis der Revolutionären Ob- und Vertrauensleute.
Aber auch die Zerstörung von Illusionen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für jede politische Leistung; das, was ist, festzustellen, ist der erste Schritt zur Klärung von Taktik und Programm ...
- ERZÄHLER*IN 1: Die Sensation zerplatzte – denn eine Sensation wäre es gewesen, wenn die Revolutionären Obleute, die Vertreter der Arbeitermassen, sich am 1. Januar 1919 der neu gegründeten KPD angeschlossen und zur Wahl der Nationalversammlung gestellt hätten mit der LINKEN LISTE LIEBKNECHT/LUXEMBURG.
- ERZÄHLER*IN 2: So aber gingen alle unverrichteter Dinge nach Hause.
Im Protokoll heißt es:
Um 3 Uhr nachmittags stimmen die wenigen verbliebenen Teilnehmer ein dreimaliges HOCH auf die internationale sozialistische Weltrevolution an.
- ERZÄHLER*IN 1: Rosa Luxemburg hat auf diesem Parteitag ihre letzten großen Reden gehalten und ist in zwei Grundsatzfragen ohne Mehrheit geblieben, isoliert und bitter überstimmt.
Erstens in der Frage der Namensgebung.

- ERZÄHLER*IN 2: Heftig wandte sie sich dagegen, die Partei kommunistisch zu nennen. Nach ihrer Meinung sollte die Partei die «Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas herstellen.» Deswegen votierte sie für den Namen SOZIALISTISCHE PARTEI – und verlor die Abstimmung.
- ERZÄHLER*IN 1: Zweitens in der Frage der Haltung zum Parlamentarismus. Dass die Mehrheit der Revolutionären Obleute, der Motor der revolutionären Aktionen in dieser Nachkriegszeit, die Zusammenarbeit mit der neuen Partei verweigerte, weil diese nicht bereit war, ihren Beschluss zum Wahlboykott zu revidieren und damit eine Stellung zum demokratischen Parlamentarismus zu beziehen, war eine Art Menetekel – ein Zeichen an der Wand der Zukunft.
Vor der Geschichte behielt Rosa Luxemburg recht.
- ERZÄHLER*IN 2: Nachtrag:
Nur ein Jahr später, ab 1920, entschloss sich die KPD, an den Reichstagswahlen teilzunehmen – mit diesen Ergebnissen:
- SPRECHER*IN 1: 1920 – 2,9 Prozent der Wählerstimmen
- SPRECHER*IN 2: 1924 – 12,6 Prozent der Wählerstimmen
- SPRECHER*IN 1: 1928 – 10,6 Prozent der Wählerstimmen
- SPRECHER*IN 2: 1930 – 13,1 Prozent der Wählerstimmen
- SPRECHER*IN 1: 1932 – 14,9 Prozent und 16,9 Prozent,
- ERZÄHLER*IN 2: Das entsprach fast sechs Millionen Wählern.
- SPRECHER*IN 2: 1933 – 12,3 Prozent – der Wählerstimmen
- ERZÄHLER*IN 2: ... trotz Nazi-Terror, Versammlungsverboten, Verhaftungen, Verfolgungen. Die Mandate wurden noch vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments annulliert. Hitler ist an der Macht.

1919 – DIE DEBATTEN IN DER WEIMARER NATIONALVERSAMMLUNG

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN UND FRANZ SODANN

Rollen:

Erzähler*in
Friedrich Ebert
Sprechchor
Zeitdokument
Ein Zeitgenosse
Zeitkommentar
Eduard David
Hugo Preuß
Norman Peach
Volker Braun
Oskar Cohn
Lore Agnes
Neue Preußische Zeitung
Philipp Scheidemann
Adolf Gröber
Friedrich Naumann
Hugo Haase
Rosa Luxemburg
Gustav Noske
Erich Mühsam
Gottfried Traub
Johannes R. Becher
Marie Juchacz
Luise Zietz
Verfassung

Grundgesetz
Berliner Tageblatt
Vossische Zeitung

Uraufführung:

6. Februar 2009
Deutsches Nationaltheater
Weimar

Regie:

Franz Sodann

Mitwirkende:

Ulf Annel
Pröpstin Elfriede Begrich
Sabine Berninger
Matthias Biskupek
André Blechschmidt
Roland Claus
Dagmar Enkelmann
Friederike Fischer
Michel Friedman
Volkhardt Germer
Gregor Gysi
Dieter Hausold
Luc Jochimsen

Karin Kaschuba
Katja Kipping
Birgit Klaubert
Knut Korschewsky
Sebastian Kreuz
Felix Leibrock
Petra Pau
Bodo Ramelow
Paul Schulz
Petra Sitte
Franz Sodann
Peter Sodann
Michaele Sojka
Frank Spieth
Uwe Steimle
Kirsten Tackmann
Steffen Trostorf
Heinz Vietze
Florian Weis
Ulrich Wilken
Gabi Zimmer
Schüler*innen der
8. Klasse des Goethe-
gymnasiums Weimar

ERZÄHLER*IN: Weimar, den 6. Februar, VOSSISCHE ZEITUNG: «Nach unendlichem Leid schlägt heute dem deutschen Volke eine große Stunde. Die frei gewählten Vertreter der Nation treten zusammen, um den deutschen Volksstaat zu gründen, den Staat, der eins sein soll mit dem ganzen deutschen Volk. Was seit Monaten, noch vor Ausbruch der Revolution, der Wunsch der Besten gewesen ist, was seither das Ziel der Sehnsucht aller wurde, ist heute erfüllt: die Nationalversammlung tagt.»

BERLINER TAGEBLATT: BERLINER TAGEBLATT, am selben Tag: «In der Stadt herrschte heute in den ersten Morgenstunden vor dem Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung ein lebhaftes Treiben. Große Menschenmengen stauen sich vor dem Nationaltheater, um sich die dort ein- und ausgehenden Abgeordneten und die Vertreter der Regierung anzuschauen. Im Hause selbst ist, nachdem man Tag und Nacht gearbeitet hat, nunmehr alles fertig geworden. Der große Theaterraum prangt im Blumenschmuck. Während das Parkett, das amphitheatralisch ansteigt, für die Abgeordneten bestimmt ist, ist die Bühne für das Präsidium und die Regierung eingerichtet. Ziemlich in der Mitte der Bühne befindet sich der Aufbau des Präsidialtisches, der Großsessel des Präsidenten mit dem Reichsadler auf der Lederlehne ist aus dem Reichstage hierher gebracht worden.»

ERZÄHLER*IN: Um 3 Uhr 15 Minuten ergreift das Wort Friedrich Ebert, Volksbeauftragter:

FRIEDRICH EBERT: «Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Mal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.

In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlussfassung lassen sich die unausschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärtsbringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei.»

VOSSISCHE ZEITUNG: 6. Februar, VOSSISCHE ZEITUNG: «Das alte Reich ist zugrunde gegangen an dem völligen Mangel an fruchtbaren Ideen, an der geistigen Leere, die den Worten und Taten seiner politischen Leiter eigen war. Nicht der alte Geist, sondern die Abwesenheit jeden Geistes hat sein Schicksal besiegelt. (...) Eine neue Seite deutscher Geschichte beginnt, und die Volksvertreter in Weimar sind es, die die ersten Worte darauf zu schreiben haben. Möge ihnen die Größe des Geistes und der Mut nicht fehlen, die das Werk von ihnen erfordert.»

ERZÄHLER*IN: Doch hören wir den zweiten Teil der Rede Friedrich Eberts:

FRIEDRICH EBERT: «Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist,

der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution.

Meine Damen und Herren, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (...) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. (...) Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wiedergutmacht werden durch Hand-in-handgehen der Völker. (...)

Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära das Lassalle'sche Wort, dass die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweg geflogen seien. Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.

Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des «Faust» und in «Wilhelm Meisters Wanderjahren» erfasst hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!»

SPRECHCHOR: «Denn der Mensch, der zu schwanken Zeit auch schwanken Gesinnung ist, Der vermehrt das Übel und leitet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.»

FRIEDRICH EBERT: «So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.»

ZEITDOKUMENT: Aus einem Zeitdokument mit dem Titel: «Friedrich, der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung von Februar bis August 1919.» Der Autor dieses Buches möchte anonym bleiben, in Wirklichkeit handelt es sich um einen Journalisten namens Adolf Stein:

ZEITKOMMENTAR: «Ebert hat es wirklich raus. Wir haben nicht Deutschland in Trümmer geschlagen, sondern nur die Verderber Deutschlands, die Monarchen.

Am ersten Tage der Nationalversammlung hat Ebert der Welt die Wahrheit verkündet: Wir sind «vom Imperialismus zum Idealismus» gekommen, «von der Weltmacht zur geistigen Größe». Nämlich von Bismarck. Das nennt Friedrich der Vorläufige den Geist von Weimar. Riesengroß wächst bei seinen Worten eine hoheitsvolle Gestalt im Theaterraum empor, die Goethes Züge trägt. Er sieht sie nicht. Er hört sie nicht. So entgeht es ihm auch, dass

sich ein Brausen erhebt und dass aus den Schauern der Ewigkeit eine Stimme erklingt: «Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir!»

ERZÄHLER*IN: Noch immer der 6. Februar. Aus der NEUEN PREUSSISCHEN ZEITUNG: Drahtmeldung unseres Berichterstatters: «Das Straßenbild Weimars ist seit gestern völlig verändert. Es erreicht heute den Höhepunkt lebhafter Bewegung. Reicher Fahnschmuck in deutschen und weimarischen Farben hebt sich wirkungsvoll ab von der prächtigen Winterlandschaft. Charakteristisch ist, dass jede rote Fahne fehlt.»

ZEITDOKUMENT: Ein weiterer Zeitgenosse, Johannes W. Harnisch, schreibt in seinem Buch «Skizzen und Stimmungen aus dem Weimar der Nationalversammlung»:

EIN ZEITGENOSSE: «Dass das «nach Weimar Gehen» nicht ganz leicht ist, weiß man. Aus Gründen, die die Geschichte nahelegt, hat man Sorge getragen, die Möglichkeit abzuschneiden, dass das verfassungsgebende Parlament unter die Herrschaft eines Großstadtpöbels gelangt.

Man hat es nach irgendeinem mittleren Orte berufen; dass das just Weimar wurde, ist kaum mehr als ein Zufall. (...) Man hat selbstverständlich dafür gesorgt, dass sie dort in Weimar in größtmöglicher Sicherheit vor allen denkbaren Anschlägen ist. Die Einreise ist von einer Bewilligung abhängig gemacht worden, die keineswegs leicht zu erlangen ist, und wer, seinen gestempelten und beglaubigten Einreisepass in der Hand, auf dem Weimarer Bahnhof angekommen ist, stößt (...) auf einen Berliner Schutzmann. Dieser prüft den Ausweis; reicht ihn dankend zurück; man schreitet an ihm vorbei – und ist in Weimar.»

ERZÄHLER*IN: Aus dem BERLINER TAGEBLATT vom 6. Februar: «Während die Abgeordneten beraten, suchen ihre zahlreich mit eingetroffenen Gattinnen die geweihten Stätten Weimars auf. Ganz wie 1848 in Frankfurt am Main, wo man schließlich die parlamentarischen Gruppen nach den Namen ihrer Gasthäuser taufte, ist fast jedes Hotel von einer Partei besetzt. Der freundliche Fürstenhof ist demokratisch, der Elefant ist meistens deutschnational.»

ZEITKOMMENTAR: «In der Nationalversammlung sitzen nicht weniger als 19 sozialdemokratische Exzellenzen. Diese funkelneuen Minister, Staatssekretäre, Gesandten, die nun im Gehrock paradieren, eine Perle in den Selbstbinder stecken und die Goldapfeluhr verdächtig oft ziehen, sind im Grunde bedauerenswert. Mit ihrem Regierungslatein sind sie längst zu Ende, das graue Elend grinst ihnen überall in Deutschland entgegen, und sie haben alle zusammen im Lande noch nicht so viel Autorität wie früher ein einziger königlicher Gendarm.

Auch die sozialdemokratischen Unterstaatssekretäre und vortragenden Räte, auch die Arbeiterräte, Soldatenräte und sonstigen Räte und Unräte wissen, dass die Revolution uns in den Sumpf gekarrt hat.»

ERZÄHLER*IN: Einen Tag später, auf der 2. Sitzung am 7. Februar, wird Dr. Eduard David von der SPD zum Präsidenten gewählt.

EDUARD DAVID:
2 Personen
abwechselnd «Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zu Ihrem Präsidenten zum Ausdruck gebracht haben. (...)

Gewaltige Aufgaben harren unser. Der alte Bau ist zusammengestürzt, wir sollen einen neuen errichten, und dieser Neubau soll ein besseres, wohnlicheres Haus für unser politisches Zusammenleben sein, als es das alte war.

An Stelle des früheren, auf den Vorrechten einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ruhende Demokratie treten. (...) Das Volk als Ganzes wird, von jeder Bevormundung befreit, Herr über sein Geschick. Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung bei allen Meinungs- und Interessengegensätzen innerhalb des Ganzen. (...)

Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, dass Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. (...)

Sozialismus – auch dieses Wort hat für viele heute noch einen schreckhaften Klang. Auch hier muss die Brücke des gegenseitigen Verstehens geschlagen werden, damit fruchtbare Zusammenarbeit möglich wird.

Das alte Wirtschaftssystem beruhte auf dem Zwiespalt von Kapitalgewinn und Arbeitsentlohnung. Die aus ihm hervorgegangene gesellschaftliche Kultur zeigte den Gegensatz zwischen einer dünnen, sich aller Genüsse leiblicher und geistiger Kultur erfreuenden Oberschicht und einer breiten, in Kulturarmut, wenn nicht in direktem physischen und geistigen Elend dahinlebenden Unterschicht.

Die Idee des Sozialismus ist die Überwindung dieses Gegensatzes. Nur durch die Lösung dieses Problems kann der Dauerfriede im Innern der Völker gewonnen werden.

Die Zukunft zeigt uns ein Volksganzes, das in allen seinen Schichten ein Kulturvolk ist. (...)

Meine Damen und Herren, die Arbeit der Nationalversammlung soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. (...) Möge von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet. (...)

Aus dem finsternen Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichten, glücklicheren Zukunft!»

ZEITKOMMENTAR:

«Ganz geheuer ist den Ilm-Athenern freilich schon heute nicht, und die Familien, die in der Nähe des Nationaltheaters wohnen, möchten für die nächsten Wochen am liebsten verreisen, weil allerlei wilde Gerüchte erzählen, die Nationalversammlung werde «gesprengt» werden und dabei könnten auch die umliegenden Häuser in die Luft fliegen. Man sieht die Einquartierung, soweit man selber an ihr beteiligt ist, gern. Auch wenn «nur» die Höchstpreise bezahlt werden, stehen sich die Vermieter nicht schlecht. Außerdem soll jeder, der einen Regierungsbeamten, einen Abgeordneten, einen Pressevertreter beherbergt, reichlich Kohlen erhalten, und das ist augenblicklich eine sehr ersehnte Sache.

Nur sind noch nicht genug Kohlen da. Ein Kohlenzug ist vom Arbeiter- und Soldatenrat Eisenach abgefangen worden, ein anderer anderswo. Je näher man Weimar kommt, desto enger wird das Netz dieser Raubritter und Zollerheber. (...)

In Weimar selbst jedoch braucht man keine Angst zu haben, denn da ist Berliner Schutzmannschaft eingezogen. Wir haben so viel über den Polizeistaat geschimpft. Jetzt hält er aber den Revolutionsstaat über Wasser. Ohne diese Kräfte des «alten Systems» wäre das «neue System» schon zusammengebrochen.»

BERLINER TAGEBLATT: Das BERLINER TAGEBLATT zitiert am 9. Februar das Telegramm seines Sonderberichterstatters:
«Nun begann die erste Lesung der provisorischen Reichsverfassung. Dr. Preuß, der Staatssekretär des Innern, nahm das Wort. Seine parlamentarische Jungferrede machte den besten Eindruck. Er sprach frisch, angeregt und einleuchtend, pointiert, flocht geistvolle Bemerkungen ein (...) und gab seiner Rede einen idealistischen Schwung. Er zitierte beginnend Heinrich von Gagerns Begrüßungsworte an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main: Über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel.»

HUGO PREUSS:
2 Personen
abwechselnd
««Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland will eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch der Staatenregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung. Wenn über manches Zweifel besteht: Über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel; es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben.»

Mit diesen Worten grüßte einst Heinrich von Gagern die erste verfassungsgebende Nationalversammlung des deutschen Volkes in der Paulskirche zu Frankfurt. Und wenn Sie in dieser hohen Versammlung heute diese Worte wieder hören, so zweifle ich nicht: Sie empfinden die wunderbare Wiederholung der Erscheinungen; (...). Gewiss, bei aller Ähnlichkeit auch die größten Verschiedenheiten. Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein aufsteigendes Volk, ein auch wirtschaftlich aufsteigendes Volk, das beseelt war von dem Wunsche, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen; heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande diese schweren Jahre durchgekämpft hat, das Recht gibt, auch nach dem Verlust dieses Krieges festes Vertrauen in seine eigene Zukunft zu hegen, gestützt auf die Leistungen und die Tüchtigkeit, die sich in dieser schweren Zeit bewährt haben, fest an der Hoffnung zu halten, dass es aus diesem Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muss, für den die Grundlage zu legen, der hohe und heilige Beruf dieser Versammlung ist. (...)

Damals ist wesentlich an dem Widerstande der dynastischen Mächte in Deutschland das Werk der Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Solcher Widerstand ist heute durch die Tatsache der Revolution ausgemerzt; (...).»

ERZÄHLER*IN: Der parlamentsbeobachtende Stein kommentiert:

ZEITKOMMENTAR: «Und nun erleben wir die eigentliche Eröffnung der deutschen Konklave durch ein halbstündiges, nicht ungeschicktes Kolleg des Handelshochschulpfessors Preuß, der Zeiten Staatssekretär des Innern.

Er hebt mit den Worten Gagerns aus der Paulskirche an: Wir wollen schaffen eine Verfassung! Dieser Satzbau liegt ihm besonders, dem Herrn Preuß. Im Übrigen ist er als Redner nicht sehr wirkungsvoll, so sorgfältig stilisiert auch alles ist; man denkt immer, es tue ihm irgendetwas weh, so verzieht er seine Hängelippe beim Sprechen. Der Vortrag ist nicht gerade hinreißend.»

Nun. Aber hören wir doch Herrn Preuß weiter zu:

HUGO PREUSS:

«Was durch die Revolution geschaffen ist, bedarf nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung.

(...) das Eiligste und Notwendigste für den Zustand unseres Gesamtverbandes ist, so schnell wie irgend möglich eine rechtliche Ordnung zu begründen, (...).

Dem hohen Hause brauche ich nicht zu sagen, dass dieser Entwurf ein Kompromissentwurf ist; die erfahrenen Politiker haben es ihm mit Leichtigkeit angesehen. Er kann vor allen Dingen keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. (...)

Gewiss, wir müssen und wollen uns, wenn es irgend möglich ist, mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen; (...).

Wie es bei einem Kompromissvorschlag nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird, den einen zu viel, den anderen zu wenig geben. Aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, dass der Gedanke, der diesem Kompromissentwurf zugrunde liegt, der Gedanke der Vereinbarung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringen Widerstandes nun das zunächst Notwendige zu schaffen, unserem neuen Reich eine anerkannte Regierung so schnell als möglich zu geben, auf allen Seiten der hohen Versammlung Anklang finden möge. (...) Mehr noch als im Glück heißt es jetzt im Schmerz und Leid für uns alle: «Deutschland über alles.»

ERZÄHLER*IN:

«Ein mattes «Deutschland über alles» soll diesem Solisten einen guten Abgang verschaffen. Aber Chor und Orchester fallen nicht jubelnd ein. Man reibt sich die Augen und erfährt, dass die Sitzung zu Ende sei.»
Herr Harnisch schreibt:

EIN ZEITGENOSSE:

«Hier in Weimar die Abende zu verbringen, nachdem man in Kommissionen, Fraktionssitzungen, der Plenarversammlung, in Pressekonferenzen, Ressortberatungen und so fort den Tag über angestrengt tätig gewesen ist, das wäre nicht nur kein Vergnügen, sondern eine Nervenstrapaze. Und da man schließlich nicht jeden Abend ins Konzert oder in die Theateraufführungen gehen kann, so bleibt tatsächlich keine andere Wahl, als den Abend in irgendeiner Kneipe unterzubringen.

Erfreulicherweise ist die Auswahl an ihnen recht groß. (...) Und überall das gleiche Bild überfüllter, rauchgeschwängelter Räume, in denen die politischen Berühmtheiten dutzendweise zu bewundern sind.»

ERZÄHLER*IN:

Wagen wir einen kleinen Zeitsprung für eine Analyse: Vor genau zehn Jahren hat genau an dieser Stelle Norman Paech über «Revolution, Verfassung und Republik» gesprochen.

NORMAN PAECH: Verfassungen sind im besten Fall Urkunden erfolgreicher Revolutionen, Kodifikationen revolutionärer Kämpfe und ihrer Errungenschaften. Sie ziehen die Summe und schließen ab. Aber sie weisen auch mit Prinzipien, Rechten und Pflichten über sich hinaus auf eine Wirklichkeit, die die Gesellschaft in einem ständigen Prozess des Fortschritts noch herzustellen hat.

Die Weimarer Verfassung fiel zweifellos in eine Epoche, die trotz Krieg, Revolution und ökonomischer Krise immer noch zur Wachstumsphase des Kapitalismus zählte. Erst jetzt lösten sich die letzten Überreste des feudalen und halbfeudalen Systems auf. Und das Bürgertum erhielt erst jetzt seine volle und seiner ökonomischen Macht entsprechende Stellung, als man ihm voreilig schon das Ende seiner Geschichte verkündete. 1919 sah man zweifellos zu Recht in Deutschland die stärkste Bastion des kontinentalen Sozialismus und unterschätzte die dahinter sich auftürmenden Festungsmauern des Bürgertums. Die Arbeiterbewegung erkämpfte zwar die Prinzipien und Verfahren der politischen Demokratie, die Raum für die Organisation einer neuen Sozialordnung gab. Aber sie unterminierte selbst den gesellschaftlichen Neuanfang, indem sie den bürgerlichen Organisationsapparat mit seiner Bürokratie und den alten Funktionärseliten übernahm. Nur im Grundrechtsteil konnte sie die Option für eine neue Sozialordnung offenhalten. Die wurde ihr aber schon bald – gleichsam hinter ihrem Rücken – durch die Justiz wieder entzogen.

Von links ist der Verfassung noch zur Zeit ihrer Gültigkeit vorgeworfen worden, sie habe sich nicht entschieden. Sie unterliege dem Irrtum, dass die Prinzipien der Demokratie allein bereits die Prinzipien einer bestimmten sozialen oder weltanschaulichen Ordnung seien.

Ob Ende oder Höhepunkt des bürgerlichen Zeitalters, die rechtsstaatlichen Institutionen sind in ihm immer gefährdet und müssen verteidigt werden. Es ist aber ein Fehlschluss, von der Verfassung die Inhalte und Organisationsprinzipien einer neuen Gesellschaftsordnung zu verlangen, wenn die Revolution nicht die Kräfte freisetzt, die diese neue Ordnung durchzusetzen in der Lage ist. Was bereits 1919 im Wahlergebnis zur Nationalversammlung sich andeutete und in der Verfassung nur zu einem äußerst labilen Kompromiss mit einer gefährlichen Nebenverfassung ausreichte, war in den folgenden Jahren nicht umkehrbar zugunsten der fortschrittlichen Kräfte. Das aber war nicht der Weimarer Verfassung anzulasten.

Ich schliesse mit einer einzigen Lehre aus Weimar, die gerade heute von großer Aktualität ist: Die Verteidigung der Legalität, von Verfassung und Völkerrecht, ist eine Grundbedingung für unsere demokratische Existenz.

ERZÄHLER*IN: Aus «Der große Frieden», ein Theaterstück von Volker Braun:

VOLKER BRAUN: «Als der wahre Weg noch wirkte, war alles unter dem Himmel Gemeingut. Die Weisesten wurden gewählt, die Fähigsten betraut. Man sprach die Wahrheit. Es herrschte Gemeinsinn. Deshalb sah man nicht nur in den eigenen Eltern seine Eltern, nicht nur in den eigenen Kindern seine Kinder. Die Alten konnten in Ruhe sterben, die Kräftigsten nach Kräften arbeiten, die Jungen ungehindert wachsen.

Alle Männer hatten ihr Land, alle Frauen ihr Haus. Man verabscheute es, brauchbare Dinge wegzuworfen, doch darum hortete man sie nicht etwa für sich. Man verabscheute es, seine Kräfte zurückzuhalten, doch darum gebrauchte man sie nicht etwa zum eigenen Vorteil. Die Niedertracht hatte keinen Boden, Raub und Gewalt sahn kein Land. Man musste die Tore nicht verschließen. Das hieß der Große Frieden.

Eh sich die Welt nicht umwälzt bis zum Dreck
Ist sie uns heillos und der Rücken krumm.
Was nicht für alle taugt, wird wieder stumm.
Das Leben ist nicht mehr wert als sein Zweck.

Die neuen Zeiten, von den alten wund
Sind neu genug erst, wenn wir aufrecht stehn.
Die Plage dauert und kann uns vergehn.
In unsern Händen halten wir den Grund.»

ERZÄHLER*IN: Zeitkommentar Stein, Weimar, den 10. Februar:

ZEITKOMMENTAR: «Nun wird es nicht nur dramatisch, sondern sogar östlich-allzuöstlich durch das gemeinsame Auftreten der quecksilbrig behenden Rechtsanwälte Haase und Cohn, die von der Sowjetgrenze aus Ostpreußen und Oberschlesien gebürtig sind.

Die Unabhängigen wollen kein Reichshaupt, sondern einen Fünf-Männer-Ausschuss, keine parlamentarische, sondern eine Soldatenratsregierung, sie wollen überhaupt die Revolution als Dauerzustand. Auch macht das Pentagramma ihnen Pein: Ein Deutsches Reich soll es selbst auf dem Papier des Notgesetzes nicht mehr geben. Überall wünschen sie stattdessen das Wort «Republik». Nicht einmal der «Freistaat» im Text genügt ihnen, der ist offenbar noch zu deutsch. Cohn droht: Die Revolution sei doch nicht deshalb abgeschlossen, weil eine Parlamentswahl stattgefunden habe!»

ERZÄHLER*IN: Doch hören wir den USPD-Mann selbst in seiner Rede vom 10. Februar, in der 4. Sitzung.

OSKAR COHN: Geehrte Versammlung! Auch meine Freunde halten es für notwendig, dass in der jetzigen Phase der revolutionären Entwicklung Rückschau und Umschau gehalten, eine Atempause gemacht und nach Möglichkeit eine Bilanz des Verlaufs der Revolution gezogen werde, soweit sich Bilanz in der Form von Gesetzesentwürfen ziehen lässt. Deshalb sind wir durchaus nicht abgeneigt, jetzt, nachdem die Nationalversammlung gewählt ist, in der souveränen Nationalversammlung eine provisorische Verfassung mit zu schaffen. Dass diese Verfassung durchaus den Charakter des Vorläufigen und Unfertigen tragen muss, ist uns ganz klar, da wir ja überzeugt sind, dass eben, wenn ein Abschluss in der Revolution bereits erfolgt ist, es sich nur um den Abschluss einer ersten Phase der Revolution handeln kann.

Die geehrte Versammlung kommt mit allen Versuchen, die Revolution für abgeschlossen zu erklären und eine Gesetzgebung von dem Standpunkt aus und zu dem Zweck zu unternehmen, um die Revolution als beendet erscheinen zu lassen –, mit diesen Bemühungen kommt die geehrte Versammlung gegenüber den harten Tatsachen des Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht weiter und nicht zum Ziele.

Diese Tatsachen haben ihre eigene harte Logik, und niemand von uns weiß, ob und wann der provisorischen Verfassung eine endgültige Verfassung auf der Grundlage folgen wird.

Auch der Herr Volksbeauftragte Ebert hat sein lebhaftes Bestreben, in seinen Ausführungen bei Eröffnung der Nationalversammlung, die Revolution als abgeschlossene Geschichtsperiode Deutschlands zu sehen. ...

So hätte man verlangen können, dass der Entwurf wenigstens die Richtung der Entwicklung, die nun einmal die Revolution und damit die deutsche Geschichte genommen hat, schärfer und klarer betonte. ...

Geehrte Versammlung! Mindestens ebenso schwere, wenn nicht schwerere Bedenken bestehen für uns bei den Bestimmungen über den Reichspräsidenten. Auch hier ist der Hauptvorwurf, dass der Entwurf zu sehr am Alten und Veralteten klebt. Wir haben von der Monarchie ein für allemal genug und möchten sie auch nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder bei uns einführen. Man sollte sich nicht auf das Beispiel der französischen oder der amerikanischen Republik berufen.

Dort sind ganz andere Voraussetzungen einer demokratischen Kultur und Tradition, die dem deutschen Volke, die namentlich dem deutschen Bürgertum fehlen oder verloren gegangen sind.

Ein Reichspräsident in Deutschland, bei dem zwar nicht gottgewollte, aber von selbst gewollte Abhängigkeiten eine Rolle spielen, die nun einmal unser geistig auch uniformiertes Bürgertum sehr auszeichnen, kann eine ganz andere politische Gefahr bedeuten, als sie bei der gleichen Stellung im französischen und amerikanischen Freistaate auftreten kann. Wir ziehen vor, an die Spitze der deutschen Republik ein Kollegium von gleichberechtigten Männern zu setzen. Wir schlagen vor, ein Reichspräsidium von fünf Köpfen nach dem Vorgange zum Beispiel der Schweiz.

ERZÄHLER*IN: Zeitgenosse Harnisch, offenbar kein Sympathisant der Unabhängigen Sozialdemokraten, beschreibt diese folgendermaßen:

EIN ZEITGENOSSE: «Die Unabhängigen, die ob der Wahlenthaltung der Spartakusleute den linken Flügel der Nationalversammlung bilden, scheinen sich der Pflicht bewusst zu sein, trotz ihrer kleinen Schar nicht nur für eigene Rechnung, sondern auch noch für die nicht vertretenen Kommunisten mit Radau zu machen. Als Zwischenrufer und Störer der Verhandlungen tragen sie bei weitem den Preis davon, so eifrig sich auch zahlreiche Mehrheitssozialisten dann als Gegenrufer zu betätigen pflegen.»

Gäbe es einen Preis für die fleißigsten Antragsteller während der Nationalversammlung, würde auch der den Unabhängigen verliehen werden müssen.

ERZÄHLER*IN: Aus dem Protokoll der 4. Sitzung am 10. Februar. Der Präsident:
«Die Beratung über den § 1 ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Von den Mitgliedern Frau Agnes und Genossen liegen zwei Abänderungsanträge vor. Die Drucksache ist noch nicht in Ihrer Hand; ich muss deshalb die Anträge noch einmal vorlesen.

1. In § 1 Zeile 2 die Worte «künftige Reichsverfassung» zu ersetzen durch die Worte «Verfassung der Deutschen Republik». Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. (Geschieht)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wer nun dem § 1 in der Fassung des Entwurfs seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht)

Das ist die große Mehrheit; der Paragraph ist angenommen. (...)

Es liegen zu dem § 4 Anträge von Frau Agnes und Genossen unter Ziffer 5 vor: § 4 zu streichen und an seine Stelle folgende Bestimmungen zu setzen:»

LORE AGNES:

«§ 4: Legt das Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte gegen ein von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenes Gesetz oder gegen eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung mit Gesetzeskraft innerhalb zweier Wochen nach dem Beschlusse Einspruch ein, so tritt das Gesetz oder die Verordnung zunächst nicht in Kraft, sondern es ist die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen. Der Einspruch ist bei der Nationalversammlung schriftlich einzulegen. Die Nationalversammlung überweist ihn der Regierung; diese hat die Volksabstimmung zu veranlassen. Zur Abstimmung sind alle Wahlberechtigten befugt.»

ERZÄHLER*IN:

Präsident:

«Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich zu erheben. – (Geschieht) –

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.»

Zu Lore Agnes muss man wissen, dass sie den ersten von einer Frau gezeichneten Antrag in die Nationalversammlung eingebracht hat. Er lautete:

«Die deutsche Nationalversammlung ist sofort von Weimar nach Berlin zu verlegen» und wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Obwohl, obwohl, ...

«Es fehlt nicht viel, und sämtliche Pressevertreter in Weimar schicken der Unabhängigen Agnes Blumensträuße ins Haus, denn die Arbeit vollzieht sich hier vorläufig unter so erschwerenden Umständen, dass man sich sobald als möglich nach Berlin zurückwünscht.

Eilbriefe gehen zwei Tage, dringende Depeschen langsamer als ein Personenzug. An den Fernsprecher gar gelangt man nur, wenn man mit einem ganzen Belagerungsheer ihn tagsüber berennt. (...)

Die NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG schreibt dazu:

NEUE PREUSSISCHE
ZEITUNG:

«Der Telefonverkehr nach auswärts und in der Stadt versagt durchaus, erschwert den Dienst der Presse und den Verkehr der Abgeordneten. Die Kohlennot ist unbeboren und die Stadt liegt abends im Dunkeln; der Straßenverkehr ist für Ortsfremde daher unmöglich.»

- ERZÄHLER*IN: Zeitkommentar Stein:
- ZEITKOMMENTAR: «Weimar, 13. Februar: Die neue Regierung ist da. Sie ist ein Kind mit drei Köpfen (...). Heute reden zum ersten Mal die drei Köpfe widereinander. (...) Im Übrigen behauptet der siamesische Drilling, dass er beileibe nicht siamesisch sei, sondern erstens sozialistisch, zweitens christkatholisch, drittens demokratisch. Ehe die drei Köpfe nach drei Richtungen sprechen, wird die Ministerelite verlesen, aus der wir ersehen, dass wir fortan von vier Parteijournalisten, vier Parteibeamten, drei Juristen, einem Diplomaten, einem Bergrat a. D. und einem Handelshochschullehrer a. D. regiert werden sollen. (...)
- Scheidemann eröffnet den heutigen Reigen mit einer Programmrede. Er ist der erste Kopf des neuen Kindes.
- Den zweiten Kopf stellt Gröber dar, den dritten schließlich Herr Naumann.»
- ERZÄHLER*IN: Hören wir nun Philipp Scheidemann als Präsident des Reichsministeriums und Mitglied der SPD in der 6. Sitzung vom 13. Februar.
- PHILIPP SCHEIDEMANN: 3 Personen abwechselnd
- Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hatte mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt.
- Aus den Mitteilungen, die der Präsident soeben hier gemacht hat, haben Sie ersehen, dass sich das neue Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen; Sie haben sie bereits gehört. Ich will nur hinzufügen, dass diesem Kabinett auch der preußische Herr Kriegsminister ohne Stimmrecht angehören wird.
- Das Programm des Reichsministeriums für die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft erlaube ich mir Ihnen vorzutragen.
- Außenpolitik
- Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses. ...
 - Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.
- Innenpolitik
- Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst.
 - Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstätten gemäß seiner Begabung zu ermöglichen.
 - Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volkshheeres zum Schutz des Vaterlandes. ...
 - Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie. ...

– Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen die Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutter-schutzes, der Säuglings- und Jugendvorsorge. ...

– ... Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen.

In gerechter freier Wahl, bei der es keinen Unterschied des Ranges, des Besitzes und des Geschlechtes gab, hat das Volk Sie zu seinen Vertretern bestimmt. Durch Sie will es sich seine Gesetze geben, denen unverbrüchlicher Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht ist.

Lassen Sie sich alle von der Größe dieser Vorstellung durchdringen, auf dass die Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November verkündet hat, stabilisiert sei wie ein Felsen von Erz. ...

Die eine Prophezeiung glaube ich wagen zu dürfen, dass die Zeiten der Gewaltherrschaft ein für allemal vorüber sind und dass keine Macht der Welt jemals ungestraft wird wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten.

Die Unrechtszustände, unter denen wir früher lebten, waren im Rechtsbewusstsein des Volkes schon tot, als sie noch scheinlebendig waren. Sonst wären sie nicht so widerstandslos zusammengebrochen, sonst hätte sich der neue Rechtszustand der Demokratie nicht mit solcher Selbstverständlichkeit eingebürgert.

Wir betrachten es als eine der größten Errungenschaften dieses neuen Rechtszustandes, dass nun auch die Frauen als gleichberechtigte Volksgenossinnen in unsere Reihen eintreten.

Ich begrüße die große Zahl von Frauen, denen das Volk das höchste Ehrenamt, das Amt seiner Vertretung, übertragen hat, in dieser Versammlung mit der größten Genugtuung und mit den größten Hoffnungen. ...

... Als unsere Bundesgenossen alle zusammenbrachen, als wir ein einziges Volk allein standen gegen eine ganze Welt, als entgegen allen täuschenden Voraussagen unserer U-Boot-Propheten das Heer der Amerikaner im Westen stromgleich anschwell, unsere starke Front ins Wanken geriet und schließlich der geniale Hazardeur des Weltkrieges Ludendorff mit dem Geständnis seines Bankrottes vor uns hintreten musste – diejenigen, die es miterlebt haben, werden nicht wagen, ein Wort des Widerspruchs hiergegen zu erheben, da fiel, sage ich, die Binde von den Augen des Volkes, und es erkannte taumelnd die Wahrheit.

Deutschland war reif geworden für den 9. November. Dass unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Größen zu zertrümmern und seine eigene Herrschaft auszurufen, darin erblicke ich die beste Bürgschaft für unsere Zukunft. ...

Am 10. November einigten wir uns mit der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. ...

Wie ernst unsere Absicht und wie weit unser Entgegenkommen war, ersehen Sie schon aus dem Umstande, dass wir uns bereit erklärten, alle Posten paritätisch zu besetzen, obgleich wir genau wussten, dass unser Anhang im Volke unvergleichlich viel größer war als jener der anderen Partei.

Meine Damen und Herren, das war der Geburtsfehler jener Kombination, sie war von vornherein belastet mit einer Erbsünde gegen den Geist der Demokratie. ...

Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Werk ganz methodisch aufzubauen, ohne Bürgerkrieg und Blutvergießen hervorzurufen, das muss die Aufgabe jeder künftigen deutschen Regierung sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will. ...

Da das Volk bei den Wahlen vom 19. Januar keiner Partei die absolute Mehrheit zuerkannt hat, so ist die Bildung einer auf der Verbindung mehrerer Parteien zusammengefassten Regierung zur unausweichlichen Notwendigkeit geworden. ...

Die Regierung ist sich (aber) auch dessen bewusst, dass Staatsverfassungen, auch die vollkommensten, nur leere Formen sind, die ihren Inhalt durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände erhalten. Die Beseitigung der Klassenunterschiede – das ist die große Aufgabe, vor die wir uns gestellt sehen.

ERZÄHLER*IN:

Jetzt kommt der zweite Kopf zu Wort. Das ist Herr Adolf Gröber vom Zentrum:

ADOLF GRÖBER:

Wir haben in den letzten Jahren und Monden mit einer Schnelligkeit eine Entwicklung durchlaufen, die sonst viele Menschenalter braucht. ...

Vielleicht lässt sich die ganze staatsrechtliche Entwicklung vom Ständestaat des Mittelalters bis auf unsere Tage auf die Formel bringen, dass der Staatsgedanke ... doch ständig immer mehr gewinnt und vertieft wird.

Fürst und Staat, Volk und Staat, Stand und Staat, Bürger und Staat wachsen immer mehr zusammen. Weil wir uns in dieser gesunden, organischen Fortentwicklung befinden, weil sie gesichert war, darum haben meine politischen Freunde auch die Ereignisse (...) vom 7. bis 9. November, die gewaltsame Unterbrechung der Ordnung, die Revolution, missbilligt.

Wir konnten in der Revolution weder eine innere Notwendigkeit noch ein Glück für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland finden.

Vor allem haben wir diese Revolution des November nicht als eine notwendige ansehen können. Schon die Regierung des Prinzen Max von Baden hat uns die wichtigsten demokratischen Forderungen gebracht, die überhaupt gestellt werden konnten. ...

Und das alles ist erreicht worden auf vollständig gesetzmäßigem Wege, ohne Gewalt, mit rechtmäßiger Änderung der Verfassung; auf der weiter zu erstrebende Fortschritte ohne Schwierigkeit hätten erreicht werden können. Dass es nicht dabei geblieben ist, das ist die Schuld der Revolution vom 9. November. Die Demokratie ist gerade durch diese Revolution aufs Schwerste geschädigt worden. ...

ERZÄHLER*IN: Und schließlich und endlich spricht der dritte Kopf im Bunde: Friedrich Naumann von der DDP.

FRIEDRICH
NAUMANN:
2 Personen
abwechselnd

Es gibt aufgrund der Wahlziffern in der Nationalversammlung nur zwei Mehrheitsmöglichkeiten ... eine nach rechts hin, und eine andere Möglichkeit, eine Koalition zwischen den Mehrheitssozialisten und den bürgerlichen Parteien. ...

Aber ... eine Zusammenfassung der Rechten würde die zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können.

Nämlich, es würde zunächst unmöglich sein, die Revolution zu beenden. Denn gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter ..., zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, trotz der ziffernmäßigen Mehrheit mit dieser Rechten im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten.

Und zweitens: Dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten niemals als eine Garantie für einen künftigen Weltfrieden erscheinen. ...

Es bleibt nichts anderes übrig, als dass die ... Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratischen Teilen des Bürgertums die Verantwortung und Führung übernimmt. ...

Jede der drei Parteien hat einen eigenen historischen Charakter, und in dem wir jetzt zusammen gehen, so bleiben wir doch, was wir sind:

Sie bleiben Sozialisten, wir bleiben bürgerliche Demokraten, Sie bleiben Mitglieder der Zentrumsgruppe!

Wir haben miteinander kein einheitliches, formulierbares, sozialwirtschaftliches Programm. ...

Sozialisten und Nichtsozialisten müssen sich in ihrem Nebeneinander begreifen wie Protestanten und Katholiken. Die Sozialisten müssen sich gewöhnen, dass auch die Individualisten lebensnotwendig sind, und ebenso müssen die bürgerlichen Kreise begreifen, dass eine große Menge sozialistisch denkenden Leute in unserem Vaterlande heute an führender und ausschlaggebender Stelle gefunden werden.

Wir werden dabei nicht unsere eigene deutsche Vergangenheit auslöschen wollen. Die Vergangenheit fast aller deutschen Landesteile hat, wie die ganze bisherige deutsche Historie, einen monarchischen Charakter. Wir denken nicht daran, uns die Vergangenheit unserer Vorfahren oder selbst die Erlebnisse unserer eigenen in Bismarcks Tage fallenden Jugend nachträglich etwa verketzern und in den Schmutz ziehen zu lassen. Das Gewesene behält seine Ehre.

... Es ist über uns gekommen als ein deutsches nationales Schicksal, dass wir jetzt nichts anderes können, als aus dem Volke heraus aufgrund des Volkswillens unvermittelt die Republik aufzurichten.

ERZÄHLER*IN: Kommentar Adolf Stein

ZEITKOMMENTAR: Man ist in Weimar ganz ungestört.

In Berlin würde die Demonstrationsfreiheit, die die Republik uns gebracht hat, dauernd zu Aufzügen vor dem Reichstag führen. ...

Der Weimarer dagegen sagt seelenruhig: «Mir sin nich neichierich, mir blei'm ze Hause!» – und sogar die für das Publikum offenstehenden Hinter-sitze in den drei Rängen sind bisher noch an keinem Tage ganz besetzt ge-wesen.

ERZÄHLER*IN: Und so auch am 15. Februar, dem 8. Sitzungstag, an dem Hugo Haase von der USPD das Wort erhält.

HUGO HAASE:
3 Personen
abwechselnd
Der Herr Abgeordnete Gröber hat als Führer des Zentrums seinem Abscheu vor der Revolution mit erfrischender Deutlichkeit Ausdruck gegeben. Er führte aus, sie sei nicht notwendig gewesen, sie habe dem Volke kein Glück gebracht, sie habe die schöne demokratische Entwicklung des Oktober unterbrochen und geschädigt. Wäre die Revolution nicht not-wendig gewesen, so wäre sie nicht ausgebrochen.

Künstlich kann man keine Revolution machen. Die Zustände waren vielmehr überreif für eine Umwälzung politischer, wirtschaftlicher, sozialer Natur. ... Ich begreife es ja wohl, dass das Zentrum sich sehr gern mit dem dünnen Aufguss von Demokratie begnügt hätte, den Herr Prinz Max von Baden zu servieren bereit war. Aber ohne die Revolution säßen keine Frauen in einem deutschen Parlament.

Ohne die Revolution wäre in Preußen das Herrenhaus verstärkt und der Volkswille gelähmt worden. Ohne Revolution bestünde noch die Gesinde-ordnung, bestünden noch die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Das soll nun nicht etwa bedeuten, dass wir durch die Revolution schon ge-waltig vorwärts gekommen wären. Die Revolution hat nicht gehalten, was sie versprochen hat; sie ist in ein bürgerliches Fahrwasser ausgelaufen, und eine Errungenschaft nach der anderen droht, darin zu versinken. Herr Grö-ber hat völlig recht: Wir haben keine sozialistische Republik mehr. (...) Bür-gerliche Zeitungen verkünden triumphierend mit großen Lettern das Ende der Revolution.

... Wie weit wir gekommen sind, das beweist der Schießerlass des Herrn Noske.

Herr Scheidemann hat in seiner Programmrede gemeint, dass es die Auf-gabe der Regierung sei, die Klassenunterschiede aufzuheben. Es wäre eine Utopie, wenn er wirklich glauben sollte, dass diese mit Demokraten und Zentrum zusammengesetzte Regierung in der Lage wäre, die Klassenunter-schiede aufzuheben.

Klassenunterschiede werden bestehen, solange der Kapitalismus besteht, solange es Besitzer von Produktionsmitteln gibt, die Besitzlose in ihren Dienst zwingen und aus ihnen den Mehrwert herauschöpfen können.

... und die Empörung des Proletariats wird gesteigert durch die Gewalt-politik der Regierung. Die Regierung spielt sich gerne als die Hüterin der

Gesetze auf. Ich sage Ihnen: Niemals sind in Berlin so die Gesetze missachtet worden wie in dem letzten Monat.

Ich spreche von der Regierung, die sich als Hüterin der Gesetzlichkeit aufspielt. Diese selbe Regierung hat die Bestimmungen über den Schutz des Hausrechts, über die Freiheit der Person, über die persönliche Sicherheit einfach aus der Welt geschafft, ohne zu diesem Zweck ein Gesetz einzuführen. Ihnen muss doch bekannt sein, dass Hunderte Personen ohne jeden Grund verhaftet worden sind und ohne dass sich die Verhafteten dabei auf einen Rechtsboden stellen konnten. Die Verhaftungen erfolgten nicht auf polizeiliche Anordnung, nicht auf richterlichen Befehl ... Sie wurden tagelang festgehalten, ohne richterliches Verhör, im Keller eingesperrt. ...

Und soll ich Ihnen vor Augen führen, wie man mit den wehrlosen Gefangenen Liebknecht und Frau Luxemburg umgegangen ist?

Die Verhaftung dieser beiden geschah ungesetzlich durch eine Bürgerwehr; sie wurden gegen das Gesetz nicht dem Richter vorgeführt, sondern der Militärbehörde im Edenhotel, und dann wissen Sie ja, in wie scheußlicher Weise sie ums Leben gebracht worden sind. Jetzt gibt die Behörde selbst bekannt, dass ein Soldat, nicht das Publikum – Publikum stand dabei – mit einem Gewehrkolben auf die wehrlosen Gefangenen losgeschlagen hat, dass die kleine zarte Frau mit verschiedenen Gewehrkolben zu Boden geschlagen worden ist; und die Offiziere, die sonst in jenen Tagen in Berlin sofort mit der Waffe in der Hand waren, haben nichts getan, um diesen rohen Patron festzunehmen, sodass es erst später möglich geworden ist, ihn zu ermitteln.

Und dann hat man Liebknecht nicht auf geradem Wege in das Gefängnis gebracht, sondern auf Umwegen an eine dunkle Stelle des Tiergartens, und dort ist er von Offizieren erschossen worden. Die Leiche von Rosa Luxemburg, die man weggeschafft hat, ist bis heute nicht gefunden. ...

Gewiss, es gibt niemand, der auf den wahnwitzigen Gedanken kommt, dass die Regierung diese Taten, die Beseitigung dieser Menschen gewollt hat; nein. Aber sie ist politisch und moralisch dafür verantwortlich. ...

ERZÄHLER*IN: Ein Brief von Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht, Mitte Dezember 1917:

ROSA LUXEMBURG: «Da liege ich still allein, gewickelt in diese vielfachen schwarzen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit des Winters – und dabei klopft mein Herz von einer unbegreiflichen, unbekannt inneren Freude, wie wenn ich im strahlenden Sonnenschein über eine blühende Wiese gehen würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgendein zauberhaftes Geheimnis wüsste, das alles Böse und Traurige Lügen straft und in lauter Helligkeit und Glück wandelt. Und dabei suche ich selbst nach einem Grund zu dieser Freude, finde nichts und muss wieder lächeln über mich selbst. Ich glaube, das Geheimnis ist nichts anderes als das Leben selbst, die tiefe nächtliche Finsternis ist so schön und weich wie Sommer, wenn man nur richtig schaut. Und in dem Knirschen des feuchten Sandes unter den langsamen schweren Schritten der Schildwache singt auch ein kleines schönes Lied vom Leben, wenn man nur richtig zu hören weiß.

Ich möchte Ihnen meine unerschöpfliche innere Heiterkeit geben, damit ich um Sie ruhig bin, dass Sie in einem sternenbestickten Mantel durchs Leben gehen, der Sie vor allem Kleinen, Trivialen und Beängstigendem schützt.»

ERZÄHLER*IN: Rede Gustav Noske (SPD), 8. Sitzung, 15. Februar:

GUSTAV NOSKE: Meine Damen und Herren! In Berlin, in Bremen, in Breslau und anderen Orten ist Blut geflossen. Not, Arbeitsmangel, Nahrungsmangel schaffen bei einer Anzahl von Menschen eine geradezu verzweifelte Stimmung. ...

Das hat zu üblen Vorkommnissen geführt. Um Räubereien und Plünderungen zu unterdrücken, hat ... wiederholt Waffengewalt angewendet werden müssen, was außerordentlich beklagenswert ist. In Berlin und in Bremen haben die Kämpfe zum Teil einen politischen Charakter gehabt.

Ich gebe ohne Weiteres Herrn Haase zu, dass in den letzten Wochen in Berlin manches vorgekommen ist, was bedauerlich ist, und ich mache keinen Hehl daraus, dass auch von einzelnen Leuten der Truppen, die zum Schutz der Regierung aufgestellt worden sind, dies und jenes getan worden ist, das ich nicht verantworten will und das ich missbillige.

Im Falle Liebknecht ist das Rechtsverfahren im Gange, es ist ganz selbstverständlich, dass jede festgestellte Schuld, ganz gleich, von wem sie verübt worden ist, restlos nach der Strenge des Gesetzes ihre Ahndung finden wird. ...

Ich bedaure jedes Menschenleben, das auch durch den Bürgerkrieg verloren geht. Wenn ich aber vor die Wahl gestellt werde, ob um einiger Tollköpfe willen das Schicksal Hunderttausender geschädigt wird, dann muss zugepackt werden. Selbstverständlich, nachdem sich Mahnungen und Zureden als wirkungslos erwiesen haben.

Die Verantwortung für das, was getan ist, trägt die Regierung nicht gern; es gibt angenehmere Aufgaben zu lösen, als wir sie zum Teil in den letzten Wochen zu lösen hatten. Aber ich schließe mich der Erklärung meines Kollegen Scheidemann durchaus an, dass die Regierung mit gutem Gewissen Rechenschaft ablegen kann, und auch ich glaube, mit gutem Gewissen und absolut sauberen Fingern vor der Nationalversammlung zu stehen.

ERZÄHLER*IN: Hierauf folgten aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokraten gehäuft «Pfui»-Rufe. Der Präsident reagiert:
«Meine Damen und Herren, der Ausdruck «Pfui» ist bis jetzt als nicht ordnungswidrig angesehen worden. Ich bitte, es dabei zu belassen, also den Ausruf zu unterlassen!»

ERICH MÜHSAM: «Der Revoluzzer» von Erich Mühsam

Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

War einmal ein Revoluzzer
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: «Ich revolütze!»
 und die Revolützermütze
 schob er auf das linke Ohr,
 kam sich sehr gefährlich vor.

Doch die Revolützer schritten
 mitten in der Straßen Mitten,
 wo er sonst unverdrutzt
 alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
 rupfte man die Gaslaternen
 aus dem Straßenpflaster aus,
 zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revolützer
 Schrie: «Ich bin der Lampenputzer
 Des guten Leuchtelichts.
 Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehn,
 kann kein Bürger nichts mehr sehn.
 Lasst die Lampen stehn, ich bitt! –
 Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!»

Doch die Revolützer lachten,
 und die Gaslaternen krachten,
 und der Lampenputzer schlich
 fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
 und hat dort ein Buch geschrieben:
 Nämlich, wie man revolützt
 und dabei doch Lampen putzt.

ERZÄHLER*IN: Unseren nächsten Redner auf der 12. Sitzung am 20. Februar, Herrn Dr. Gottfried Traub von der DNVP, beschreibt der Zeitgenosse Stein wie folgt:

ZEITKOMMENTAR: «Der Dr. Traub, den sein heißes Nationalgefühl von den Wechslerbänken der Demokratie vertrieb, ist jetzt vielleicht die stärkste agitatorische Begabung der Rechten. In glänzender Beweisführung belegt er seinen Satz: «Schuld an unserem Zusammenbruch ist die Revolution.»

GOTTFRIED TRAUB: «(...) Ich weiß bis zum heutigen Tage trotz der Erklärungen der verschiedenen Parteien nicht genau, was eigentlich das alte System ist. Wir sehen keineswegs überall Hassenswertes in dem, was zusammengebrochen ist. Wir begrüßen nicht mit dem Jubel, mit dem viele in die neuen Verhältnisse hineingegangen sind, die neue Zeit. (...) Das schlechte alte System hing nach unserer Meinung am allerwenigsten an der Monarchie. Der «Klassengeist» wird nicht dadurch ausgejagt, dass man sich rühmt, man hätte ein paar Monarchen weggejagt; mit ein paar Königen, die Sie, wie Sie sich ausdrückten, «zum Teufel gejagt haben», ist der Klassengeist noch lange nicht zum Teufel gejagt. Wir erleben heute erschreckende Äußerungen von Klassengeist. Wir wünschen ernstlich, dass «ein Klassengeist von oben», wie man gesagt hat, nicht noch mehr abgelöst wird, durch den Klassengeist von unten.»

JOHANNES R.
BECHER:

Johannes R. Becher:

Seht, wie das Alte trauert.
Es hat sich überdauert
Und wird nicht lang mehr sein.
Es ängstigt sich und schauert
Und weiß nicht aus noch ein.

Und auch das Neue trauert,
dass es so lange dauert.
Oh seht die Gräberreihe.
Der Feind, der Alte, lauert,
Dringt in das Neue ein.

Erhebt euch, die ihr trauert.
Seht, im Vergangnen kauert
Das Alte wie Gestein,
Schon leblos und vermauert.
Die Welt will anders sein.

ERZÄHLER*IN:

Die Welt ist – zumindest für die deutschen Frauen – ein Stück anders geworden: Erstmals sind sie im Parlament vertreten. So kommt es denn zu diesem Kommentar von Harnisch: «Die zur Nationalversammlung abgeordneten Weiblichkeiten haben beschlossen, sich allgemein ‹Frau› zu nennen, ob sie das standesamtliche Anrecht auf diese Bezeichnung haben oder nicht; und nur Fräulein von Gierke und Fräulein Margarete Behm von den Deutsch-Nationalen machten anfangs eine Ausnahme, haben aber das weibliche Solidaritätsgefühl siegen lassen und prangen jetzt im amtlichen Handbuch der Nationalversammlung gleichfalls als Frau.»

Hiermit erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Marie Juchacz von der SPD.

MARIE JUCHACZ:

Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat. ...

Ich möchte hier feststellen – und glaube damit im Einvernehmen vieler zu sprechen –, dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist. ...

Unsere Pflicht ... ist es, hier auszusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, dass es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau. ...

Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes. ... Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperschaft, in der über das zukünftige Wohl und Wehe des ganzen Volkes entschieden werden soll.

ERZÄHLER*IN:

Über Frau Juchacz weiß unser Herr Harnisch übrigens Folgendes:
«Immerhin ist Frau Juchacz einigermaßen bemerkenswert. 1879 in Landsberg an der Warthe geboren, hat sie dort acht Jahre lang die Volksschule besucht. Dann war sie zwei Jahre Dienstmädchen, ein halbes Jahr Fabrikarbeiterin, zweieinhalb Jahre Krankenschwester. Auch als solche hielt sie es auf die Dauer nicht aus; mithilfe ihrer Ersparnisse lernte sie schneidern und hat dann dreizehn Jahre lang bald im Rheinland, bald in Groß-Berlin als Schneiderin gearbeitet. Man sagt, sie habe in dieser Zeit eine national-liberale Frauenschule besucht; stimmt das, dann hätte sie es bei dieser Partei ebenso wenig wie bei ihren früheren Berufen ausgehalten.

Schon 29-jährig gehörte sie zum Vorstand eines sozialistischen Wahlvereins und 1913 wurde sie sozialdemokratische Parteisekretärin in Köln. Seit 1917 ist sie, in den Vorstand der sozialdemokratischen Partei gewählt, dort Sekretärin, nachdem sie sich vorher während des Krieges in Köln in verschiedenen städtischen Körperschaften und privaten Wohlfahrtsorganisationen sozial betätigt hatte. Selbstverständlich ist sie auch gelegentlich Journalistin; unter anderem zeichnet sie sich verantwortlich für die Schriftleitung der «Gleichheit».

Frau Juchacz, ich bitte Sie, meinen Einschub zu entschuldigen. Fahren Sie fort.

MARIE JUCHACZ:

Ich begrüße es ganz besonders, dass im Regierungsprogramm bekundet wird, dass auch das Verwaltungswesen demokratisiert werden soll, sodass in Zukunft den Frauen auch Gelegenheit gegeben sein wird, mit in alle offenstehenden Ämter einzutreten. ...

Ich bringe diesem Passus durchaus kein Misstrauen entgegen, sondern betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, dass auch in der neuen Verfassung, die wir mit schaffen helfen werden, die Frau als gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne stehen wird. ...

Wir Frauen sind uns sehr bewusst, dass in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Wir wissen, dass hier noch mit sehr vielen Dingen der Vergangenheit aufzuräumen ist, die nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind. ... Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet.

Jetzt heißt es, diese Wege zu beschreiten und das zu schaffen, was zum Glück unseres Volkes in der Zukunft nötig ist.

ZEITKOMMENTAR:

Zeitkommentar Harnisch:

«Die Luft, die jetzt im Nationaltheater zu Weimar weht, ist in der Tat eine merkwürdige Luft. Ein Zug des Theaterhaften ist darin geblieben. Die herbe, sozusagen dienstliche Strenge, die man von der Reichstagsluft her gewohnt ist, fehlt ihr. (...)

Auch dass Frauen jetzt als Gleichberechtigte zu der Schar der Abgeordneten gehören, verstärkt die Ähnlichkeit mit dem Theater, den Gegensatz zum Reichstag. Und wer während irgendeiner Rede das Foyer im ersten Stock betritt, dort Männlein und Weiblein, Ersatzkaffee trinkend und markenfreie Brötchen schmausend, auf den Theaterstühlchen um die Foyertische gruppiert sieht, der würde eher glauben, der Pause einer Nachmittagsvorstellung

des Nationaltheaters als einer Pause an den Verhandlungen der Nationalversammlung beizuwohnen.»

«Am 20. Februar spricht Frau Zietz, die Unabhängige. Eine Frau, deren Weiblichkeit ein starkes Plus männlicher Moleküle enthält. Bock und Haase und Cohn «können doll» –, sie kann noch doller. Eine Fanatikerin der alten sozialistischen Schule. Der Frau Juchacz hat gestern nach ihrer Rede der Genosse Löbe-Breslau Bonbons gestiftet; bei Frau Zietz würde das wohl kaum ein Fraktionsgenosse wagen. Bei der Juchacz bricht das Gefühl sich Bahn; die Zietz ist Fanatikerin von Reflexion.

Nach fünf Minuten ist das ganze Haus helle Empörung. Sie beschimpft das Eiserne Kreuz als «Blutzeichen», und nahezu sämtliche bürgerliche Abgeordnete verlassen ostentativ den Saal. Sie beschimpft Noske und ihre nächsten Sätze gehen im Toben der Sozialdemokraten unter.»

LUISE ZIETZ:

Geehrte Versammlung! Nachdem in der Novemberrevolution die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht erobert hatten, wurde mit verdächtiger Eile nach der Einberufung der Nationalversammlung gerufen, und als die Nationalversammlung dann ausgeschrieben wurde, geschah dies unter der Devise: Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

Schon die rein äußeren Verhältnisse, unter denen wir hier tagen, strafen diese Devisen Lügen. Die Regierung, die sich stolz eine sozialistische nannte, flüchtete vor der Arbeiterschaft Berlins nach Weimar und berief auch die Nationalversammlung nach Weimar. Aber Weimar ist seit der Einberufung der Nationalversammlung nicht mehr das stille beschauliche Städtchen von einst. Es gleicht einem Heerlager, in dem die weiße Garde Noskes herrscht.

Weimar ist von der ganzen anderen Welt abgeschlossen, der Bahnhof mit Militär besetzt, in die Stadt darf niemand, der nicht einen besonderen Ausweis hat, und wenn wir auf den Theaterplatz kamen, starrten uns von den Balkons der umliegenden Häuser die Schlünde der Maschinengewehre entgegen.

Ja, meine Herren und Damen, wenn Sie sich nicht als freie aufrechte Bürger fühlen, sondern als Untertanen, dann mögen Sie nichts Unwürdiges daran finden. ... Das ist also die Freiheit, die wir hier genießen. ...

ERZÄHLER*IN:

Herr Stein dazu:

ZEITKOMMENTAR:

Die Schutzmannkette um die Nationalversammlung herum ist verstärkt worden. Die Attentatsfurcht huscht durch die Gassen und Gässchen. Bei Eröffnung der Alltagsdebatte erhebt sich Scheidemann. Die junge, deutsche Republik stehe vor dem Zusammenbruch, wenn sie den Terror nicht besiegen könne ... Das heiligste, die Meinungsfreiheit, sei überall zuerst in Gefahr, sagt der Leiter unserer Regierung.

LUISE ZIETZ:

Herr Gröber hat ja mit erfrischender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, wie er sich die Wirksamkeit des Koalitionsministeriums denkt.

Als er sich ganz kategorisch gegen die Bezeichnung «sozialistische Republik» gewandt hat, und als er das Wort von der «überflüssigen Revolution» prägte, übrigens eine Auffassung, die er mit dem Reichspräsidenten, dem Herrn Ebert, teilt, der uns gegenüber in einer schwachen Stunde dieselben Ausführungen gemacht hat.

Sozialdemokraten, die in eine Koalitionsregierung eintreten, hemmen auch die politische Stoßkraft ihrer eigenen Partei. ...

ERZÄHLER*IN: Und weiterhin Frau Zietz:

LUISE ZIETZ: Einige Worte zu dem Programm der Regierung:

Ich will nur wenig herausgreifen, um zu zeigen, wie vage und ohne sozialistischen Geist dieses Programm ist. ...

In dem Programm heißt es: «Erhebung der allgemeinen Volksbildung durch Entwicklung des Schulwesens von unten auf; Aufstieg der Tüchtigen».

Darunter kann viel verstanden werden und auch sehr wenig. Die Sozialdemokratie vertrat bis vor wenigen Jahren nicht nur ein ganz bestimmtes Schulprogramm, sondern ein ganz bestimmtes großes, nationales Erziehungsprogramm. (Zuruf der Sozialdemokraten: Heute immer noch!)

Und in diesem bildete die Forderung der Einheitsschule das Kernstück. ... Kein Wort von der Einheitsschule, kein Wort von der Weltlichkeit der Schule; das Letztere werden die Bundesgenossen im Zentrum den Sozialdemokraten schon ausgetrieben haben.

Dann weiter: Dass keine Reform des Strafgesetzbuches und keine Amnestie in Aussicht genommen ist, hat mein Parteifreund Haase bereits gebührend kritisiert. Hunderte von Jahren Gefängnis sind bereits insgesamt verhängt worden über Berliner Arbeiter, die in der sogenannten Spartakuswoche verhaftet wurden, während die feigen Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heute noch auf freiem Fuße sind.

Obgleich man ihre Namen kennt und weiß, dass Offiziere darunter sind. Ich verweise ferner darauf, weil man die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht verhaftet hat, es einigen bereits gelungen ist, sich durch Flucht der Verantwortung zu entziehen. ...

ERZÄHLER*IN: Adolf Stein: Weimar, am 24. Februar:

ZEITKOMMENTAR: Im Plenum der Nationalversammlung steht heute die erste Beratung des Verfassungsentwurfes und der Reichswehrevorlage auf dem Plan. Das widerspricht, wie Haase herausgetüfelt hat, der Geschäftsordnung. Vorlagen müssten seit drei Tagen in Händen der Abgeordneten sein, ehe sie zur ersten Beratung kommen dürften.

Nun seien die Drucksachen erst gestern verteilt worden, also die heutige Beratung sei ganz geschäftsverordnungswidrig. Da bitten Gröber und Bayer die Unabhängigen um gut Wetter. Man solle doch nicht und überhaupt und so. Aber Haase und Cohn sind in jedem Zoll ein unbestechlicher Cato.

Der Präsident Fehenbach, der schon mit Stielaugen der Blamage entgegen sieht, die ganze Sitzung gleich nach Beginn vertagen zu müssen, wickelt sich im letzten Augenblick noch heraus: Es sei gar nicht die erste Beratung des Verfassungsentwurfes, wenn das auch in der Tagesordnung so gedruckt sei; Gott bewahre, die erste «Beratung» komme erst morgen, heute gebe nur der Reichsminister Dr. Preuß die mündliche Erläuterung zur Vorlage; also er könne auf jeden Fall reden.

ERZÄHLER*IN: Herr Preuß, Sie haben das Wort:

HUGO PREUSS: Meine Damen und Herren! ...
Als ich vor zwei Wochen hier die vorläufige Verfassung einzuführen die Ehre hatte, da war ich mir selber keineswegs sicher, dass ich schon nach verhältnismäßig doch kurzer Zeit in der Lage sein würde, den Entwurf der endgültigen Verfassung ... vorlegen zu können.

Ich darf sagen, wir haben uns gegenseitig, die Vertretung der Reichsregierung und die Vertreter der Gliedstaaten, das Leben ehrlich sauer gemacht, unsere Geduld gegenseitig ehrlich auf die Probe gestellt, und am Ende sind wir doch in der Hauptsache zu einer Verständigung gekommen, was nicht anders möglich war, als dass jeder einen oder einige Pflöcke zurücksteckte.

Ob das von der einen oder anderen Seite genügend oder gar schon zu viel geschehen ist, darüber wird die Nationalversammlung endgültig und entscheidend zu bestimmen haben.

Es ist richtig: man vermisst – und nicht mit Unrecht, ... den großen Schwung der Stimmung; aber übersehen wir doch darum nicht eine Hauptsache; es ist hier in zweimal 24 Stunden die vorläufige Verfassung zustande gebracht worden, etwas, was wir in der deutschen Geschichte noch nicht erlebt haben.

Aber wenn ich darüber gerade heute in den Blättern der Rechten etwas von Flickwerk las, das dieser Verfassungsentwurf der neuen Republik darstellen soll, so ist es selbstverständlich, dass Blättern der Rechten der Verfassungsentwurf der Republik nicht gefallen; ...:

Die republikanische Staatsform, die Durchführung der Demokratie, ist restlos unter gerader Linienführung in diesem Verfassungsentwurf enthalten. Wo aber Brechungen, Ausnahmen, Dinge, die uns auch nicht gefallen, darin enthalten sind, sind sie ohne Ausnahme Erbschaften aus der früheren Verfassung des Kaiserreiches, die Rechte der Einzelstaaten, die Reservatrechte usw. Auch den sozialen Fortschritt kann die Verfassung unmittelbar so wenig schaffen wie den sonstigen Inhalt des Volkslebens; aber ihm durch politische Organisation den Weg offen halten, das kann sie, und ich hoffe, dass dies der Entwurf tut.

ERZÄHLER*IN: Stein kommentiert:

ZEITKOMMENTAR: Der Regierungsvertreter Dr. Preuß kritisiert die Regierungsvorlage in Grund und Boden. Schön findet er in seiner Autoreitelkeit nur das, was er daran entworfen hat. Was das Staatenhaus aber hineinkorrigiert habe, das, so wünscht er, möchte die Nationalversammlung wieder herausstreichen. Auf die eigenen Gesandten und die eigenen Briefmarken haben die größeren Gliedstaaten verzichtet, nicht aber auf ihre Rechte in Heer und Kirche und Schule, vor allem nicht auf die Souveränität in ihren eigenen Grenzen.

ERZÄHLER*IN: Doch bitte sprechen Sie weiter, Herr Preuß:

HUGO PREUSS: ... nicht ein «Bund der Fürsten», ... nicht ein «Bund der Gliedstaaten» ist der Ausgangspunkt dieser Verfassung, sondern die Selbstorganisation des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit.

So wagt es denn auch die Verfassung, Ihnen in dem 1. Artikel vorzuschlagen, dem neuen Reiche neue Farben zu geben, neue Farben, die freilich alt sind und auch als solche für weite Kreise unseres Volkes einen Gefühlswert haben: Schwarz – Rot – Gold. ...

Einen geeinten, freien, nationalen Staat wollen wir organisieren, aber nicht in nationalistischer Ausschließung. ...

Wir wollen keine Bürger minderen Rechts in unserem Reich ...

Ein Präsident ... soll die persönliche Spitze der deutschen Republik bilden, der aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgehen soll. ...

In Abweichung von der früheren hat der jetzige Verfassungsentwurf ... auch wieder die Grundrechte des deutschen Volkes aufgenommen. ...

Meine Herren, indem die Reichsregierung und der Staatenausschuss den Entwurf der Verfassung dem hohen Hause übergeben, legen sie die alleinige endgültige Entscheidung in Ihre Hand. Noch niemals in der deutschen Geschichte hatte ein Parlament tatsächlich und rechtlich so unbeschränkte Macht, niemals also auch so ungeheure Verantwortung.

ERZÄHLER*IN:

Zeit für ein Fazit.

Hören wir uns doch ganz einfach mal ein paar Auszüge aus der Weimarer Reichsverfassung am rechten Rednerpult an und vergleichen wir sie mit dem heutigen Grundgesetz, zu hören am linken Rednerpult.

VERFASSUNG:

Weimarer Reichsverfassung Präambel:

«Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben.»

GRUNDGESETZ:

Grundgesetz Präambel:

«Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.»

VERFASSUNG:

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 18: «Zur Vertretung der deutschen Gliedstaaten bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reichs wird ein Reichsrat gebildet.»

GRUNDGESETZ:

Grundgesetz Artikel 50: «Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.»

VERFASSUNG:

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 10: «Reichsrecht bricht Landesrecht.»

GRUNDGESETZ:

Grundgesetz, Artikel 31:

«Bundesrecht bricht Landesrecht.»

VERFASSUNG:

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 30:

«Es besteht volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. (...)

- Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.»
- GRUNDGESETZ: Grundgesetz, Artikel 4:
«Abs. (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
Abs. (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.»
- VERFASSUNG: Weimarer Reichsverfassung, Artikel 28:
«Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.»
- GRUNDGESETZ: Grundgesetz, Artikel 3:
«Abs. (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.»
- VERFASSUNG: Weimarer Reichsverfassung, Artikel 31:
«Jeder Deutsche hat das Recht, sich durch Wort, Schrift, Druck oder Bild frei zu äußern, (...).
Eine Zensur (...) findet nicht statt.»
- GRUNDGESETZ: Grundgesetz, Artikel 5:
«Abs. (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (...). Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
Abs. (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.»
- VERFASSUNG: Weimarer Reichsverfassung, Artikel 9:
«Das Reich hat die Gesetzgebung über:
Die Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten, ihre Versicherung und den Arbeiterschutz; (...)»
Und Artikel 34:
«Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs.»
- GRUNDGESETZ: Grundgesetz, Artikel 12:
«Abs. (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. (...)
Abs. (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, (...).»
- VERFASSUNG: Weimarer Reichsverfassung, Artikel 9:
«Das Reich hat die Gesetzgebung über: (...) den Schutz und die Pflege der schulentlassenen Jugend.»
und im Artikel 31:
«(...) Der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen soll unentgeltlich sein.
Für die Bildung der Jugend und des ganzen Volkes soll durch öffentliche Anstalten genügend gesorgt werden.
Das Schul- und Unterrichtswesen ist in allen Gliedstaaten so einzurichten, dass sich auf die Volksschulbildung der Unterricht in mittleren und höheren

Bildungsanstalten aufbaut. Das Unterrichtswesen steht unter staatlicher Aufsicht.»

GRUNDGESETZ:

Grundgesetz, Artikel 7:

«Abs. (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. (...)

Abs. (4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet.

Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates (...). Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn (...) eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. (...)»

ERZÄHLER*IN:

Wenn wir schon in Weimar weilen und Herr Schiller in diesem Jahr seinen 250. Geburtstag feiern würde, wollen wir ihn gern zitieren aus «Wilhelm Tell» mit dem Rütlichswur:

SPRECHCHOR:

«Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,
eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.»

LUC JOCHIMSEN

IDEE UND KONZEPT

Es begann in Weimar. Im Theater, genauer gesagt: im DNT, dem Deutschen Nationaltheater. Als ich dort 2005 als gerade gewählte Thüringer Bundestagsabgeordnete zum ersten Mal die Treppen unter den Säulen hinaufging, das Foyer durchquerte und den großen Theatersaal betrat, kamen mir plötzlich fast 100 Jahre alte Wochenschau-Filmschnipsel in den Sinn: Sie zeigten das Theater als Parlament. Ja, als Parlament, 1919 mit blumengeschmückter Rednertribüne, von der aus Ebert, Scheidemann, Hugo Preuß und auch Frauen das Wort ergriffen: «Wir sollen schaffen eine Verfassung ... Freiheit, Demokratie und Sozialismus ... Das Deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst.» Wo war ich hier? Wo jetzt die Bühne mit offenem Vorhang war, thronte einst auf hohen Aufbauten das Präsidium, direkt darunter stand das Rednerpult. Wo jetzt die Zuschauer saßen, waren die Abgeordnetensitze. Der erste Rang diente als Presse- und Zuschauerempore. Alles noch präsent nach fast 100 Jahren. Und alles auch sichtbar und hörbar zu machen. Man bräuchte ja nur die Redeprotokolle zu lesen, die Verfassungsartikel, die damaligen Zeitungsberichte, die Analysen und Kommentare ...

So entstand die Idee für eine «Rekonstruktion des Anfangs der Weimarer Republik» in Form einer szenischen Lesung. Zurück zum Anfang. Das war wichtig. Denn allgemein ist es doch so: Wer an «Weimar» denkt, die Weimarer Verfassung, die Weimarer Republik, denkt meistens an ihren Verfall, ihr Scheitern, ihr Ende. Der Anfang wird ungerechterweise vergessen, seine Hoffnungen, sein Elan, sein Mut, mit dem Bisherigen zu brechen und Neues zu schaffen. Mir kam dabei auch in den Sinn, wie es wohl wäre, wenn heutige Politiker die Reden von damals läsen? Wie wäre das für sie selbst und für die Zuhörer? Welche Figur würden sie machen – konfrontiert mit den historischen Forderungen, die so viele bis heute uneingelöste Versprechen enthalten?

So entstand das Konzept für die Besetzung einer solchen szenischen Lesung: aktive Politikerinnen und Politiker sollten die historischen Rollen übernehmen – und neben und mit ihnen Journalisten, Schriftsteller, Schauspieler, Profis und Laien in einem Zusammenspiel, das dem Publikum die Frage erlaubt, wer denn die besseren Schauspieler oder die besseren Politiker sind. Ein Experiment. Vergegenwärtigung von Geschichte – ein Projekt changierend zwischen Politik und Kultur – KULTUR NEU DENKEN in Form von Collagen besonderer Art. Das musste allerdings auch umgesetzt, auf die Bühne gebracht werden. Der Zufall führte mich mit Franz Sodann zusammen. Er hatte gerade «Speer», das Stück von Esther Vilar, in Szene gesetzt. Er war der kongeniale Partner für das Experiment rekonstruierender szenischer Lesungen.

Im Februar 2009 stand der 90. Jahrestag der konstituierenden Sitzung der Weimarer Nationalversammlung an. Historisches Datum, historischer Ort! Über ein Jahr lang warb ich bei den politischen Stiftungen und im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien um Zusammenarbeit für dieses Projekt. Könnten sich Kolleginnen und Kollegen fraktionsübergreifend vorstellen, dabei mitzumachen? Konnten sie nicht. Im Gegenteil. Es begann ein politischer Kampf um die Frage, ob die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Bundestagsfraktion der LINKEN überhaupt den historischen Ort in Weimar nutzen dürfte. Unbeirrbarer Unterstützer war und blieb Stephan Märki, der Generalintendant des DNT. Mit dem Erfolg, dass sein Haus am 6. Februar 2009 gleich zu drei Veranstaltungen in Gedenken an die Weimarer Nationalversammlung einladen konnte: die SPD am Morgen, wir mittags, die Stadt Weimar abends. Mehr Aufmerksamkeit konnte man/frau sich nicht wünschen. Und so wurde aus dem Experiment tatsächlich am 6. Februar 2009 ein «Festakt zur Geburtsstunde unserer Demokratie». Das Theater war so überfüllt, dass es geschlossen werden musste, und als Uwe Steimle als Erzähler Gregor Gysi auf die Bühne rief in der Rolle Friedrich Eberts, war das Gelächter groß, und als Roland Claus alias Philipp Scheidemann aus dem Programm der neuen Regierung zitierte: «Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstätten gemäß seiner Begabung zu ermöglichen», gab es Standing Ovationen. Über 30 Mitwirkende nahmen das Wort. Die Hälfte Politiker, unter den «anderen» die Pröpstin Elfriede Begrich, Michel Friedman, Peter Sodann, der Schriftsteller Matthias Biskupek, der

Kabarettist Ulf Annel, Florian Weis, der früherer Oberbürgermeister von Weimar Volkhardt Germer, Schülerinnen des Goethegymnasiums ...

Das war der Anfang 2009. Damals war nicht abzusehen, dass wir im August 2014 und im Dezember 2018 mit den szenischen Lesungen «1914 – Die Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten» und «1918 – Die Debatten auf dem Gründungsparteitag der KPD» eine Trilogie vorlegen würden, eine ganz besondere Fortsetzungsgeschichte, eine Erzählung der Spaltung der Linken, 100 Jahre alt und andauernd bis heute. In dieser Dokumentation werden die drei Lesungen in historisch chronologischer Reihenfolge aufgeführt: 1914 – 1918 – 1919, obwohl das nicht ihrer Entstehungsgeschichte entspricht. Als Text liest sich diese Trilogie nochmal auf besondere Weise assoziativ.

Chronologisch haben wir die Reihe 2010 mit der szenischen Lesung «Ein Fest für Allende – Gedenken an den Wahlsieg der Unidad Popular 1970» fortgeführt. Da ging es wieder um einen historischen «Anfang». Den Anfang der kurzen Zeit chilenischer Demokratie und Freiheit. In seiner ersten Rede als gewählter Präsident entwarf Salvador Allende eine neue Zeit, eine neue Gesellschaft, einen neuen Staat in Südamerika: Soziale Gerechtigkeit, Umverteilung, Zugang zu den Ressourcen, die Würde des Einzelnen sollten das Fundament sein. Die Rekonstruktion dieser Vorstellungen, die bleiben werden auch nach dem mörderischen Ende. Franz Sodann hat Ausschnitte dieser mehr als dreistündigen Rede, vorgetragen von «4 Allendes»: Gregor Gysi, Gesine Löttsch, Dietmar Bartsch und mir, mit Filmmaterial aus der Anfangszeit und den Reaktionen darauf in den USA, aber auch in der Bundesrepublik wie in der DDR erweitert und vertieft. Es entstand ein Tableau mit 22 Mitwirkenden – mit dabei Andrej Hermlin, Gina Pietsch, Peter Sodann. Astrid Landero moderierte.

2020 liegt dieser historische Anfang, die Utopie des Präsidenten Allende, ein halbes Jahrhundert zurück – die Collage ließe sich, so wie sie ist, wieder aufnehmen. Nichts ist anders geworden in Latein- und Südamerika, wenn man das Aufbegehren, die Veränderungen und ihre Rückfälle in Pseudo-Demokratien im Zusammenhang sieht.

Das nächste Projekt, auch von Franz Sodann eingerichtet, spiegelte eine fast 100-jährige Geschichte: das Leben und Wirken von «Stefan Heym – Einer, der nie schwieg». Da kamen an einem völlig verschneiten Sonntagmorgen, dem 9. Dezember 2012 Jakob Augstein, Daniela Dahn, Christoph Hein, Andrea Hanna Hünninger, Friedrich Schorlemmer im Palais am Festungsgraben zusammen, um die Stationen dieses fast unglaublichen Lebensweges zwischen Chemnitz, Prag, Chicago, New York, amerikanischer Besatzungszone, DDR und im vereinigten Deutschland aufzuzeigen und aus Gedichten, Essays, Romanen zu zitieren, die auf diesem Jahrhundertweg entstanden waren. «Ich aber ging über die Grenze ...»

2015 dann «Fritz Bauer und der Unrechtsstaat – Der Auschwitz-Prozess 50 Jahre danach». Das Motto: «Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.» Da ging es um den «berühmt-berüchtigten» und anschließend schmachlich vergessenen Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main, um die «zweite Schuld» der Nachkriegszeit, wie Ralph Giordano sie genannt hat: die Zeit, als immer noch, «und zwar erst recht!», die nationalsozialistischen Verbrecher in der Bundesrepublik geschont und geschützt wurden – und das Ausmaß ihrer Taten verschwiegen. Im Mittelpunkt die tragische Geschichte des jüdischen Emigranten und Remigranten Fritz Bauer, der als Generalstaatsanwalt Hessens den Massenmord an Millionen Menschen im UNRECHTSSTAAT der Jahre 1933 bis 1945 in seiner Totalität aufdecken und seinen überlebenden Mitwirkenden den Prozess machen wollte. Womit er kläglich scheiterte – keiner der Prozesse nach 1965 ist im Sinn Fritz Bauers entschieden worden oder zu einem Ende gekommen. «Die Mörder sind unter uns» hieß es damals – und dabei blieb es bis weit an die Zeitgrenze des Jahres 2000.

Diese Lesung von 2015 hat am 8. Mai 2016 das Theater an der Ruhr in Mülheim übernommen – Schauspieler des Ensembles lasen zusammen mit Gregor Gysi, Michel Friedman, Franz Sodann und mir.

2010 – 2012 – 2015: Allende, Heym, Bauer – wieder eine Trilogie und eine Hommage an drei ganz besondere Personen des 20. Jahrhunderts.

Europa, Europa, Europa – das Jahr 2017 war ein europäisches Jahr. Im Frühjahr die Wahlen in Frankreich mit Macron und Marine Le Pen, im Juni das Brexit-Referendum in Großbritannien – und all das 60 Jahre nach der Unterzeichnung der sogenannten Römischen Verträge, der Gründungsurkunde der Europäischen Union.

So ein bombastischer Anfang: «25. März 1957, Rom: Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät der Niederlande haben beschlossen eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen.»

Was waren damals die Motive, die Hoffnungen, die erklärten Ziele? Und wer hat sie eingebracht und durchgesetzt? Neben den Majestäten und Präsidenten, den Konservativen und Liberalen gab es gerade und vor allem linke Vordenker und Akteure, die nach dem Desaster des Zweiten Weltkriegs die Idee eines geeinten, friedvollen Europas vorantrieben und praktisch umzusetzen suchten. Häftlinge in Buchenwald und Altiero Spinelli zum Beispiel, der kommunistische Widerstandskämpfer und spätere Abgeordnete im Europäischen Parlament, Verfasser des «Manifests von Ventotene» von 1941, Initiator des «Vertragswerks für eine Europäische Union» von 1984, das von einer überwältigenden Mehrheit des Straßburger Parlaments angenommen, dem aber seitdem von keinem einzigen europäischen Parlament zugestimmt wurde. Europa und die Linke – eine besondere Geschichte (wie Weimar, wie Allendes Chile) und auch hier wieder im Mittelpunkt: ein Einzelner, ein Visionär, ein Utopist, dessen Vorstellungen Gültigkeit haben bis auf den heutigen Tag – als uneingelöstes Versprechen.

Insofern kommt im Schlusskapitel dieser Dokumentation der szenischen Lesungen, «Loblied auf Europa» vom 1. Dezember 2017, beides zusammen: die Vergegenwärtigung eines politischen Modells und die Hommage an eine außergewöhnliche Person der Zeitgeschichte, den Eurokommunisten Altiero Spinelli. Das Motto bleibt: «Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.» Im Guten wie im Schlechten.

Uraufführung von «1919 – Die Debatten
in der Weimarer Nationalversammlung»
am 6. Februar 2009 im Deutschen
Nationaltheater Weimar.
Fotos (4): Rosa-Luxemburg-Stiftung



Michel Friedman



Dagmar Enkelmann



Petra Pau





Lesung von «1914 – Die Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten» am 28. August 2014 im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags in Berlin. Fotos (2): Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Luc Jochimsen mit Autor und Fernsehmoderator Roger Willemsen bei der Lesung zu den Kriegskrediten.



Aufführung der «Kriegskredite» am 4. Dezember 2014 im Kaisersaal des Hamburger Rathauses.



Voll besetzte Zuschauerreihen bei der Lesung in Hamburg. Fotos (2): Fraktion DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft



Blick ins Publikum bei der Lesung im Berliner Kino «Babylon».



Sahra Wagenknecht begrüßt die Zuschauer*innen zur Uraufführung von «1918 – Die Debatten auf dem Gründungsparteitag der KPD».



Auch Schauspieler Peter Sodann gehörte zum Ensemble der Lesung zum KPD-Gründungsparteitag.



Gesine Löttsch und Dietmar Bartsch

Außenansicht des Berliner Kinos «Babylon» am 11. Dezember 2018. Fotos (5): Fraktion DIE LINKE. im Bundestag





Florian Weis



Hannes Heer





Gregor Gysi



Jan Korte



Aufführung von «Fritz Bauer – und der Unrechtsstaat» am 12. September 2015
in der Berliner Kalkscheune mit Rolf Becker, Luc Jochimsen, Gregor Gysi,
Hannes Heer, Michel Friedman und Jan Korte (v. r. n. l.).
Fotos (5): Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Aufführung von «Stefan Heym – Einer, der nie schwieg» im Berliner Palais am Festungsgraben am 9. Dezember 2012.



Luc Jochimsen, Thomas Nord, Autorin Andrea Hanna Hünninger und Freitag-Verleger Jakob Augstein.



Autorin Daniela Dahn und Franz Sodann



Der Theologe Friedrich Schorlemmer.
Fotos (4): Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Lesung von «Loblied auf Europa» am 1. Dezember 2017 im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.
V.l.n.r.: Franz Sodann, Luc Jochimsen, Jan Korte, Rolf Becker, Klaus Lederer, Dagmar Enkelmann und Tom Strohschneider.



Gespräch im Anschluss an die Lesung mit Fabio de Masi, Luc Jochimsen, der Publizistin Ulrike Guérot und Berlins Kultursenator Klaus Lederer. Fotos (2): Rosa-Luxemburg-Stiftung



Das Premieren-Ensemble der Hommage an Salvador Allende am 4. September 2010 auf der Bühne des Berliner Kulturzentrums «Wabe».



Der Musiker Andrej Hermlin bei der Allende-Lesung.
Fotos (2): Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



SALVADOR ALLENDE – 40 JAHRE NACH DEM WAHLSIEG DER UNIDAD POPULAR

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN UND FRANZ SODANN

HOMMAGE

Rollen:

Salvador Allende
(4 Personen)
Erzähler*in 1
Erzähler*in 2
Süddeutsche Zeitung
Westfälische Rundschau
Neues Deutschland
Aachener Volkszeitung
Bonner General-Anzeiger
Kölnischer Stadt-Anzeiger
Buchtext
Der Spiegel
Abgeordneter
Bundesminister
Vizepräsidentin
Pablo Neruda
Frankfurter Rundschau
Die Zeit

Excelsior
Stern
Business-Week
Parlamentarischer Staats-
sekretär

Uraufführung:
4. September 2010
Wabe

Regie:
Franz Sodann

Mitwirkende:
Marina Achenbach
Agnes Alpers
Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald

Roland Claus
Gregor Gysi
Andrej Hermlin
Barbara Höll
Luc Jochimsen
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Gesine Löttsch
Petra Pau
Jens Petermann
Gina Pietsch
Kathrin Senger-Schäfer
Peter Sodann
Kirsten Tackmann
Heinz Vietze
Florian Weis

Vorbemerkung (Gekürzt)

Der 4. September des Jahres 1970 hielt für die Welt eine Sensation bereit. Bei den Präsidentschaftswahlen in Chile ging Salvador Allende als Sieger hervor. Ein Marxist, ein Sozialist, kam durch Wahlen an die Macht. Der Beweis war erbracht: Es braucht, damit Marxisten regieren können, nicht notwendig eine Revolution.

Getragen wurde Salvador Allende durch ein breites linkes Wahlbündnis: die Unidad Popular. Sie vereinte unter ihrem Dach die Sozialistische und die Kommunistische Partei mit ihren Jugendverbänden, die Radikale Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Bewegung der einheitlichen Volksaktion und die Unabhängige Volksaktion. Endgültig bestätigt wurde der Sieg Allendes im Nationalkongress am 22. Oktober 1970, als er zusätzlich zu den Stimmen der Unidad Popular auch die der Christdemokratischen Partei erhielt.

Nur drei Jahre später, am 11. September 1973, wurde der Regierung Allendes und der Unidad Popular durch einen von den USA unterstützten Putsch des chilenischen Militärs ein blutiges Ende bereitet. Allende selbst fand den Tod, Tausende Allende-Anhänger wurden umgebracht, weitere Tausende ins Exil gezwungen, die Reformen der Unidad Popular wurden rückgängig gemacht, die Dominanz der internationalen Konzerne über Chiles Wirtschaft wurde wiederhergestellt.

OUVERTÜRE: Auszüge aus Salvador Allendes Rede vor dem Kongress vom 21. Mai 1971

ALLENDE: Die Nationalisierung unserer Kupferminen ist kein Racheakt oder Ausdruck des Hasses gegenüber irgendeiner Gruppe, Regierung oder Nation.

Im Gegenteil, wir haben die positive Haltung eingenommen, ein für ein souveränes Volk unveräußerliches Recht auszuüben: die volle Nutznießung unserer nationalen Reichtümer.

Wir hegen die Hoffnung, eine Welt aufzubauen, die die Teilung in Reiche und Arme überwindet, und in unserem Fall eine Gesellschaft zu errichten, in der der wirtschaftliche Kompetenzkrieg der einen gegen die anderen verboten ist, in der der Kampf um professionelle Vorrechte keinen Sinn hat, und in der auch die Gleichgültigkeit gegenüber dem fremden Schicksal, die die Mächtigen zu Erpressern der Schwachen macht, sinnlos ist.

Wir leben in einer unwahrscheinlichen Zeit, die die materiellen Mittel zur Verwirklichung der grandiosesten Utopien der Vergangenheit bereitstellt.

Dies zu erreichen hindert uns lediglich die ererbte Last an Habgier, Furcht und veralteten institutionellen Traditionen.

Wir erstreben den Sozialismus, weil wir über die Volksabstimmung freiwillig das kapitalistische und abhängige System zurückweisen, dessen Saldo eine rücksichtslos ungleiche, in antagonistische Klassen geschichtete Gesellschaft ist, die durch die soziale Ungerechtigkeit entsteht und durch die Schädigung der Grundlagen für die menschliche Solidarität entwürdigt ist.

ERZÄHLER*IN 1: In der politischen Welt des In- und Auslandes wabert es. Welchen Kurs wird Allende einschlagen? Wie ernst ist es dem Mann, der bekennt, Marxist zu sein, mit dem Sozialismus? Wie stark sind die Kräfte, die ihn stützen – und die, die ihm schon lange den Kampf angesagt haben? Es ist ein Raunen im weltweiten Blätterwald.

Am 21. Mai 1971 hält Allende vor dem Kongress eine programmatische Rede, mit der er zusammenfasst, was er bis dahin an verschiedener Stelle wiederholt im Einzelnen verkündet hat. Wir lesen aus dieser Rede – und setzen sie in Bezug zu Stellungnahmen, Urteilen und Spekulationen, die seinen Weg dorthin begleiteten.

ALLENDE: Landsleute des Kongresses:

Siebenundzwanzig Jahre lang bin ich hier erschienen, fast immer als Parlamentarier der Opposition. Durch den Willen des Volkes, der im Kongress ratifiziert wurde, tue ich es heute als Staatschef.

Es ist mir in lebhafter Erinnerung: Hier wurden die institutionellen Normen aufgestellt, auf denen die ausländische Ausbeutung der natürlichen Reichtümer Chiles beruht. Aber eben jetzt werden sie von diesem Parlament revidiert, um den Chilenen zurückzugeben, was ihnen von Rechts wegen gehört.

ERZÄHLER*IN 1: Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG schreibt:

SÜDDEUTSCHE
ZEITUNG:

An die 200.000 Menschen standen am Dienstagabend dichtgedrängt auf der Alameda, dem Boulevard im Zentrum Santiagos, um aus dem Munde Salvador Allendes Folgendes zu vernehmen:

«Wir werden alle Banken verstaatlichen, die Kupfer und Salpeterminen, die großen Zementfabriken, die Tochterfirma der Unilever, die Bata-Schuhfabrik ...»

Er nennt viele Firmen beim Namen, und mit jedem Namen einer demnächst zu verstaatlichenden Firma erhebt sich neuer Jubel aus der Volksmenge, die keineswegs nur aus Arbeitern und Studenten besteht. Ärzte und Anwälte, Bürokraten und Techniker, Künstler und Kaufleute sind schon am Nachmittag mit ihren Privatautos durch die Stadt gefahren, kräftig hupend, die Karosserie bepinselt mit der Parole des Kandidaten Allende: «Das Volk an die Macht!»

ERZÄHLER*IN 1: Die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU schreibt:

WESTFÄLISCHE
RUNDSCHAU:

Nach der Auffassung politischer Beobachter besteht an der Bestätigung Allendes im Kongress kein Zweifel. Die bisher regierende Christlich Demokratische Partei gab bereits zu verstehen, dass sie die Ernennung Allendes zum Präsidenten unterstützen werde ...

... Das Land wird seit 137 Jahren ohne nennenswerte Unterbrechung verfassungsmäßig regiert, mit einem parlamentarisch-demokratischen System, das zumindest während der letzten 30 Jahre Anspruch darauf erheben konnte, nicht als bloße Fassade, sondern als echte Volksvertretung zu gelten.

Auf einem Kontinent, in welchem Militärdiktaturen und Pseudodemokratien überwiegen, wirkt Chile heute fast als ein Fremdkörper, als Anachronismus. ... schreibt die Süddeutsche Zeitung.

ERZÄHLER*IN 1: Weiter Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Chile hat nunmehr in seiner Regierung eine neue politische Kraft, deren soziale Funktion darin besteht, nicht der traditionell herrschenden Klasse, sondern den großen Mehrheiten Rückhalt zu geben. Diese Umgestaltung der Machtstruktur muss zwangsläufig eine tief greifende Umwandlung in sozialökonomischer Hinsicht nach sich ziehen.

Der in der Durchführung befindlichen Agrarreform, der Nationalisierung der Kupferminen, die nur noch auf die Approbation durch das Plenum des Kongresses wartet, müssen jetzt neue Reformen hinzugefügt werden, sei es durch die Initiative des Parlaments, sei es auf Vorschlag der Exekutive, sei es durch die gemeinsame Initiative der Gewalten, sei es unter Berufung auf die Grundlage aller Gewalt, nämlich die Souveränität des Volkes, wie sie in der Volksbefragung zum Ausdruck kommt.

Ich bin sicher, dass sich in der Geschichte selten ein Parlament irgendeiner Nation der Forderung von dieser Tragweite gegenübergestellt sah.

ERZÄHLER*IN 1: NEUES DEUTSCHLAND bemerkt:

NEUES DEUTSCHLAND: Die chilenischen Massen sind von dem stolzen Gefühl erfüllt, einen historischen Sieg von kontinentaler Bedeutung erstritten und der Reaktion des In- und Auslandes eine entscheidende Niederlage beigebracht zu haben.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: «Über 150 ausländische Reporter sind aus aller Welt nach Santiago gekommen. Es hatte sich herumgesprochen, dass in der Republik Chile an diesem Wochenende möglicherweise eine Sensation geboten werde: dass in einer westlichen Demokratie ein Marxist zum Präsidenten gewählt wird. Sensationeller als dieses Faktum erscheint vielen der Reporter die chilenische Demokratie selbst – die Tatsache, dass ein Land, das ärmer ist als Portugal oder Griechenland, eine lebendige demokratische Tradition besitzt.»

ERZÄHLER*IN 1: Weiter Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Die Situation im Russland des Jahres 1917 ist recht verschieden von der im Chile der Gegenwart. Die geschichtliche Forderung ist jedoch ähnlich. Wie damals Russland steht Chile heute vor der Notwendigkeit, eine neuartige Konstitution der sozialistischen Gesellschaft ins Leben zu rufen: unseren revolutionären, pluralistischen Weg, der von den Klassikern des Marxismus zwar vorweggenommen, aber niemals bisher konkretisiert wurde. Die sozialen Denker nahmen an, dass die ersten, die diesen Weg beschreiten würden, die entwickelteren Nationen, wahrscheinlich Italien und Frankreich mit ihren mächtigen Arbeiterparteien marxistischer Definition, sein würden.

Aber die Geschichte lässt erneut den Bruch mit der Vergangenheit zu und gestattet den Bau eines neuen Gesellschaftsmodells nicht nur dort, wo es in der Theorie vorauszusehen war, sondern wo günstigere, konkrete Bedingungen für ihr Gelingen geschaffen werden konnten. Chile ist heute die erste Nation auf dem Erdball, die zur Gestaltung des zweiten Übergangsmodells der sozialistischen Gesellschaft berufen ist.

ERZÄHLER*IN 2: Text: Wolfram Adolphi mit Material von Raimund Krämer

BUCHTEXT: «In der DDR ist die Sympathie für Allende und seine Regierung groß. Es vergeht im Herbst 1970 kaum ein Tag, an dem im SED-Zentralorgan «Neues Deutschland» nicht aus und über Chile berichtet wird. Es gibt Interviews mit Allende, Luis Corvalan, dem Führer der chilenischen Kommunisten, und Clodomiro Almeyda von der Sozialistischen Partei, dazu kommen Reportagen und – von ausländischen Agenturen übernommen – alarmierende Nachrichten von der Bedrohung, der Allende, sein Programm und seine Bündnispartner ausgesetzt sind.

Mit parteioffiziellen Stellungnahmen zum Allende-Kurs hält sich die SED-Führung jedoch zurück. Über Chile ist weder im öffentlich gemachten Teil des Berichtes des Zentralkomitees auf dessen 14. Tagung im Januar 1971 zu lesen – der ersten Tagung nach dem Allende-Sieg –, noch findet sich etwas im öffentlich gemachten Teil der Rede Erich Honeckers auf dem VIII. Parteitag im Juni des Jahres.

Zu unsicher wohl ist man sich über das, was da an neuem Sozialismus in Chile entsteht. Zu vieles ist anders, als es der eigene Kanon des sozialistischen Aufbaus sagt.

Sicher aber ist sich die Parteiführung in der Solidarität mit Allende gegenüber den Bedrohungen von außen und in dem Willen zu einer Zusammenarbeit, die beiden Seiten Nutzen bringt. Die Solidarität ist wechselseitig. Am 16. März 1971 nimmt die Allende-Regierung diplomatische Beziehungen mit der DDR auf. Das ist ein überaus bedeutsamer Schritt zu einer Zeit, da der Westen solche Beziehungen noch für unmöglich hält. Und dann steht Chiles Wunsch, sein auf den Börsen der Welt gezielt unterbewertetes Hauptexportgut Kupfer zu gerechtem Preis an die DDR zu verkaufen, auf dem Plan. Am 30. März erörtert das SED-Politbüro, was getan werden kann. Gedacht ist an ein Gemeinschaftsprojekt Chiles mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Kupferbergbau.»

ERZÄHLER*IN 2: Die AACHENER VOLKSZEITUNG schreibt:

AACHENER
VOLKSZEITUNG:

Ob der Zehn-Millionen-Staat so etwas wie ein zweites Kuba wird, ist schwer zu sagen. Denn die «Machtübernahme» ... wäre schon deswegen nicht mit dem Umsturz durch Fidel Castro in Havanna zu vergleichen, weil in Santiago ... nicht die Gewehre und Handgranaten in offener Revolution den Wechsel herbeiführten. Vielmehr hat das Sammelbecken linksradikaler Gruppen auf die Wähler genügend Anziehungskraft ausgeübt. Der Stimmzettel hat entschieden.

... Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass auch der Lauf der Weltpolitik sich dem, was in Chile jetzt geschieht, nicht entziehen kann.

ERZÄHLER*IN 2: Weiter Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Diese Einstellung Chiles weckt jenseits der Grenzen unseres Vaterlandes lebhaftes Interesse. Alle wissen oder erkennen, dass die Geschichte hier und jetzt eine neue Wendung nimmt in dem Maß, wie wir Chilenen uns unseres Unternehmens bewusst sind. Skeptiker und Unheilsboten werden sagen, dass das unmöglich ist, dass ein Parlament, das den herrschenden Klassen beste Dienste leistete, nicht imstande ist, sich zu wandeln und das Parlament des chilenischen Volkes zu werden.

Sie haben sogar mit Nachdruck gesagt, dass die bewaffneten Streitkräfte und «Carabineros», die bisher die institutionelle Ordnung stützten, die wir überwinden werden, es nicht akzeptieren würden, den zum Aufbau des Sozialismus in unserem Lande entschlossenen Volkswillen zu gewährleisten.

ERZÄHLER*IN 2: Der BONNER GENERAL-ANZEIGER:

BONNER
GENERAL-ANZEIGER: «Entscheidend für Allendes Zukunft wird schließlich sein, wie sich das chilenische Militär in der neuen Situation verhält und ob es die gleiche Verfassungstreue wie in den letzten 40 Jahren beweist.»

ERZÄHLER*IN 2: Und der KÖLNER STADT-ANZEIGER:

KÖLNER
STADT-ANZEIGER: «Allendes Wahl hat den nordamerikanischen Glaubenssatz schwer erschüttert, kein Land werde je mit dem Stimmzettel, auf demokratisch-parlamentarischem Wege, zum Sozialismus übergehen.»

ERZÄHLER*IN 1: In dem 2008 erschienenen Buch «Salvador Allende – Eine Chronik» wird die Reaktion seitens der USA auf die Wahl in Chile wie folgt beschrieben:

BUCHTEXT: «Nach den Präsidentschaftswahlen kabela der US-Botschafter in Santiago, Edward Korry, nach Washington: «Es wird tiefe Wirkung auf Lateinamerika und den Rest der Welt haben; wir haben eine ernste Niederlage erlitten.»

Nixon ist beunruhigt. Als er wenige Tage später Botschafter Korry empfängt, überrascht er diesen mit dem Ausruf: «Dieser Hurensohn, dieser Hurensohn!» Da der Diplomat den rauen Scherz nicht gleich versteht, fügt er schnell hinzu: «Nicht Sie, Herr Botschafter, sind gemeint. Ich spreche von dem Bastard Allende.»

Der Mann im Weißen Haus will Taten sehen. Am 15. September erteilt er der CIA den Auftrag, eine «massive verdeckte Intervention in Chile zu initiieren».

Banken und Unternehmen erhalten die Anweisung, Kredite und Warenlieferungen für Chile zu verzögern. Man müsse, wie der US-Präsident es formuliert, «die Wirtschaft zum Schreien bringen». Zum ersten Mal taucht im State Department die Idee auf, in Chile einen wirtschaftlichen Kollaps zu provozieren.

Jedoch, bis zur Kongressentscheidung ist die Zeit dafür zu kurz. Blicke noch die chilenische Armee. Doch dort sind die Verhältnisse noch nicht im Sinne der CIA geordnet. In einer Analyse der US-Botschaft scheidet die Putschoption vorerst aus: «Das chilenische Militär wird nichts – ich wiederhole – nichts tun, um Allendes Amtsantritt zu verhindern», schreibt Korry am 12. September.

Das ist richtig erkannt. General René Schneider, Oberbefehlshaber des Heeres, hat das Wahlergebnis ausdrücklich anerkannt.

Das Wichtigste sei, den Oberbefehlshaber «General Schneider zu neutralisieren», lässt Botschafter Korry wissen.

Zwei Tage vor der Kongressabstimmung wird General Schneider von drei Schüssen getroffen. Die Täter fliehen, ihr Opfer stirbt drei Tage später im Militärkrankenhaus.»

- ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:
- ALLENDE: Ich erkläre meinerseits, meine Herren Mitglieder des Nationalkongresses, dass die bewaffneten chilenischen Streitkräfte und der Truppenteil der «Carabineros», ihrer Pflicht und Tradition des Nichteingreifens in den politischen Prozess getreu, der Rückhalt einer sozialen Ordnung sein werden, die dem Volkswillen entspricht. Es wird eine gerechtere, menschlichere und großzügigere Ordnung für alle sein, ganz besonders aber für die Werktätigen, die bis heute so viel gaben und fast nichts dafür bekamen. Die Ursachen des Rückstands lagen und liegen noch immer in der Kopp- lung der traditionell herrschenden Klassen an die externe Unterordnung und an die interne Klassenausbeutung. Sie bereicherten sich durch ihren Zusammenschluss mit ausländischen Interessen und durch die Aneignung der durch die Werktätigen produzierten Überschüsse, wobei sie diesen nur ein zur Wiederauffrischung ihrer Arbeitskraft unentbehrliches Minimum ließen.
- ERZÄHLER*IN 1: DER SPIEGEL veröffentlicht am 14. September 1970 ein Gespräch mit dem Sieger der chilenischen Präsidentschaftswahlen, Salvador Allende. Ein Auszug.
- DER SPIEGEL: «Das Programm, das Sie aufgestellt haben, ist anspruchsvoll und teuer. Sie wollen die Industrie ankurbeln, Sie wollen die Arbeitslosigkeit abschaffen, Löhne und Renten erhöhen, Schulen und Wohnungen bauen. Jedes Kind soll jeden Tag einen halben Liter Milch bekommen. Wie wird Chile dieses Programm finanzieren können?»
- ALLENDE: «Ich möchte eine Gegenfrage stellen: Wissen Sie, wie das chilenische Volk lebt? Möchten Sie, dass das deutsche Volk so leben muss? Möchten Sie, dass 50 Prozent der Kinder unterernährt sind? Möchten Sie, dass es dort 600.000 Kinder gäbe, die geistig zurückgeblieben sind, weil sie nicht genug zu essen bekommen haben? Würden Sie es gern haben, wenn ich der Alleinbesitzer der deutschen Reichtümer wäre?»
- DER SPIEGEL: «Natürlich nicht, die Notwendigkeit von Reformen leuchtet jedem vernünftigen Menschen ein. Es bleibt die Frage, wie sie finanziert werden sollen.»
- ALLENDE: «Gut, jetzt verstehen wir uns, und ich bitte Sie, uns zu helfen, denn unsere Haltung ist zutiefst human. Und Sie verstehen, dass das, was gemacht werden muss, sehr schwer ist. Es wird umso schwerer sein, wenn uns international die Kredite gesperrt werden. So hat, wie mir Präsident Frei gesagt hat, die Bundesrepublik Deutschland einen Kredit von 50 Millionen Dollar gesperrt. Ich weiß nicht, ob es private oder Regierungskredite waren.»
- DER SPIEGEL: «Wenn das stimmt, muss dahinter noch keine politische Absicht stecken, sondern das übliche Abwarten nach einem Regierungswechsel.»
- ALLENDE: «Auf jeden Fall ist das ein ungerechter Eingriff. Wenn andere Länder in dieser Weise vorgehen, werden sie uns dazu zwingen, unser Programm zu radikalisieren.

Wenn es kein Verständnis gibt und wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Lüge ist, dann wird es nicht unsere Schuld sein. Wir haben sauber gespielt und wir haben gewonnen. Und wir hoffen, dass ehrliche Leute, wie die, die im Spiegel schreiben, das auch deutlich sagen.»

DER SPIEGEL: «Wir waren bei Ihrem Finanzierungsprogramm ...»

ALLENDE: «Wir schaffen es, wenn es ein kapitalistisches Land gibt, das es uns erlaubt, unsere notwendigen Einfuhren mit chilenischen Produkten zu bezahlen. Und wenn dazu kein kapitalistisches Land bereit ist, aber ein sozialistisches Land, dann werden wir bei dem kaufen.

Milch werden die Kinder Chiles immer haben, obwohl es hier an vierbeinigen Kühen mangelt.

Aber es gibt zweibeinige Kühe, und die werden wir melken: Das sind die Monopole und die ausländischen Kapitalgesellschaften, welche den Reichtum Chiles an sich gerissen haben. Und von dem, was die Amerikaner uns in drei Tagen wegnehmen, können die chilenischen Kinder in Milch baden. Ist das klar?»

DER SPIEGEL: «Ja, das ist klar.»

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Unsere erste Aufgabe besteht darin, diese beengende Struktur zu beseitigen, die lediglich ein verunstaltetes Wachstum erzeugt. Aber gleichzeitig ist es notwendig, die neue Wirtschaft aufzubauen, damit sie unter Wahrung der Kontinuität auf die andere folgt; die neue Wirtschaft aufzubauen ohne Krisen, die künstlich von denjenigen hervorgerufen werden könnten, die ihre archaischen Privilegien geächtet sehen werden.

Wir hegen die Hoffnung, eine Welt aufzubauen, die die Teilung in Reiche und Arme überwindet, und in unserem Fall eine Gesellschaft zu errichten, in der der wirtschaftliche Kompetenzkrieg der einen gegen die anderen verboten ist, in der der Kampf um professionelle Vorrechte keinen Sinn hat, und in der auch die Gleichgültigkeit gegenüber dem fremden Schicksal, die die Mächtigen zu Erpressern der Schwachen macht, sinnlos ist.

ERZÄHLER*IN 1: KÖLNER STADT-ANZEIGER:

KÖLNER

STADT-ANZEIGER:

Droht Chile ein «neues Kuba»? Wird nach der Wahl des erklärten Marxisten Dr. Salvador Allende zum Präsidenten des einzigen noch demokratischen Landes in Lateinamerika der Virus des Sozialismus ganz Südamerika anstecken? Oder wird Allendes Sozialismus ein Ausweg aus der sozialen Misere, ein Modell für andere Länder des Subkontinents?

Das sind bange Fragen für die einen: die Herrschenden und die Reichen. Es sind Hoffnungen, Zeichen an der Wand für die anderen: die 80 Prozent von 270 Millionen Lateinamerikanern, denen bisher ein menschenwürdiges Dasein vorenthalten wurde. ...

Starke äußere Kräfte und eine trickreiche Opposition im Innern haben versucht, den neuen chilenischen Präsidenten noch vor seiner Bestätigung

durch den chilenischen Kongress zu Fall zu bringen. Aus den USA kamen Äußerungen des Unmuts. Die reformbremsende Oligarchie des eigenen Landes verunglimpfte Allende als Demagogen und Bewunderer Castros. Sie machte in Panik, bis sie vor wenigen Tagen die Waffen vor dem wortgewaltigen Mann mit der Leidenschaft für die Armen streckte.

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Selten brauchten die Menschen den Glauben an sich selbst, an ihre Fähigkeit, die Welt zu verwandeln und das Leben zu erneuern, so sehr wie heutzutage.

Wir leben in einer unwahrscheinlichen Zeit, die die materiellen Mittel zur Verwirklichung der grandiosesten Utopien der Vergangenheit bereitstellt.

Dies zu erreichen hindert uns lediglich die ererbte Last an Habgier, Furcht und veralteten institutionellen Traditionen. Was zwischen unserer Epoche und der des überall auf dem Planeten befreiten Menschen liegt, ist die Überwindung dieses Erbes. Nur so wird man die Menschen dazu aufrufen können, sich nicht als Produkte einer Vergangenheit der Sklaverei und Ausbeutung zu sehen, sondern als bewusste Realisatoren ihrer nobelsten Potenzialitäten. Das ist das sozialistische Ideal.

Ein naiver Beobachter in einem entwickelten Land, das über mehr materielle Mittel verfügt, könnte annehmen, dass es sich bei diesen Erwägungen um einen neuartigen Hilfeschrei der rückständigen Völker handelt, um einen erneuten Appell der Armen an die Nächstenliebe der Reichen. Darum geht es nicht, sondern um das Gegenteil.

Die innere Ordnung aller Gesellschaften unter der Hegemonie der Besitzlosen und die Mitwirkung der unterentwickelten Länder bei der Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden dazu beitragen, dass nicht nur ihr Elend und ihre Rückständigkeit dereinst beseitigt, sondern auch die Ausbeuterländer von ihrer Despotenrolle befreit werden.

Meine Herren Mitglieder des Nationalkongresses:

Ich stehe hier, um Sie zum großen Werk der Neugestaltung der chilenischen Nation, wie wir sie erträumen, aufzufordern, zum Aufbau eines Chile, in dem alle Kinder ihr Leben unter gleichen Bedingungen beginnen, weil ihnen ärztliche Betreuung und Erziehung geboten wird und weil sie zu essen haben; zum Aufbau eines Chile, in dem sich die Schaffenskraft aller Männer und aller Frauen nicht gegen die übrigen richtet, sondern zugunsten eines besseren Lebens für alle erblüht.

ERZÄHLER*IN 1: Deutscher Bundestag – 6. Wahlperiode – 78. Sitzung.
Bonn, Mittwoch, den 11. November 1970 ...

Wir kommen zu den Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zur Beantwortung ist Herr Minister Eppler (SPD) anwesend. Ich rufe die Frage 2 des Herrn Abgeordneten Unertl (CSU) auf:

ABGEORDNETER: Treffen Meldungen zu, wonach die Bundesregierung der neuen chilenischen Regierung besondere Entwicklungshilfe gewährt, und welche Bedingungen wurden ggf. für diese Hilfen vereinbart?

- ERZÄHLER*IN 1: Bitte schön, Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Eppler:
- BUNDESMINISTER: Herr Kollege Unertl, die Bundesregierung gewährt der neuen chilenischen Regierung keine besondere Entwicklungshilfe. Dementsprechend wurden auch keine besonderen Bedingungen vereinbart. Die Bundesregierung wird ihre bestehenden Verpflichtungen vertragsgemäß einhalten und die laufenden Projekte weiterführen. Die chilenische Regierung weiß, dass wir sie in ihrem Bemühen, die wirtschaftliche und soziale Lage zu festigen, wie bisher auch weiterhin tatkräftig unterstützen wollen. Wir sind bereit, Chile auch in unsere künftige Planung einzubeziehen. Entsprechende Vorschläge der chilenischen Regierung für die weitere technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen abgewartet werden.
- Nach dem Eingang neuer Vorschläge werden wir diese wohlwollend prüfen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auch berücksichtigen.
- VIZEPRÄSIDENTIN: Vizepräsident Frau Funcke:
Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Unertl.
- ABGEORDNETER: Herr Bundesminister, ist Ihnen bekannt, dass nach der Neubildung der dortigen Regierung der neue Präsident nach Pressemeldungen erklärt hat, dass er als volkswirtschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit die Verstaatlichung von Unternehmen in ausländischer Hand vorhat? Er sagt zwar, dass er zunächst den Eisenerz- und Kupferbergbau verstaatlichen will, später aber, so heißt es dann –, sollen die gleichen Maßnahmen auch in anderen Wirtschaftsbereichen eingeleitet werden. Ist Vorsorge getroffen, dass die Gelder, gegen deren Hingabe, wenn kein Missbrauch betrieben wird, ich nichts einzuwenden habe, dann auch in unserem Sinne verwendet werden?
- ERZÄHLER*IN 1: Im Saal entsteht eine anhaltende starke Unruhe aufseiten der SPD. Darauf meldet sich Vizepräsidentin Frau Funcke zu Wort:
- VIZEPRÄSIDENTIN: Herr Minister, einen Augenblick bitte! – Ich bitte das Haus um Ruhe. Wenn Gespräche geführt werden müssen, dann bitte draußen. Es ist hier nichts zu verstehen.
– Bitte schön, Herr Minister!
- BUNDESMINISTER: Herr Kollege Unertl, die Bundesregierung verhält sich nach dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Sie wird also ihre Entwicklungspolitik nicht an solchen internen Maßnahmen einer Regierung orientieren können.
- VIZEPRÄSIDENTIN: Vizepräsident Frau Funcke:
Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Unertl.
- ABGEORDNETER: Herr Bundesminister, ich lasse dies ja voll und ganz gelten.
- Aber im Rahmen der Verwendung von Steuergeldern wäre doch eine gewisse Vorsicht auch bei der Hingabe von Entwicklungshilfegeldern am Platze. Ich denke insbesondere auch an andere Länder.
- ERZÄHLER*IN 1: Hierauf erfolgen Zurufe von der SPD: Frage! Frage!

- ABGEORDNETER: Ich frage den Herrn Bundesminister – ob Sie da drüben zuhören können oder nicht –
- ERZÄHLER*IN 1: Weitere Zurufe von der SPD: Unerhört! Frage!
- ABGEORDNETER: – Ich schließe mich vollkommen dem an, was die Präsidentin gerade festgestellt hat. Ich habe sonst gar nichts vor, und es steht mir gar nicht das Recht zu, Sie bei der Unterhaltung zu stören. Aber das ist kein guter parlamentarischer Stil.
- VIZEPRÄSIDENTIN: Vizepräsident Frau Funcke:
Herr Kollege Unertl, ich bitte, die Frage kurz und bündig zu stellen.
- ABGEORDNETER: Ich frage den Herrn Bundesminister, ob nicht aufgrund der bekannten Tatsache, dass z.B. gerade auch in den südafrikanischen Staaten unter Umständen die Gefahr besteht, dass dort die kommunistischen Guerillas unterstützt werden und Waffen in der UdSSR kaufen, nicht auch gerade bei der Hingabe von Entwicklungshilfe etwas mehr Vorsicht am Platze wäre.
- BUNDESMINISTER: Herr Kollege Unertl, als Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die Bundesregierung niemandem auf dieser Welt einfach Geld gibt, mit dem er tun oder auch lassen kann, was ihm behagt, sondern dass die Bundesregierung mit der Regierung des jeweiligen Landes Projekte vereinbart, die diesem Land und uns richtig und für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dieses Landes förderlich erscheinen.
- ABGEORDNETER: Aber, es ist doch ...
- VIZEPRÄSIDENTIN: Es tut mir leid, Herr Kollege Unertl; Sie haben Ihre zwei Fragen gestellt. Sie können ja vielleicht später einmal weitere Fragen stellen.

Ich rufe die Frage 3 des Herrn Abgeordneten Josten auf. ...
- PABLO NERUDA: Dass wir herauskommen

Der Mensch sagte ja, ohne dass er feststellen konnte,
worum es ging,
und er wurde mit fortgerissen, wurde verpflichtet,
und nie mehr fand er aus seiner Verwicklung heraus,
und ist es so, fallen wir
in die Grube anderer Wesen
und es kommt eine Schnur und wickelt sich uns um den Hals
und eine andere sucht unsern Fuß und schon vermag man nicht mehr,
vermag man nur mehr in der Grube zu gehen:
niemand reißt uns von den anderen Menschen.

Es scheint, wir verstehen nicht zu reden,
es scheint, dass es Worte gibt, die fliehen,
die nicht vorhanden sind, die entschwanden und uns
zurückließen mit Fallen und Schnüren.

Und auf einmal ist's geschehn, schon wissen wir nicht mehr,
um was es geht, aber wir stecken mitten drin,
und schon werden wir nicht mehr sehen

wie einst, da wir als Kinder spielten,
schon vergingen uns jene Augen,
schon gehen unsere Hände von anderen Armen aus.

Darum, wenn du schläfst, träumst du allein
Und läufst frei durch die Gänge
eines einzigen Traums, der dir gehört,
ach, mögen sie nicht kommen, uns Träume rauben,
ach, mögen sie uns nicht im Bett umgarnen.

Hüten wir den Schatten,
lasst sehn, ob wir aus unserem Dunkel
gelangen, und prüfen wir die Wände,

belauern wir das Licht, um es einzufangen,
dass ein für alle Mal
uns die tägliche Sonne gehöre.

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Unsere Aufgabe besteht darin, als Chiles Weg zum Sozialismus ein neues Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das den Menschen, seine Bedürfnisse und seine Forderungen in den Mittelpunkt stellt, zu definieren und in die Praxis umzusetzen. Dafür braucht es des Mutes derjenigen, die es wagten, die Welt als ein Projekt im Dienste des Menschen in ihrem Denken neu erstehen zu lassen.

Nicht aus akademischer Liebe zu einer Doktrin erstreben wir den Sozialismus. Es treibt uns die Energie unseres Volkes, das die Überwindung des Rückstandes als einen unumgänglichen Imperativ versteht. Wir erstreben den Sozialismus, weil wir über die Volksabstimmung freiwillig das kapitalistische und abhängige System zurückweisen, dessen Saldo eine rücksichtslos ungleiche, in antagonistische Klassen geschichtete Gesellschaft ist, die durch die soziale Ungerechtigkeit entsteht und durch die Schädigung der Grundlagen für die menschliche Solidarität entwürdigt ist.

ERZÄHLER*IN 1: Die FRANKFURTER RUNDSCHAU schreibt:

FRANKFURTER
RUNDSCHAU: «Sozialismus ist das Wort, das man derzeit in Diskussionen mit Chilenen immer wieder hören kann. Erstmals sehen sie für ihr Land eine realisierbare Möglichkeit, mit den Ungerechtigkeiten der Vergangenheit abzurechnen. Und Abrechnung sieht für sie einfach aus: Die reiche Minderheit muss erheblich zurückstecken. Die arme Masse wird endlich Hoffnung auf ein besseres Leben haben. Das heißt Verstaatlichung, Enteignung, Kontrolle durch den Staat. Das heißt aber auch, dass das Vermögen in Zukunft gerechter verteilt werden soll. (...)

Was in den Ländern der westlichen Welt in der linken Bewegung meist fehlgeschlug, scheint sich in Chile zwanglos durchzusetzen: Arbeiterklasse und Geistesschaffende haben sich tatsächlich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Der Arbeiter in Chile sieht im Studenten seinen Verbündeten, nicht den Feind wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich oder anderswo.»

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: In dem revolutionären Prozess, den wir erleben, fließt der politische und soziale Kampf in fünf wesentlichen Punkten zusammen: in der Legalität, der Institutionalität, in den politischen Freiheiten, in der Gewaltanwendung und in der Sozialisierung der Produktionsmittel; diese Themen betreffen Gegenwart und Zukunft eines jeden Chilenen.

In Chile gilt heute das Legalitätsprinzip.

Die Volksbewegungen richten sich nicht gegen das Legalitätsprinzip.

Unser Protest richtet sich vielmehr gegen eine solche gesetzliche Ordnung, deren Grundsätze eine Gesellschaftsordnung der Unterdrückung widerspiegeln. Unser Rechtswesen trägt heute den Stempel der Erfordernisse des kapitalistischen Systems. Beim Übergang zum Sozialismus müssen die Rechtsnormen aber den Bedürfnissen eines Volkes entsprechen, das um den Aufbau einer neuen Gesellschaft bemüht ist. Aber Legalität wird es geben.

ERZÄHLER*IN 1: Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG schreibt:

SÜDDEUTSCHE
ZEITUNG:

«In Chile nun beginnt mit der Amtsübernahme Allendes der Versuch einer Sozialisierung der Demokratie, und die Frage, über die das Volksfrontregime Aufschluss liefern wird, lautet:

Lassen sich die freiheitlichen Errungenschaften des Bürgertums – Mehrparteiensystem, unabhängige Justiz, Pressefreiheit – auch dann erhalten, wenn eindeutig die Arbeiterklasse die Führung übernimmt? Nicht nur für eingefleischte Antikommunisten im Westen, auch für die autoritären Parteibosse im Osten kann das chilenische Experiment zu einem ungemütlichen, weil nachahmenswerten Sonderfall werden.»

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971

ALLENDE: Die neue institutionelle Ordnung wird dem Postulat entgegenkommen, das unsere Aktion rechtfertigt und orientiert: den Werktätigen und dem Volk in seiner Gesamtheit die politische und wirtschaftliche Gewalt zu übertragen.

Dieser Realität entsprechend hat sich unser Regierungsprogramm verpflichtet, sein revolutionäres Werk unter Achtung des Rechtsstaates zu realisieren.

Ebenso wichtig ist es, daran zu erinnern, dass für uns, die Vertreter der Volkskräfte, die politischen Freiheiten eine Errungenschaft des Volkes auf dem mühsamen Weg zu seiner Emanzipation sind. Sie sind ein Teil dessen, was es an Positivem in dem geschichtlichen Zeitabschnitt gibt, den wir hinter uns lassen. Aus diesem Grunde müssen sie fort dauern. Daher rührt auch unsere Achtung vor der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Wir heben daher mit Befriedigung die Worte des Kardinal-Erzbischofs von Santiago de Chile, Raúl Silva Henríquez, aus seiner Botschaft an die Werktätigen hervor: «Die Kirche, die ich vertrete, ist die Kirche Jesu, des Sohns eines Zimmermanns. So entstand sie und so wollen wir sie für immer haben. Ihr größter Schmerz ist, wenn geglaubt wird, dass sie ihre Wiege vergessen hat, die unter den Armen war und auch heute noch ist.»

ERZÄHLER*IN 1: Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG schreibt:

SÜDDEUTSCHE
ZEITUNG:

«Nichts von dem freilich, was an die Klischeevorstellung darbender und gegängelter, unter der Parteiknute stöhnende Völker erinnern könnte, ist in Santiago sichtbar. (...)

Etwa 15.000 Chilenen haben seit dem Wahlsieg der Volksfront ihre Heimat verlassen: eine bescheidene Zahl gemessen an den Prognosen, wonach eine halbe Million vor dem drohenden Sozialismus flüchten würde. (...)

In den Luxushotels wimmelt es von Amerikanern, auch um die Pressefreiheit kann es nicht übel bestellt sein: «Moskaus bärtige Marionette traut sich nicht nach Chile», verkündet die Schlagzeile eines konservativen Boulevardblatts – womit gemeint ist, dass es noch immer keinen festen Besuchstermin für den angekündigten Besuch Fidel Castros gibt. (...) Nach kommunistischer Diktatur sieht das nicht aus.»

ERZÄHLER*IN 1: Ohnehin vertrat Allende die Ansicht, dass «eine richtige Demokratie automatisch zum Sozialismus» führe.

Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Die Gewalt

Das chilenische Volk ist dabei, die politische Gewalt zu erobern, ohne sich zum Gebrauch der Waffen genötigt zu sehen. Es schreitet auf dem Weg seiner sozialen Befreiung voran, ohne gegen ein despotisches oder diktatorisches Regime gekämpft haben zu müssen; es musste sich lediglich mit den Begrenzungen einer liberalen Demokratie auseinandersetzen.

Nichtsdestoweniger ist es meine Pflicht, darauf hinzuweisen, dass eine Gefahr die glänzende Bahn unserer Emanzipation bedrohen und den Weg radikal verändern könnte: Diese Gefahr ist die Gewaltanwendung gegen die Volksentscheidung.

Wenn innere oder äußere Gewalt, Gewalt in irgendeiner ihrer Formen, sei sie körperlich, sozial oder politisch, es fertigbrächte, unsere normale Entwicklung und die Errungenschaft der Werktätigen zu bedrohen, würden die institutionelle Kontinuität, der Rechtsstaat, die politischen Freiheiten und der Pluralismus der allergrößten Gefahr ausgesetzt sein.

ERZÄHLER*IN 1: Das NEUE DEUTSCHLAND schreibt:

NEUES
DEUTSCHLAND:

«(...) mit ihren Finanzmanövern und wirtschaftlichen Sabotageakten, mit ihren Bombenanschlägen haben die einheimische Finanzoligarchie und die ausländische Reaktion nur das Gegenteil von dem erreicht, was sie geplant hatten. Statt Unruhe und Verwirrung unter der Bevölkerung zu schaffen, hat sich das Prestige der Unidad Popular erhöht.»

ERZÄHLER*IN 1: DER SPIEGEL schreibt:

DER SPIEGEL:

«150.000 Anhänger der Linksfront (...) schworen:
«Allende, Allende, el pueblo te defiende!» (... das Volk wird dich verteidigen.)
(...)

Chilenische Rechte dagegen arbeiten mit einem Nervenkrieg, der Unruhen in der Bevölkerung provozieren soll:

Anhänger der «Nationalpartei» propagierten, in den Villenvororten von Santiago den ganzen Tag das Wasser laufen zu lassen, um die tiefer gelegenen Arbeiterviertel trocken zu setzen.

Sieben Tage nach der Wahl verkündete ein bisher unentdeckter Sender in Santiago, Allende sei auf der Fahrt nach Valparaiso von einem Attentäter erschossen worden.

Vorige Woche meldete ein junger Mann dem Wiener SPIEGEL-Büro, Alessandristen hätten bei der Hirtenberger Patronenfabrik in Niederösterreich eine größere Menge Munition als «eilige Luftfracht» bestellt. Die Firma dementierte den Chilenen-Auftrag.»

ERZÄHLER*IN 1:

NEUES DEUTSCHLAND:

NEUES

DEUTSCHLAND:

«Nicht genug damit sollen nun Dr. Allende und andere führende Vertreter der Unidad Popular von CIA-Agenten ermordet werden.

Die chilenische Presse hat dafür zahlreiche Beweise veröffentlicht. Wie «El Siglo» bereits vor den Wahlen berichtete, holte die Alessandri-Gruppe 300 CIA-Agenten ins Land und hält 100 Lastkraftwagen mit Schlägern bereit. «Puro Chile» meldete am Sonntag, dass in den letzten Tagen weitere 85 CIA-Agenten nach Chile kamen. (...) «In den kommenden Tagen und Wochen müssen die Millionen des chilenischen Volkes Nerven wie Stahl behalten sowie vereint, organisiert und wachsam wie nie zuvor handeln», rief Orlando Millas aus.»

ERZÄHLER*IN 1:

DIE ZEIT:

DIE ZEIT:

«Mögen die Konservativen Allendes Wahl für eine Katastrophe halten – sein Sturz würde mit Sicherheit das Chaos, vielleicht den Bürgerkrieg bedeuten.»

ERZÄHLER*IN 1:

Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE:

Unser Weg ist die Verwirklichung der sozialen Freiheiten mittels Ausübung der politischen Freiheiten. Notwendige Grundlage hierfür ist die Schaffung der wirtschaftlichen Gleichheit. Dies ist der Weg, den sich das Volk gesteckt hat, denn es erkennt an, dass die revolutionäre Umbildung eines sozialen Systems Zwischenstufen erfordert.

Eine lediglich politische Revolution kann in wenigen Wochen vollzogen werden. Eine soziale und wirtschaftliche Revolution erfordert Jahre, unerlässliche Jahre, damit sie in das Bewusstsein der Massen eindringen kann, damit die neuen Strukturen so geordnet werden können, dass man sie in Gang setzen und den anderen Strukturen anpassen kann.

Sich vorzustellen, dass man die Zwischenphasen überspringen kann, ist eine Utopie. Es ist nicht möglich, eine soziale und wirtschaftliche Struktur, eine vorher existierende soziale Institution zu zerstören, ohne zuvor die an ihre Stelle tretende in einem Mindestmaß entwickelt zu haben.

- ERZÄHLER*IN 1: Aus der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG:
Auf meine Frage, wie viel Zeit er veranschlage für die Einführung des Sozialismus in Chile, antwortet Allende:
- ALLENDE: «Den Sozialismus kann man nicht auf dem Verordnungsweg einführen. Die Volksfront ist außerdem, wie Sie wissen, eine Koalition aus verschiedenen Parteien – Sozialisten, Kommunisten, Radikale, abgespaltene Christdemokraten – die sich auf ein bestimmtes Programm geeinigt haben, aber die Enteignung ausländischer Minengesellschaften und einheimischer Monopole, die wir sehr rasch durchführen werden, hat noch nicht sehr viel mit Sozialismus zu tun. Wir öffnen nur, und das ist mein Ziel, den Weg, der später zum Sozialismus führen soll.»
- ERZÄHLER*IN 1: Aus einem Interview Allendes mit der mexikanischen Zeitung EXCELSIOR:
- EXCELSIOR: «Herr Präsident, wollen Sie so regieren wie Fidel Castro in Kuba?»
- ALLENDE: «Die kubanische Revolution war aus Zucker und Rum. Unsere wird aus Empanadas und Rotwein sein.»
- EXCELSIOR: «Wie soll die neue Gesellschaft, von der so viel die Rede ist, aussehen?»
- ALLENDE: «Dass es keine Bürger erster Klasse, zweiter Klasse und dritter Klasse gibt.»
- EXCELSIOR: «Man sagt, Sie bewundern vor allem Mao, Ho Chi Minh, Che Guevara und Castro. Schließt diese Bewunderung nicht eine innerliche politische Haltung ein?»
- ALLENDE: «Fügen Sie hinzu: Ich bewundere auch Christus, Lázaro Cárdenas, Bolívar, O'Higgins, Morelos, Miranda, Lenin und viele andere.»
- EXCELSIOR: «Aber in Ihrem Haus hängen nur Bilder der ersten vier?»
- ALLENDE: «Es sind Bilder mit Widmungen von Castro, Che Guevara, Ho Chi Minh und Mao. Möchten Sie, dass ich ein Bild mit einer Widmung von Christus aufhänge?»
- ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:
- ALLENDE: Landsleute:
Die Nationalisierung unserer Kupferminen ist kein Racheakt oder Ausdruck des Hasses gegenüber irgendeiner Gruppe, Regierung oder Nation.
- Im Gegenteil, wir haben die positive Haltung eingenommen, ein für ein souveränes Volk unveräußerliches Recht auszuüben: die volle Nutznießung unserer nationalen Reichtümer. Die Rückgewinnung des Kupfers beruht auf einer Entscheidung Chiles, und wir fordern von allen Ländern und Regierungen die Achtung vor der einstimmigen Entscheidung eines freien Volkes.
- Wir haben noch einen unserer Grundreichtümer nationalisiert, das Eisen. Wir haben die Kohle als Gemeineigentum zurückgewonnen. Der Salpeter gehört uns ebenfalls.
- ERZÄHLER*IN 1: Die FRANKFURTER RUNDSCHAU schreibt:

FRANKFURTER
RUNDSCHAU:

«Der Einfluss der USA in Chile, deren Konzerne den Bergbau, das Bankwesen und den Handel kontrollieren, steht auf dem Spiel, denn Allende will, dass Chile über seine Wirtschaft und seinen Reichtum selbst verfügt. In Washington herrscht «stumme Bestürzung», unter dem Großbürgertum Chiles Panik.»

ERZÄHLER*IN 1:

Und DIE ZEIT berichtet:

DIE ZEIT:

«Die Reaktion im In- und Ausland reicht von blanker Hysterie auf der Rechten bis zum euphorischen Freudentaumel auf der Linken. Die Flucht des Kapitals und der Kapitalisten aus Chile hat bereits begonnen.»

ERZÄHLER*IN 1:

Es folgt ein Ausschnitt einer Reportage des Magazins STERN:

STERN:

«Wie die Gutsherren im Süden, so packen jetzt die ausländischen Bergbauingenieure im Norden Chiles ihre Koffer. In Chuquicamata herrscht Abschiedsstimmung. Chuquicamata ist eine der größten, im Tagebau betriebenen Kupferminen der Welt.

Sie liegt 3.000 Meter hoch in der Wüste. Seit einem halben Jahrhundert holt hier der US-Konzern Anaconda das Kupfer aus der Erde. (...)

US-Bürger Peter Woodbridge, stellvertretender Grubendirektor, ist seit zwanzig Jahren am Ort. Er ist nicht sehr gesprächig in diesen Tagen. Nur so viel will er sagen: «Ich persönlich werde für die Kommunisten nie einen Finger rühren.» (...)

Selbst der örtliche Gewerkschaftsführer, Sigifredo Carasco, ist beunruhigt. «Das Schlimmste», sagt er, «sind die Gerüchte. Seit Monaten verbreiten die Ausländer, dass bei einer Verstaatlichung alles zusammenbrechen wird. Das geht an die Nerven. Wir können nur hoffen, dass die Nationalisierung schnell kommt, damit endlich Ruhe einkehrt.» (...)

In den Verhandlungen geht es jetzt nur noch um die Höhe der Entschädigungen. Dass Allende dabei anders rechnet, als die Amerikaner, macht er in öffentlichen Reden klar:

«Die Anaconda erzielte 1969 einen Gewinn von 99 Millionen Dollar. 79 Millionen davon, also rund 80 Prozent, kamen aus Chile, obwohl der Konzern hier nur 16 Prozent seines Kapitals investiert hat. Mit 16 Prozent Investition also 80 Prozent Gewinn – Caramba, welch ein Geschäft!»

ERZÄHLER*IN 1:

Der KÖLNER STADT-ANZEIGER bemerkt:

KÖLNER
STADT-ANZEIGER:

«Die US-Amerikaner haben in Chile über eine Milliarde Dollar investiert, aber ein Vielfaches an Gewinnen herausgeholt. Nach einigen chilenischen Berechnungen betrug die Anfangsinvestition der Nordamerikaner in den Kupferminen vor einem halben Jahrhundert dreieinhalb Millionen Dollar, sie machten jedoch im Laufe der Jahre Gewinne von fünf Milliarden Dollar.»

ERZÄHLER*IN 1:

Die BUSINESS WEEK:

BUSINESS WEEK: «Ungewöhnlich gelassen reagierten dagegen die von der Verstaatlichung bedrohten Monopolindustrien, die sich fast ausnahmslos in amerikanischem Besitz befinden. Die US-Wirtschaftszeitung «Business Week» enthüllte den Grund: Alle Gesellschaften mit großen Objekten haben ihre wichtigsten Investitionen durch Versicherungsverträge bei der «Agentur für Internationale Entwicklung» (AID) gedeckt – im Wert von rund 300 Millionen Dollar.»

ERZÄHLER*IN 1: Und DER SPIEGEL berichtet:

DER SPIEGEL: «Die AID wurde nach den Kuba-Enteignungen gegründet, für AID-Zahlungen bürgt der amerikanische Staat. «Business Week» nannte bereits künftige Prämienempfänger: den Kupferriesen Anaconda und die chilenischen Zweigfirmen von Kennecott, Cerro, ITT, Dow, Ford, Xerox, Firestone und Bethlehem Steel.»

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Wir haben die Agrarreform beschleunigt, indem wir einen bedeutenden Teil der für dieses Jahr vorgesehenen Aufgabe durchführten: die Enteignung von tausend Latifundien.

Diese wird im Einklang mit der gültigen Gesetzgebung und unter Wahrung der Interessen der kleinen und mittleren Landwirte vollzogen. Wir wollen eine neue kraftvollere, in ihrer Organisation gefestigtere und wesentlich produktivere Landwirtschaft.

Wir wollen, dass Chile in der Lage ist, seine Bedürfnisse an Lebensmitteln zu befriedigen. Wir wollen, dass die Menschen, die vom Boden leben, die Früchte ihrer Arbeit auf gerechte Weise zugeteilt bekommen.

ERZÄHLER*IN 1: Ein Statement aus dem Interview Salvador Allendes mit dem französischen Journalisten Régis Debray, erschienen in DER SPIEGEL.

DER SPIEGEL: «Noch etwas zu den bürgerlichen Gesetzen: Die Bourgeoisie erließ zum Beispiel ein Gesetz, das Landnahmen lediglich als ein Vergehen einstuft und sie deshalb nur leicht bestraft. Der Versuch, besetztes Land zurückzufordern, wurde hingegen vom Gesetz sehr hart geahndet.

Warum war das so? Weil die Großgrundbesitzer den Eingeborenen ihr Land wegnahmen: Wenn die Eingeborenen es sich zurückholen wollten, bekamen sie die ganze Schwere des Gesetzes zu spüren.

Die bürgerlichen Gesetzgeber dachten natürlich nicht daran, dass eines Tages das Volk diese Gesetze anwenden würde; sie haben wohl auch nicht im Ernst erwartet, dass das Volk überhaupt ihre eigenen Gesetze auf sie anwenden würde.

Ja, und im Augenblick sind es nun die Eingeborenen, die Land besetzen und die enteigneten Großgrundbesitzer, die es sich gewaltsam zurückholen wollen – und nun werden die Großgrundbesitzer mit dem von ihnen selbst geschaffenen Gesetz bestraft.»

ERZÄHLER*IN 1: Enteignungen, Landreform – das beschäftigt auch den Deutschen Bundestag. 6. Wahlperiode, 98. Sitzung, Bonn. Freitag, den 5. Februar 1971. Frage des Abgeordneten Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU):

ABGEORDNETER: Trifft es zu, dass deutsches Eigentum in Chile enteignet wurde oder enteignet werden soll, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das deutsche Eigentum zu schützen, das oft in der Form «privater Entwicklungshilfe» begründet worden ist?

ERZÄHLER*IN 1: Es antwortet der Parlamentarische Staatssekretär Moersch (FDP):

PARLAMENTARISCHER STAATSSEKRETÄR: Die neue chilenische Regierung beabsichtigt, die bereits von der christdemokratischen Vorgängerin initiierte Agrarreform zu intensivieren. Dabei soll nach ihren bisherigen Äußerungen Grundbesitz über ca. 100 Hektar enteignet werden. Von diesen Sozialisierungsmaßnahmen werden chilenische und ausländische Staatsangehörige unseres Wissens in gleicher Weise betroffen. Das Ausmaß, in dem deutsche Staatsangehörige davon evtl. betroffen werden können, ist bis jetzt nicht genau bekannt.

Was das deutsche Eigentum auf dem Gebiet der Industrie und des Handels betrifft, so ist nach dem jetzigen Stand der Dinge damit zu rechnen, dass deutsche Staatsangehörige oder Firmen von den Sozialisierungsmaßnahmen nicht in großem Maße betroffen werden können, da sie der Größenordnung nach nicht zu den infrage kommenden Objekten gehören. Sollte dies in Einzelfällen dennoch vorkommen, so wird die Bundesregierung prüfen, wie den betroffenen deutschen Staatsangehörigen geholfen werden kann.

Allerdings wird gegen eine solche Maßnahme kaum mit Erfolg vorgegangen werden können, wenn sie aufgrund eines Gesetzes erfolgt, das eine angemessene und effektive Entschädigung vorsieht und sich nicht in diskriminierender Weise allein gegen Deutsche richtet.

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE: Ein entscheidender Schritt war auch die Verstaatlichung des Bankwesens. Unter absoluter Wahrung der Rechte des kleinen Aktionärs haben wir neun Banken verstaatlicht und sind im Begriff, die Mehrheitskontrolle über die anderen zu erlangen. Aufgrund unserer Informationen hoffen wir auf ein vernünftiges Übereinkommen mit den ausländischen Banken.

Auf diese Weise streben wir nach der Leitung des Finanzapparates und einer umfassenderen Sozialisierung in den Produktionszweigen, die Sachgüter herstellen. Wir wollen das neue Bankensystem in den Dienst des sozialisierten Besitzkreises und der kleinen und mittleren Industriellen, Kaufleute und Landwirte stellen, die bisher diskriminiert waren.

Wir haben eine Politik betrieben, deren Hauptziel es war, die Vergrößerung des Angebots von Sachgütern und Dienstleistungen für den Verbrauch zu erhöhen und diesen Zuwachs den weniger begünstigten Schichten zuzuführen.

Wir führen einen harten Kampf zur Unterdrückung der Inflation, der die Achse unserer Politik der Umverteilung darstellt. Das Ansteigen der Preise zu verhindern bedeutet, für das Volk die ihm verschaffte größere Verbrauchskraft zu bewahren.

Parallel dazu haben wir eine Sozialpolitik geführt, die dazu bestimmt ist, die Ernährung unserer Kinder zu verbessern, eine unbehinderte ärztliche Be-

treuung einzuführen, unsere Erziehungsanstalten wesentlich zu erweitern, ein unerlässliches Wohnungsbauprogramm zu starten und als dringende nationale Notwendigkeit eine stärkere Einschränkung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Wir handeln, ohne Unordnung oder Ungerechtigkeiten hervorzurufen, und sorgen immer dafür, dass die Soziallasten so niedrig wie möglich sind.

Die Kaufkraft der Chilenen ist heute größer, er verbraucht mehr, und er spürt, dass die Früchte der gemeinsamen Anstrengung besser verteilt werden. Gleichzeitig hat er das Recht, sich als Eigentümer seiner Minen, seiner Banken, seiner Industrien, seines Bodens und seiner Zukunft zu fühlen.

ERZÄHLER*IN 1: Und DER SPIEGEL schreibt:

DER SPIEGEL:

«Seit Anfang des Jahres
– erhalten alle Kinder unter fünfzehn Jahren sowie alle werdenden und stillenden Mütter täglich einen halben Liter Milch;
– verteilen Regierungshelfer in den Volksschulen der Armenviertel kostenlos Schuhe und Overalls;
– dürfen chilenische Bäcker nicht mehr billige und teure Brotsorten backen, sondern nur noch gutes Einheitsbrot für etwa 75 Pfennig das Kilo.

Elektrizität und öffentliche Verkehrsmittel wurden billiger; erholungsbedürftige, aber mittellose Großstädter durften erstmals gratis in Sonderzügen ans Meer reisen. (...)

Der chilenische Senat hatte einer Enteignung der US-Kupfergesellschaften fast einmütig zugestimmt und den entsprechenden Gesetzentwurf zügig an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet.»

ERZÄHLER*IN 1: Allende, Rede vor dem Kongress, 21. Mai 1971:

ALLENDE:

Wir sind von den vorausgegangenen Regierungen grundsätzlich verschieden: Diese Regierung wird dem Volk immer die Wahrheit sagen. Ich halte es für meine Pflicht, ehrlich zuzugeben, dass wir Irrtümer begangen haben.

Es ist uns nicht gelungen, die zahlreichen Institutionen des staatlichen Verwaltungsbetriebes angemessen zu koordinieren. Millionen von Chilenen sind täglich Opfer des bürokratischen Papierkrieges, der Schwerfälligkeit der Behörden.

Jede Dienstsache erfordert unzählige amtliche Schritte, Papiere, Unterschriften und Stempel. Wie viele Stunden verliert jeder Chilene in seinem Kampf gegen den Bürokratismus! Wieviel Schaffenskraft geht verloren, wie viele unnötige Aufregungen werden durchgestanden!

Der Aufbau des Sozialismus ist keine leichte und keine kurzfristige Aufgabe. Es ist ein langwieriges und mühsames Werk, an der die werktätige Klasse diszipliniert, mit politischem Verantwortungsgefühl teilnehmen muss, um anarchische Entscheidungen und ziellose Eigenwilligkeit zu vermeiden.

Wir geben nicht vor, die Formel entdeckt zu haben, dank derer der wirtschaftliche Fortschritt und ein gerechteres Sozialsystem ohne jede Kosten eingeführt werden können. Wir bieten nicht den Aufbau einer sozialisierten

Wirtschaft von heute auf morgen an, in der die Einkünfte gerecht verteilt sind, in der Währungsstabilität, Vollbeschäftigung und hohes Produktivitätsniveau herrschen. Aber wir bieten den Aufbau dieser Gesellschaft mit den geringsten sozialen Lasten an, die man sich in unserer Lage vorstellen kann.

Der Sozialismus ist keine kostenlose Gabe, welche die Völker zufällig auf ihrem Weg finden. Auch die Befreiung, die er nach sich zieht, ist es nicht. Ihn zu erreichen bedeutet, die Grundlagen einer humaneren, reicherer und gerechteren Gesellschaft für die Zukunft zu schaffen.

Um dieses Ziel kämpft das Volk mit einer Rechtmäßigkeit, die auf der Achtung vor den demokratischen Werten beruht, mit der Sicherheit, die ein Programm verleiht, mit der Stärke, die der Mehrheit innewohnt, und mit der Leidenschaft des Revolutionärs.

Venceremos!

ERZÄHLER*IN 1:

Und die FRANKFURTER RUNDSCHAU berichtet:

FRANKFURTER
RUNDSCHAU:

«Wer in diesen Tagen nach Santiago kommt, wird überall mit sozialistischem Jubeltanz konfrontiert. Auf Partys, im Restaurant, beim Fünfuhrtee und sogar im Schwimmbad ist Thema Nummer eins die neue Politik. Ein junger Tourist klagte halb lachend und halb ärgerlich: «Selbst die hübschen Mädchen von Santiago sprechen nur von Politik.» (...)

Und in den Büros von Kanal 13, der Fernsehstation der Katholischen Universität, finden Reporter, Redakteure und Techniker auch in den hektischen Abendstunden Zeit, um Besuchern das Glück des linken Sieges zu erklären.

Viele Studenten aber sind trotz der Semesterpause des Sommers nicht in Ferien gegangen. Sie arbeiten weiter – in Fabriken, auf dem Land, in politischen Zirkeln, um die sozialistische Botschaft auch in jede Ecke Chiles zu tragen.

Santiago swingt im Sozialismus.»

STEFAN HEYM – «EINER, DER NIE SCHWIEG»

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN UND FRANZ SODANN

HOMMAGE

Rollen:

Erzähler*in 1
Erzähler*in 2
Stefan Heym
(3 Personen)
Interviewer*in
(3 Personen)

Uraufführung:

9. Dezember 2012
Marmorsaal des Palais
am Festungsgraben
Berlin

Regie:

Franz Sodann

Mitwirkende:

Jakob Augstein
Daniela Dahn
Christoph Hein
Andrea Hanna Hünninger
Luc Jochimsen
Thomas Nord
Friedrich Schorlemmer
Franz Sodann

ERZÄHLER*IN 1:

Aus Michael Martens, Biografisches über Stefan Heym:

Stefan Heym wurde auf dem Prager Hauptpostamt geboren, und zwar in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1933 gegen 2 Uhr, so schreibt er in seiner Autobiografie «Nachruf». Da hat der junge Chemnitzer Schriftsteller Helmut Flieg nach seiner Flucht aus Deutschland in der Schaltherhalle eine Karte an seine Eltern in Chemnitz geschrieben – des Inhalts, dass er gut angekommen sei, sich den Umständen entsprechend wohl befinde, aber dringend Nachricht erwarte, Antwort poste restante an Stefan Heym, Prag. Einen Helmut Flieg durfte es nicht mehr geben, weil das die Empfänger des Briefes gefährdet hätte.

Helmut Flieg nämlich, geboren 20 Jahre vor Stefan Heym, am 10. April 1913 in Chemnitz, hatte als Gymnasiast in einer Lokalzeitung ein Gedicht veröffentlicht, das die einen als «antimilitaristisch», die anderen als «vaterlandsverräterisch» ansahen. Aus dem Gedicht wurde ein lokaler Skandal. Heym musste seine Schule, seine Stadt und schließlich, als «die anderen» an die Macht kamen, auch sein Land verlassen.

ERZÄHLER*IN 2:

Dieses Gedicht, «Exportgeschäft» des Oberprimaners Helmut Flieg erschien in der VOLKSSTIMME, Chemnitz, am 7. September 1931:

HEYM 1:

Wir exportieren!
Wir exportieren!
Wir machen Export in Offizieren!
Wir machen Export!
Wir machen Export!
Das Kriegsspiel ist ein gesunder Sport!

Die Herren exportieren deutsches Wesen
zu den Chinesen!
Zu den Chinesen!
Gasinstruktoren,
Flammengranaten,
auf arme, kleine gelbe Soldaten –
denn davon wird die Welt genesen.
Hoffentlich
lohnt es sich!

China ist ein schöner Machtbereich.
Da können sie schnorren und schreien.
Ein neuer Krieg –
sie kommen sogleich,
mit Taktik und Reglement und Plänen
Generale, Majore!
Als ob sie Hyänen der Leichenfelder seien.

Sie haben uns einen Krieg verloren.
Satt haben sie ihn noch nicht –
wie sie am Frieden der Völker bohren!
Aus Deutschland kommt das Licht!
Patrioten!
Zollfrei Fabrikanten von Toten!

Wir lehren Mord! Wir speien Mord!
Wir haben in Mördern großen Export!
Ja!
Es freut sich das Kind, es freut sich die Frau.
Von Gas werden die Gesichter blau.
Die Instruktionsoffiziere sind da.

Was tun wir denn Böses?
Wir vertreten doch nur die deutsche Kultur.

ERZÄHLER*IN 1: In Prag fand der aus der Not neu Geborene schnell Freunde und Förderer. Heym schrieb Reportagen und Feuilletons für deutsche Zeitungen und tat das, was man «sich durchschlagen» nennt. Zwei Jahre später ging er mit einem Stipendium in die Vereinigten Staaten und setzte an der University of Chicago sein in Berlin unterbrochenes Studium der Germanistik und Journalistik fort. Später, von 1937 bis 1939, war er Chefredakteur der New Yorker Wochenzeitung DEUTSCHES VOLKSECHO:

ERZÄHLER*IN 2: 20. Februar 1937, DEUTSCHES VOLKSECHO –
Das Deutsche Volksecho stellt sich vor:

Zweierlei Aufgaben hat eine Zeitung zu erfüllen: Nachrichten zu bringen und Meinungen zu bilden. Aber man sehe sich an, was heute aus der Rotationsmaschine kommt!

Der Zweck der Presse hat sich in sein Gegenteil verkehrt: Nachrichten werden gefälscht, Meinungen unterdrückt.

Und das nicht nur in faschistischen Staaten, wo die Praxis des organisierten Volksbetrugs eine Selbstverständlichkeit ist, sondern auch in den Ländern, wo das Volk durch seinen Widerstand ein Restchen Freiheit für sich gerettet hat. ...

Diese Zeitung wird die Wahrheit sagen. Die Wahrheit über Deutschland, die Wahrheit über Amerika, die Wahrheit über die Welt.

Die Wahrheit zu sagen aber bedeutet Kampf. Nicht nur weil die am Volksbetrug Interessierten die Wahrheit als ihren schrecklichsten Feind bekämpfen – sondern weil die Erkenntnis der Wahrheit an sich in jedem anständigen, fühlenden, denkenden Menschen den Willen zu Verbesserungen und Veränderung wachruft.

ERZÄHLER*IN 1: Im Jahr 1942 erschien dann «Hostages» (1958 unter dem Titel «Der Fall Glasenapp» erstmals in deutscher Sprache in Leipzig erschienen), sein erster Roman. Die TIMES lobte ihn als den besten des Jahres, die wichtigen Tageszeitungen des Landes urteilten ähnlich, «Hostages» wurde in Amerika zum Bestseller und zum erfolgreichsten deutschen Exilroman überhaupt, verfilmt von Hollywood und als Tornisterausgabe in einer Riesenaufgabe für GIs gedruckt. Als Sergeant für psychologische Kriegsführung nahm der nunmehr bekannte Autor an der Invasion in der Normandie teil.

ERZÄHLER*IN 2: Aus einem Interview mit Hans Willnauer im SÜDKURIER, Februar 1985.

INTERVIEWER*IN 2: Herr Heym: Als der Krieg am 8. Mai 1945 zu Ende ging, waren Sie amerikanischer Offizier. Welche Empfindungen hatten Sie damals?

- HEYM 2: ... Was ich zunächst einmal empfand, ist eine ungeheure Erleichterung. Jetzt war's vorbei. Es war nicht nur dieser Krieg, der vorbei war, sondern für mich eine Zeit, die 1933 begonnen hatte, vielleicht auch schon vorher, und die jetzt, wie ich hoffte, endgültig vorbei war. Von jetzt an, dachte ich, wird es keinen Faschismus mehr geben, keine Gewalttätigkeit, keine Diktatur derart, wie es die Hitlerdiktatur gewesen war. Meine Hoffnungen bezogen sich auch auf Deutschland, auf das deutsche Volk.
- ERZÄHLER*IN 2: Aus einem Gespräch mit Michael Geyer, November 1988, Radio Bremen:
- INTERVIEWER*IN 3: Ihre Eltern, Herr Heym, haben Ihnen geraten: untertauchen, nicht auffallen, Tarnkappe auf, Zurückhaltung üben: Haben Sie auf diesen Rat gehört?
- HEYM 3: Ich habe nicht darauf gehört – einmal aus Opposition und zum andern, weil mir schien, dass man gewisse Dinge doch nicht schweigend hinnehmen kann. Ich glaube, ein Teil der Gründe für die Vernichtung so vieler Menschen in Deutschland war eben, dass man zu viel und zu lange geschwiegen hat. Das ist auch heute noch so. Man muss reden, wenn man etwas erkennt, was falsch und schlecht ist.
- INTERVIEWER*IN 3: Würden Sie es für legitim halten, wenn Leute geschwiegen haben, weil sie – um Sie zu zitieren – ohne Angst leben wollten?
- HEYM 3: Ich habe großes Verständnis für solche Menschen. Ich erinnere mich an Verhöre von deutschen Kriegsgefangenen, die versucht haben, mir zu erklären, warum sie nichts taten, warum sie alles akzeptierten und so dazu beitrugen, dass das deutsche Volk in das große Unglück hineingeriet.
- INTERVIEWER*IN 3: Ja, und dann kehrten Sie in amerikanischer Uniform zu uns zurück, unter anderem nach Bad Nauheim, auf den Kurrasen.
- HEYM 3: Das war irgendwie gespenstisch. Ich weiß nicht, wie viele von unseren Zuschauern Bad Nauheim kennen. Da ist der Kurpark, und da ist der große Rasen, jetzt wieder sehr gepflegt; damals, 1945, war er nicht so gut gepflegt. Aber es war ein Schild da: Betreten verboten. Und da waren zwei Bübchen, die spielten auf dem Rasen. Und es kam ein Mann daher – Sie müssen sich das vorstellen, gerade ist der Krieg aus, gerade ist die Wehrmacht geschlagen, und da kommt einer in einer grünen Uniform, so richtig prächtig, ich weiß nicht, was er war, ob Oberforstrat oder Polizeiobermeister oder irgendwas in der Art – und will die kleinen Kerlchen da verjagen. Ich kam vorbei, ich wollte eigentlich auf die andere Seite vom Kurpark, wo ich zu arbeiten hatte, ich war in amerikanischer Uniform, und ich sagte ihm: «Was ist das? Warum wollen Sie die Kinder vertreiben? Warum sollen sie dort nicht spielen?» Er wies auf das Schild auf dem Rasen: Betreten verboten. Da sagte ich ihm dann: «Das gilt alles nicht mehr von jetzt an, all die Verbote, all diese Gesetze, weg damit, sie gelten nicht mehr. Lassen Sie diese Jungen da spielen.» Der Mann war völlig von den Socken. Das hatte er nicht erwartet, und das konnte er sich nicht vorstellen, dass seine Welt durch die Niederlage der Nazis zugrunde gegangen war. Das wollte er nicht anerkennen – es gibt Leute, die das heute noch nicht anerkennen möchten. Ich hatte eigentlich erwartet, dass die Bübchen nun

- wirklich auf den Rasen laufen würden, aber nein, sie gehorchten dem Mann in der grünen Uniform und verschwanden.
Ich weiß nicht, ob man das als Symbol betrachten kann für das heutige Deutschland – zu beiden Seiten der inneren Grenze –, aber sehr häufig scheint es mir so zu sein.
- INTERVIEWER*IN 3: Aber Sie haben es ja doch geschafft, den Oberforstmeister, oder wer er war, in seine Schranken zu weisen.
- HEYM 3: Nun ja, aber das Ganze war schon ekelhaft, verstehen Sie: Man wollte etwas Neues, Besseres schaffen, und das Alte kam an allen Ecken und Enden immer wieder hoch. ...
- INTERVIEWER*IN 3: Danke.
- ERZÄHLER*IN 1: März 1964, aus ATLANTIC MONTHLY, Boston: «Warum ich bin, wo ich bin»
- INTERVIEWER*IN 1: Sie verließen die USA. Schildern Sie uns bitte, wann und warum es dazu kam.
- HEYM 1: Anfang der fünfziger Jahre verließ ich die USA. Senator McCarthy stand auf dem Höhepunkt seiner Macht, die schwarze Liste wurde in der Film-, Radio- und Verlagsindustrie tagtäglich angewandt. Meine Stellung als Eingebürgerter macht mich für politische Verfolgung besonders verwundbar; meinem Exodus war der von Thomas Mann, Charles Chaplin und Bertolt Brecht vorgegangen.
Ich hätte mir vielleicht mit Kompromissen helfen können. Niemand zwang mich, Bücher zu schreiben, die immer irgendwie die neuralgischen Punkte der herrschenden Ordnung berührten. ...
- Doch das waren die Konflikte, die mich interessierten und wenn ich dabei ehrlich verfuhr, dann war ich wieder beim Klassenkampf, der für Verleger und Kritiker Gift war – zumindest in den Vereinigten Staaten der fünfziger Jahre.
In meiner Arbeit konnte ich, in meiner politischen Haltung wollte ich keine Kompromisse machen. Also ging in fort.
- INTERVIEWER*IN 1: Am 17. April 1953 schrieben Sie einen Brief an Dwight D. Eisenhower.
- HEYM 1: Richtig. Ich schrieb:
- To the President of the United States
Dwight D. Eisenhower
The White House Washington D.C.
- Sir,
hiermit gebe ich mein Patent als Offizier im Reservekorps der US-Armee zurück.
Ich diene ehrenvoll in dieser Armee, als sie für Demokratie kämpfte. Ich kann nicht in einer Armee dienen, die an einem solchen Krieg teilnimmt, wie ihn jetzt die Vereinigten Staaten in Korea führen, oder an Kriegen, die Ihre Regierung, wie sie selbst erklärt hat, plant. Ich kann nicht in einer Armee dienen, die infizierte Fliegen und Spinnen verwendet. Ich kann nicht in einer Armee dienen, die Schulter an Schulter mit Nazikriegsverbrechern marschiert.

Mein Patent liegt dem Brief bei. Ich lege außerdem meinen Bronze-Star-Orden bei, der mir als Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges für über soldatische Pflichterfüllung hinausgehende Leistungen in der Ardennenschlacht verliehen wurde. Ich kann nicht einen Orden behalten, der in einem brutalen und ungerechten Krieg gegen das koreanische Volk entehrt wurde.

Stefan Heym

INTERVIEWER*IN 1: Sie kehrten zurück nach Deutschland. Warum siedelten Sie sich im Osten des Landes an?

HEYM 1: Ich bin in jenem Teil Deutschlands geboren, der heute die DDR bildet. Und obwohl ich kein organisierter Kommunist war und auch keiner Partei angehöre, lagen meine politischen Sympathien eher dort als in Westdeutschland. Als amerikanischer Offizier und Redakteur in der amerikanischen Besatzungszone war ich Zeuge der Anfänge des westdeutschen Regimes gewesen und wusste, was hinter der Fassade steckte. Als ich mich in der DDR niederließ, war ich mir bewusst, dass ich nicht in ein Land gekommen war, wo Milch und Honig flossen. Aber eines, was die amerikanische Armee nicht einmal versucht hatte, war in Ostdeutschland von den Sowjettruppen und von deutschen Sozialisten und Kommunisten, die in einzelne Verwaltungsstellen gekommen waren, erreicht worden: Die Macht war den für den Nazismus und den Krieg Verantwortlichen entrissen worden. Der Großgrundbesitz war enteignet und unter den Kleinbauern und Landarbeitern aufgeteilt; die Banken, die Bergwerke, die Großbetriebe gehörten den Kapitalisten nicht länger. Das war neu. Das war noch nie dagewesen in Deutschland. ...

Der Schriftsteller selbst befand sich in einer neuen Lage. Er war dabei, zu einer gesellschaftlichen Kraft zu werden, sein Wort ein Faktor im öffentlichen Leben, sein Werk eine Waffe im Kampf.

ERZÄHLER*IN 1: Aus dem Roman «5 Tage im Juni»:

Montag, 15. Juni 1953, 11.00 Uhr
saß der Arbeiter Kallmann bei seiner zweiten Flasche Brause in der Kantine von VEB Merkur und kaute an den Stullen, die seine Frau Dora ihm mitgegeben hatte.
Am gleichen Tisch, der sich etwa sechs Meter in schräger Linie vom Eingang des Speisesaals und dem dort angebrachten Schwarzen Brett befand, saßen der Arbeiter Bartel, der alte Schreyer sowie mehrere Kallmann nicht oder nur flüchtig bekannte Kollegen. Das Gespräch am Tisch war schleppend; man redete von einem misslungenen Werkstück, und der alte Schreyer gab umständlich seine Meinung dazu kund; doch war es klar, dass die Gedanken aller Beteiligten nicht bei diesem Thema waren, sondern bei dem Anschlag am Schwarzen Brett.
Kallmann hatte den Anschlag beim Betreten des Saales gelesen, und zwar zu wiederholten Malen. Der Text lautete:

Normenschinderei!

Kollegen! Arbeiter vom VEB Merkur! Zehn Prozent Normerhöhung sind zehn Prozent Lohnsenkung! Zehn Prozent Normerhöhung sind zehn Prozent mehr, die aus euren Knochen herausgeschunden werden!

Erinnert ihr euch an die Versprechen von Partei und Regierung? – Höhere Löhne, niedrigere Preise! Und was erhaltet ihr? – Niedrigere Löhne, höhere

Preise! Das ist kein Sozialismus, das ist Blutsaugerei! Aber ihr könnt euch zur Wehr setzen! Geeint seid ihr stark!
Aktionsausschuss der Sozialisten

ERZÄHLER*IN 2:

Genosse Banggartz ging auf das Brett zu, betrachtete das Papier, die Schrift, die sauberen Buchstaben: Das war mit Liebe geschrieben. Drohend fragte er: «Wer hat das hier angeschlagen?», und dachte, falsch, dieser Ton schon zu Anfang, gleich wittern die was von Polizei und Bestrafung; und lachte, zu laut vielleicht, und rief aus: «Aktionsausschuss der Sozialisten, saubere Sozialisten, verleumden die sozialistischen Maßnahmen von Partei und Regierung!» Niemand antwortete. ...

«Kollegen, hier habt ihr ein Beispiel, wie der Klassenfeind durch seine Agenten, die er einschleust in unsere Mitte, die historischen Beschlüsse der zweiten Parteikonferenz für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und eines besseren Lebens für die ganze Bevölkerung zu sabotieren sucht. Sabotieren, jawohl. Der Feind ist verzweifelt, weil er erkennt, dass die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die das Joch der Imperialisten und Monopolisten ein für allemal abgeworfen haben, mit gefestigtem Bewusstsein vorwärtsschreiten und ständig mehr und besser arbeiten, so dass –»

«Normen», sagte jemand, sehr ruhig. «Sprich von den Normen.»

«Dazu komme ich schon!», rief Banggartz und dachte, was ist los, dass ich so viel Zeit brauche und so viel lange Sätze, früher sind mir die richtigen Worte doch eingefallen, bei jeder Auseinandersetzung, verständliche Worte, beweiskräftig, überzeugend; jetzt war alles so kompliziert geworden, gestern hü und heute hott, und wie leicht lag man schief, am besten war ein fester Text, ein Rednerpult, das einen schützte. Ja, Witte.

Witte, dachte er, hätte diesen Haufen gemeistert, Witte sagte Dinge, die nicht vorher in den Anweisungen gestanden hatten; aber gerade darin lag die Wurzel der Disziplinlosigkeit, und es ist Wittes Saat, dachte er, die da aufgeht vor meinen Augen.

«So sprich von den Normen!» Das war Wiesener, herausfordernd. «Erzähl uns mal, wieso zehn Prozent weniger Lohn das Leben verschönern und dem Sozialismus auf die Beine helfen!» Banggartz suchte seine Gedanken zu sammeln. «Bekanntlich ist es so», sagte er, «dass wer mehr essen will, auch mehr produzieren muss, und wer –»

«Aber je mehr wir produzieren, desto höher setzt ihr die Norm, und desto weniger kriegen wir», sagte Wiesener. «Wie sollen wir da mehr essen?»

«Bist doch Arbeiter!» sagte Teterow, um Banggartz zu stützen. «Wenn du die Republik stärkst, stärkst du dich selber.»

Darauf Schweigen. Welche Kälte, dachte Banggartz, welche Ablehnung.

«Jawohl!» rief er, «der Genosse Teterow hat es richtig gesagt, unsere Republik, dafür geben wir nicht nur ein paar Prozent Norm, dafür geben wir –»

«Immer wir!» Wieder Wiesener. «Wir haben immer opfern müssen, wir Arbeiter, unser ganzes Leben lang. Auf unserm Rücken haben sie alle gelebt. Aber jetzt, in unserer Republik, wie du sagst, da wollen wir's ein bisschen besser haben. Wir auch. Nicht nur die oben.»

ERZÄHLER*IN 1:

Dienstag, 16. Juni 1953, 12.30 Uhr

näherte sich Witte, von der Leipziger Straße her kommend, dem Haus der Ministerien. ...

Vor dem Haupteingang war es schwarz von Menschen, auf der Kreuzung Leipziger und Wilhelmstraße war ein einziges Gedränge; aus den Hunderten,

die über den Alexanderplatz marschiert kamen, waren Tausende geworden. Witte erkannte das Transparent wieder, das er dort gesehen hatte; weitere waren hinzugekommen mit neuen, politischen Losungen; auch hatte die Zusammensetzung der Menge sich verändert:

Die Bauarbeiter waren jetzt in der Minderheit, andere Arbeiter hatten sich ihnen zugesellt, vor allem aber war die Zahl der Mitläufer gewachsen, darunter viele sichtlich West-Berliner Herkunft. ...

Er kam nicht weiter, wusste auch nicht, ob er überhaupt noch Einlass finden würde im Haus der Ministerien. Die Fenster entlang der Vorderfront jedenfalls waren trotz der Mittagshitze fest geschlossen; hinter dem Glas ließen sich, schattenhaft, Gesichter eher vermuten als erkennen. Vielleicht, dachte Witte, waren es auch nur Reflexe. Vielleicht saßen die Staatsangestellten da oben an ihren Schreibtischen, unberührt von dem Lärm auf Straße und Vorplatz, stempelten ihre Papiere, stapelten, schichteten sie, schoben sie weiter. Das Bild hatte etwas Grandioses an sich: Macht, zum Apparat geworden, der rattert und läuft und sich dreht, was auch geschehen mag; das lässt sich nicht erschüttern, das hat Bestand.

Doch war es, als erzeugte der stumme Bau gerade durch seine ungeheure Gleichgültigkeit eine ständig steigende Erregung. Die Sprechchöre gewannen an Mitrufern; die Arbeiter begannen sich zu beteiligen; die Rufe, abprallend an der gesichtslosen Mauer, schufen immer neues Echo.

«Nieder mit den Normen!»

«... den Preisen!»

«... den Sektorengrenzen!»

«Wir fordern Wahlen!»

«... freie Wahlen!»

«... ein einiges Deutschland!»

Da war sie schon, dachte Witte, die Eskalation von den Normen in die Politik, die Aufforderung an die erste deutsche Arbeiterregierung, aus Arbeitermund, sich gefälligst aufzuhängen.

Eine Stimme, schneidend:

«Ab mit Bart und Brille!

Das ist des Volkes Wille!»

Das Tabu war berührt worden, die Ikonen entheiligt; wenn jetzt der Blitz nicht herniederfuhr und den Lästere traf, waren die Götter entgottet. Aber die Sekunden tickten vorbei, nichts geschah, das Warten würde nicht mehr lange dauern ...

ERZÄHLER*IN 2: Am 25. Juli 1977 führte Professor Wilhelm Schwarz von der Laval-Universität Kanada ein Gespräch mit Stefan Heym. Am Abend des Tages wurde die Tonbandaufnahme von Zollbeamten der DDR am Checkpoint Charlie beschlagnahmt.

INTERVIEWER*IN 2: Herr Heym, Sie haben Ihren Roman «5 Tage im Juni» durchaus in der Perspektive eines guten Kommunisten geschrieben. Wie erklären Sie die paradoxe Tatsache, dass Ihr Buch im Westen erscheinen durfte, aber nicht in der DDR?

HEYM 2: Ich glaube, dass das Interesse an den Ereignissen des 17. Juni und meiner Interpretation dieser Ereignisse im Westen größer war als die Hemmungen, die dort vielleicht dadurch entstehen konnten, dass mein Buch eine sehr klare prosozialistische Position bezog. Zu der Nichtveröffentlichung hier könnte ich nur Vermutungen äußern, denn ich bin nicht der Zensor. Ich habe neulich mit einem hiesigen Verleger gesprochen, der mir ganz

offen sagte, dass in dem Buch einige Dinge behandelt werden, zu denen es noch keine offiziellen Stellungnahmen der entsprechenden Regierungsstellen gibt. ...

Als Romanautor kann ich mich nicht danach richten, ob zu einem Thema offizielle Verlautbarungen vorliegen oder nicht. Aber hier scheint mir einer der wirklichen Gründe für die Nichtveröffentlichung des Buches in der DDR zu liegen. ...

INTERVIEWER*IN 2: Für manche Schriftsteller in der DDR bedeutet das Leserpotenzial der Bundesrepublik das persönliche Überleben als Schriftsteller. Ist die Existenz eines kapitalistischen deutschen Teilstaates, so ärgerlich sie für einen Marxisten auch sein mag, für viele Schriftsteller der DDR unter den gegebenen Umständen nicht doch tröstlich?

HEYM 2: Wir sollten das Problem nicht nur vom Standpunkt des Schriftstellers betrachten. Der Effekt, den die Existenz eines zweiten deutschen Staates auf den jeweils anderen deutschen Staat immer hat, wirkt sich nicht nur für Schriftsteller aus, sondern auf das gesamte Leben. Die Existenz der DDR wirkt sich aus auf Denk- und Verhaltensweisen in der Bundesrepublik, umgekehrt wirkt die Existenz der Bundesrepublik auch auf Denken und Verhalten in der DDR. Wie erklären Sie sich sonst, dass die beiden Deutschlands innerhalb ihres jeweiligen ökonomischen Systems die am besten funktionierende Wirtschaft haben mit dem höchsten Lebensstandard? Das erklärt sich nur durch die Konkurrenz. ... Ich glaube überhaupt, dass die Teilung der Welt in zwei Lager mit verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen den allgemeinen Fortschritt fördert. Ich beobachte das schon eine ganze Zeit, zum Teil mit großem Vergnügen.

INTERVIEWER*IN 2: Mir ist diese Meinung noch nicht begegnet.

HEYM 2: Na, sehen Sie, haben Sie mal was Neues gehört.

ERZÄHLER*IN 2: Ab Sommer 1953 schreibt Stefan Heym in der BERLINER ZEITUNG die Kolumne «Offen gesagt», in der er sich vor allem mit Zeit- und Alltagsfragen des Sozialismus auseinandersetzt.

18. November 1956, BERLINER ZEITUNG:

ERZÄHLER*IN 1: ... Und ich bin da auf eine kleine Geschichte gestoßen, die mir Karl Kleinschmidt berichtete, als er kürzlich aus Westdeutschland zurückkam. Er hatte dort mit einem Arbeiter über das zweigeteilte Deutschland gesprochen und der Arbeiter sagte: «Ich? Natürlich bin ich für die DDR!» Kleinschmidt, angenehm berührt, aber wohl auch etwas überrascht durch die plötzliche Freundschaftserklärung, erkundigte sich: «Tja – aber würden Sie denn in die DDR übersiedeln wollen?» «Nein», sagte der Arbeiter, «wozu?» «Wie haben Sie das dann aber gemeint», fragte Kleinschmidt, «als Sie sagten, Sie seien für die DDR?» Der Arbeiter lächelte: «Glauben Sie denn, die Unternehmer hier in Westdeutschland würden uns auch nur die Hälfte von dem zahlen, was wir kriegen, wenn es die DDR nicht gäbe?» Dieser westdeutsche Arbeiter hatte erkannt und zum Ausdruck gebracht, dass unsere kleine Republik, ein Drittel Deutschlands, und wirtschaftlich

nicht das ergiebigste Drittel, schon durch ihre Existenz eine entscheidende Waffe in den Händen der gesamten deutschen Arbeiterschaft ist. ...

Sowohl die Unternehmer als auch die Vertreter der westdeutschen Gewerkschaften wissen ganz genau, dass die Deutsche Demokratische Republik die Verkörperung der anderen Alternative ist, ...

Die DDR ist der Alptraum der großen Bankiers und Industriellen – und daher ihr Hass gegen uns und gegen alle, die uns stützen und uns helfen, den Sozialismus zu errichten.

Denn allein dadurch, dass wir da sind und dazubleiben gedenken, kosten wir die hohen Herren drüben seit Jahr und Tag eine Menge Geld, das in die Taschen der westdeutschen Arbeiter fließt. ...

ERZÄHLER*IN 2: Weiter mit dem «Beschlagnahmen Gespräch» vom Juli 1977:

INTERVIEWER*IN 2: Der sogenannte reale Sozialismus der DDR hat kaum Anziehungskraft auf die Arbeiter der BRD oder anderer westlicher Länder. Jeder westliche Besucher der DDR kann sich ja überzeugen von den Unterschieden im täglichen Leben, Zensur, Mauer, Reiseverbot. Der niedrige Lebensstandard, die allgemeine Farblosigkeit wirken meist deprimierend. Jeder Besuch in der DDR endet mit Polizeikontrollen unter Einsatz von Polizeihunden, deren Hauptzweck ja wohl der ist, Bürgern der DDR das Verlassen ihres Staates unmöglich zu machen. Glauben Sie nicht, dass der hier praktizierte Sozialismus den historischen Prozess der Transformation vom Kapitalismus eher aufhält als beschleunigt.

HEYM 2: Was Sie eben geredet haben, ist keine Frage, sondern ein Leitartikel. Ich habe hier nicht die Zeit, die verschiedenen Misskonzeptionen, auf denen Ihre Frage basiert, zu widerlegen. ...

Ich bin sehr froh, dass jemand diesen schönen Begriff erfunden hat. Denn realer Sozialismus bedeutet doch, dass dieser real vorhandene nicht der perfekte, nicht der ideale Sozialismus ist. ...

Ich meine, dass wir vieles verändern müssen, unter anderem auch die Mauer. Aber ich könnte Ihnen auch erklären, wieso die Mauer zustande gekommen ist; man muss die Dinge historisch sehen, man kann sich nicht moralisch über Missstände entrüsten, ohne die wirklichen Gründe dafür zu kennen.

ERZÄHLER*IN 1: August 1986, DER SPIEGEL:
«Einführende Bemerkungen eines Reiseführers vor einem Reststück der Mauer»

ERZÄHLER*IN 2: Der Schriftsteller Stefan Heym, der die Gelegenheit hatte, die Gründe des Mauerbaus von Amerika wie von Deutschland aus zu erforschen und auf dessen Gedanken meine Ausführungen hier und da Bezug nehmen, nennt in diesem Zusammenhang vornehmlich Adolf Hitler, Harry Truman, Konrad Adenauer und auf östlicher Seite Josef Wissarionowitsch Stalin und den seit je an städtebaulichen Fragen interessierten Walter Ulbricht; er fügt jedoch hinzu, wie die Geschichte denn überhaupt nur in begrenztem Maße von Einzelpersonen gemacht werde, seien auch hier größere Kräfte im Spiel gewesen, denen die Genannten untertan waren.
Vereinfacht gesagt, und damit Sie, meine Damen und Herren, sich ein Schema machen können: ohne Hitler kein Krieg und ohne Krieg kein Vor-

rücken der Sowjetmacht bis in die Mitte von Deutschland; ohne Hitler also keine Teilung Deutschlands in ein östliches und westliches Besatzungsgebiet. Die Anfänge der Mauer liegen demnach in jener Nacht im Januar 1933, als auf der Wilhelmstraße in Berlin SA und SS fackeltragend an ihrem Führer vorbeimarschierten und dieser sie vom Fenster der Reichskanzlei herab mit graziös erhobener Rechten zurückgrüßte. Trumans Bombe über Hiroshima dann vermittelte allen Beteiligten die Botschaft, dass Amerika sich die im Krieg errungene Überlegenheit für den Rest des 20. Jahrhunderts zu erhalten gedachte, und zum Teufel mit den Ansprüchen anderer; worauf Josef Wissarionowitsch Stalin beschloss, das Vorfeld, das ihm seine Armee erkämpft hatte und das vom Flusse Bug bis zur Elbe reichte – erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, an die rote Fahne auf dem Reichstag –, fest in der Hand zu behalten.

Wenn es sich nun bei den beiden großen Kontrahenten um zwei einigermaßen gleichartig organisierte Mächte gehandelt hätte, wäre es gar nicht so schwierig gewesen, zu einem Agreement zu kommen und das beschnittene Deutschland Deutschland sein zu lassen. Die Weltgeschichte aber wollte es, dass das gesellschaftliche System der einen Großmacht auf kapitalistischer, von ihren Apologeten freiheitlich-demokratisch genannter Grundlage beruhte, während Großmacht Nummer zwei sich als kommunistisch bezeichnete und Herrschaftsstrukturen hatte, die sich von denen der ersten in mehreren Punkten grundsätzlich unterschieden; in beiden Systemen aber fühlten die Oberen sich dauernd bedroht von den Unteren und befürchteten, letztere könnten im jeweils anderen System nachahmenswerte Züge entdecken. So schotteten sie sich voneinander ab; Adenauer, von Ulbricht auf deutsche Einheit hin angesprochen, organisierte mithilfe der westlichen Alliierten in größter Hast einen deutschen Teilstaat, die ehemalige Deutsche Bundesrepublik, und Ulbricht, verschreckt durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 in seinem Machtgebiet, suchte daraufhin seinen Laden ebenso dichtzumachen.

- ERZÄHLER*IN 1: Aus der Biografie «Vom Kritiker zum Dissidenten», Stefan-Heym-Sammlung Chemnitz:
- 1965:
Nach Lesungen aus seinem unveröffentlichten Roman «Der Tag X» («5 Tage im Juni») und der Veröffentlichung kritischer Beiträge in der westdeutschen Presse verschärfen sich die Konflikte mit Behörden und SED-Führung.
Erich Honecker äußert auf dem 11. Plenum des ZK der SED, Stefan Heym sei «offensichtlich nicht bereit, Ratschläge, die ihm mehrfach gegeben worden sind, zu beachten». Sein Roman «Der Tag X» enthalte eine völlig falsche Darstellung der Ereignisse des 17. Juni 1953.
- 1966:
Schriftstellerverband und Kulturbund werfen ihm vor, gegen die DDR und den Sozialismus zu arbeiten und Unruhe stiften zu wollen. Das Ministerium für Staatssicherheit setzt mehrere Spitzel auf Heym an.
- ERZÄHLER*IN 2: «Unser Schweigen wird lauter sein», aus dem Interview mit Koos Koster vom holländischen Fernsehen, Juni 1979
- INTERVIEWER*IN 3: Für Sie gehört Sozialismus und freies Wort zusammen, Herr Heym?
- HEYM 3: Für mich ist Sozialismus und Freiheit im Grunde nicht trennbar. ... Ich glaube nicht, dass sich etwas Fruchtbares entwickeln wird, wenn man dauernd

versucht, mit Verboten und mit Maßregelungen und mit Gesetzen und administrativen Maßnahmen die Schriftsteller zu unterdrücken. ...

INTERVIEWER*IN 3: Und wenn Sie als Antisozialist oder Antikommunist bezeichnet werden ...

HEYM 3: Ja, jetzt geht man so weit, mich auf diese Art zu beschimpfen und zu diskriminieren, und das Schwierige daran ist, dass ich ja gar nicht antworten kann. Mir steht keines der hiesigen Medien offen, ich möchte gern die Fragen debattieren und mich damit auseinandersetzen, aber hier in unserem Lande, in der DDR, wo das hingehört. Doch man lässt mich nicht. ...

ERZÄHLER*IN 1: Berlin 4. November 1989, Großkundgebung auf dem Alexanderplatz

HEYM 3: Liebe Freunde! Mitbürger!
Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. ...

Die Macht gehört nicht in die Hände eines Einzelnen oder ein paar weniger oder eines Apparats oder einer Partei. Alle müssen teilhaben an dieser Macht, und wer immer sie ausübt und wo immer, muss unterworfen sein der Kontrolle der Bürger, denn Macht korrumpiert, und absolute Macht, das können wir heute noch sehen, korrumpiert absolut.

Der Sozialismus, nicht der Stalin'sche, der richtige, den wir endlich erbauen wollen zu unserem Nutzen und zum Nutzen ganz Deutschlands, ist nicht denkbar ohne Demokratie. Demokratie aber, ein griechisches Wort, heißt Herrschaft des Volkes.

Freunde! Mitbürger! Üben wir sie aus, diese Herrschaft.

ERZÄHLER*IN 2: 9. Januar 1955, BERLINER ZEITUNG, aus der Kolumne «Offen gesagt»:

Vor Kurzem erhielt ich einen Brief von mehreren Kreuzbergern, die sich als «Lieblinge des verfluchten Kreßmann» bezeichneten. Jedenfalls unterschrieben sie ihren Brief mit diesem etwas ironischen Pseudonym.

Der Brief war aber gar nicht lustig. Er war von ernster Sorge erfüllt. Die Briefschreiber befürchten, dass nach der Wiedervereinigung «der Westen, allein schon aufgrund seiner zahlenmäßigen Überlegenheit», alle fortschrittlichen Personen und Organisationen auf dem Gebiet der DDR unterdrücken, die Bodenreform aufheben, die volkseigene Industrie und den volkseigenen Handel den Kapitalisten aushändigen, Schul-, Universitäts- und Gerichtswesen á la Bonn umgestalten und in ganz Deutschland Terrormaßnahmen gegen alle jene durchführen wird, die nicht mit Adenauer konform gehen. «Grob gesprochen», schreiben die Kreuzberger, «wird Amerika den Osten dann ebenso aufkaufen, wie es den Westen gekauft hat, es wird den Osten an die gleiche goldene Kette legen wie den Adenauerstaat, es wird seine geldliche Überlegenheit rigoros zugunsten amerikanischer Auffassungen ausnützen. Und das alles aufgrund «legaler» Abstimmungen in dem neuen Parlament, wo ja Adenauer zusammen mit den vom amerikanischen Geld geblendeten Abgeordneten die Mehrheit haben wird.»

ERZÄHLER*IN 1: Aus: Regina General/Wolfgang Sabath, «Querköpfe», 1994, aus einem Gespräch mit Regina General:

- INTERVIEWER*IN 1: Sie waren für das westdeutsche Feuilleton über viele Jahre ein Kronzeuge für den kritischen Geist der DDR ...
- ... plötzlich sind Sie den Anwürfen ebendieses Feuilletons ausgesetzt. Wann hat sich deren Haltung Ihnen gegenüber verändert?
- HEYM 1: Genau drei Tage nach der Wende. Damals hatte ich in einem Artikel, der «Aschermittwoch» hieß, meine Stellung sehr klar gemacht, indem ich den traurigen Zustand beschrieb, in den ein Teil der DDR-Bevölkerung geraten ist, als er plötzlich durch die Mauer gehen konnte. Wohin er sich gewandt hat und zu welchen Zwecken und wie er sich dabei verhalten hat. Ich habe das sehr realistisch geschildert, was ein Fehler von mir war. Ich habe zwar gesagt, woher diese Selbstentwürdigung gekommen ist, dass die Regierung der DDR sie verursacht hat, ich habe aber auch gesagt, da waren doch Dinge, die wesentlich waren, die kann man doch nicht alle wegen eines Linsengerichts wegwerfen. ...
- INTERVIEWER*IN 1: Sie haben den Aufruf «Für unser Land» mit unterzeichnet. Der hat später als Vorwand gedient, den Unterzeichnern politischen Sachverstand abzusprechen.
- HEYM 1: ... es war mir wichtig zu erklären, dass der Tag, an dem Kohl seine zehn Punkte verkündete, die Overtüre des Untergangs der DDR sein würde. Mir war wichtig, einiges aus der DDR in die deutsche Einheit einzubringen. Nun hat die Schlange den Igel einfach verschluckt, und nun hat sie Verdauungsprobleme. (...)
- INTERVIEWER*IN 1: Der SPIEGEL wirft Ihnen Stalinismus vor und will mit angeblich «wenig bekannten» Dokumenten beweisen, dass Sie Stalin mit gefeiert haben.
- ERZÄHLER*IN 2: Offener Brief an den SPIEGEL:
- HEYM 2: Entschuldigung, aber darf ICH mal:
- Da haben die Spiegel-Leute doch wirklich etwas gefunden gegen den Heym, in «bisher weithin unbekanntem Texten», schreiben sie, und haben munter daraus zitiert, ein wirres Sammelsurium, um zu beweisen, was für ein schlimmer Stalinist der Kerl doch gewesen.
- Nun gibt es aber keine weithin unbekanntem Texte von Heym. Heym hat immer alles veröffentlicht, was er an Publizistik verfasst hat – darunter auch im Spiegel – ... und da sollten die Redakteure des Herrn Augstein nicht gewusst haben, mit wem sie es zu tun hatten, wenn sie Autor Heym jahrzehntelang die Tür einliefen, um hübsch geschriebene Beiträge von ihm zu erhalten, Spiegel-Gespräche mit ihm zu führen, die Rechte zum Vorabdruck seiner Bücher zu erwerben, und ihm die schmeichelhaftesten Rezensionen seiner Werke zu überbringen, von Böll, Becker und anderen, mit den Komplimenten des Chefs? ...
- Woher aber, nach der Wende, der plötzliche Sinneswandel beim Spiegel Heym gegenüber?
- Der Spiegel stellt sich bis heute gegen alle, die sich weigern, den Siegern im Westen reueschluchzend an den Busen zu sinken, und, statt ihr Denken den westlichen Geboten anzupassen, wieder Opposition betreiben, nur jetzt in der größeren Bundesrepublik und gegen deren Machtansprüche. Und man geht gegen diese Opposition sogar mit den gleichen Methoden

vor, wie sie früher von DDR-Medien benutzt wurden: mit unvollständigen Zitaten, die ohne Zusammenhang mit dem Vorhergehenden und dem Nachfolgenden, und missachtend der historischen Zeitumstände, unter denen einer schreibt, und ausgerichtet nach politischen Zwecken, über die man sich ausschweigt – dabei aber tiefend von Moral.
Guter, alter stalinistischer Journalismus.

INTERVIEWER*IN 1: Warum eine so billige und durchschaubare Aktion?

HEYM 1: Damit hier kein Widerstand mehr geleistet wird gegen die Vernichtung der moralischen Werte. Diese Werte sollen durch westliches Gedankengut ersetzt werden, wie man ja auch in höheren Verwaltungsstellen oder in Universitäten westliche Verwaltungs- und Lehrkräfte einsetzt.
Das geistige Gebäude soll in eine andere Himmelsrichtung gekehrt werden. Ich weiß nicht, wie verheerend eine derartige Politik für die Entwicklung des Landes sein wird. Aber man setzt sie durch. Und viele Zeitschriften beeilen sich, in diese Kampagne einzusteigen. ...

INTERVIEWER*IN 1: Was ist für Sie gegenwärtig besonders schmerzhaft?

HEYM 1: Dass nun alles nach den veralteten Grundsätzen eines ziemlich harten und räuberischen Kapitalismus entschieden wird und der Körperteil, der am meisten benutzt wird, der Ellbogen ist.
Der Kapitalismus ist gegenüber dem der Siebzigerjahre mächtiger geworden. Er hat sich voller gefressen und ist wahrscheinlich auch viel rabiater geworden. Wie er sich über die vielen Tragödien der Vereinigung hinwegsetzt, ist schon ziemlich beispiellos.
Das erinnert schon sehr an das, was in den späten Zwanzigerjahren geschehen ist und dann zu den bösen Folgen in der Hitlerzeit geführt hat. Wenn sich Perspektiven verflüchtigen, gibt es immer auch eine Tendenz nach rechts, eine Art dumpfe Erinnerung. Aus Verantwortung für unsere Kinder müssen wir andere Perspektiven finden.

ERZÄHLER*IN 1: Februar 1994, aus der Presseerklärung Stefan Heyms:

HEYM 3: Warum trete ich zur Wahl für den Bundestag an, noch dazu auf der Offenen Liste der PDS?

Ich bin Schriftsteller. Man kann Literatur nicht vom Leben trennen und das Leben nicht von der Politik; daher hat denn alles, was ich geschrieben habe, auch einen politischen Inhalt; bei mir handelt dieser von Freiheit und Gerechtigkeit. ...

Ich war mein Leben lang in keiner Partei, und ich werde auch der PDS nicht beitreten. Ich kandidiere als Unabhängiger: wo ich derselben Meinung sein kann wie die PDS, in Ordnung; Wo nicht, werde ich zu meiner eigenen Meinung stehen, laut und deutlich.

... Wenn die PDS mich nun als Kandidaten auf ihren Offenen Listen haben möchte, signalisiert sie damit nicht nur, dass ihre Mitglieder ein wesentlich anderes Verhältnis zu mir gefunden haben, als die verkrusteten Genossen von damals es hatten. Sie macht erkennbar, dass sie sich in einem Prozess innerer Wandlung befindet, der noch nicht abgeschlossen ist, und ausbrechen möchte aus der parlamentarischen Isolierung, in welche die anderen Parteien sie gezwängt haben, und umdenken und umlernen, und zu einer echten, starken, linken Opposition werden.

Eine solche Opposition wird gebraucht in diesem Land gegen die etablierten Parteien, wo immer die sich den Nöten der Menschen verschließen; und sie wird gebraucht gerade jetzt, wo der rechte Ungeist überall aggressiver wird. ...

Ich bin gegen den Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Politikerkaste. Sie macht mich politikverdrossen. Und sie zwingt mich gerade deshalb, für den Bundestag zu kandidieren.

ERZÄHLER*IN 2:

Folgenden offenen Brief schrieb der Abgeordnete Konrad Weiß, Bündnis 90/Die Grünen, am 7. Februar 1994 an Stefan Heym:

Sehr geehrter Herr Stefan Heym,

Ihre Kandidatur für die PDS ist töricht und pervers. Sie ist töricht, weil Sie meinen, als Demokrat und Sozialist ausgerechnet mit dieser unüberhörbar zu werden, mit einer Partei, die weder demokratisch noch sozialistisch ist. Wie können Sie nur auf die leeren Sprechblasen des Gauklers Gregor Gysi hereinfliegen. Dem und seinen Spießgenossen geht es doch nur darum, wieder ein Zipfelchen von der Macht zu erhaschen, an die sie sich so gewöhnt hatten. Glauben Sie wirklich, dass dieselben Leute, die vierzig Jahre lang die Idee des Sozialismus beschmutzt und geschändet haben, nun reinen Herzens sind?

Und pervers ist Ihre Kandidatur, weil Sie sich in eine Reihe begeben mit denen, die doch auch Sie belauscht und zensiert haben.

Ihnen kann doch nicht entgangen sein, dass sich die PDS unverfroren ihrer Stasiknechte rühmt und alles versucht, ihnen wieder Einfluss zu verschaffen. Fühlen Sie sich in dieser schmutzigen Gesellschaft wirklich wohl?

Ausgerechnet Sie, der mutig wie kaum ein anderer der SED widersprochen und durch sein Schreiben und Reden viele aufgerüttelt hat, das Unrecht in der DDR zu sehen und zu bekämpfen, verbünden sich nun mit der Partei, die dieses Unrecht zu verantworten hatte und hat. ... Die PDS hat sich bewusst in die Nachfolge der SED gestellt. Somit kandidieren Sie für die Partei, die verantwortlich ist für die Ermordung Tausender Demokraten und Sozialisten, die am 17. Juni 1953 skrupellos auf Arbeiter hat schießen lassen, die ein ganzes Volk gnadenlos einmauern ließ und unser Land in den sozialen und wirtschaftlichen Ruin geführt hat.

Mit Ihrer Entscheidung, sehr geehrter Stefan Heym, geben Sie ein fatales Signal. Sie werden viele entmutigen, die beharrlich für mehr Menschlichkeit und Demokratie in Deutschland eintreten. Sie stärken die Kräfte der Restauration und behindern den Prozess der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen und realsozialistischen Vergangenheit, der doch überlebensnotwendig für unser Volk ist.

Mit Ihrem Schreien für die PDS berauben Sie sich selbst der Stimme. Ich hätte Ihnen einen würdigeren Abschied gewünscht.

ERZÄHLER*IN 1:

8. Februar 1994, Berlin, offener Brief an Stefan Heym:

Lieber Stefan Heym,

auch wenn ich, mehr aus Gründen der Literatur als der Politik, Ihren Schritt nicht nachvollziehen kann, habe ich doch den offenen Brief von Konrad Weiß gegen Sie nicht ohne Ekel gelesen.

Und, wie ich gestehen muss, nicht ohne Trauer: Auch dieser Geifer ist ein DDR-Produkt. Dass er in die neue blühende Landschaft passt, ist ein Argument für Ihre Entscheidung, die ich respektiere.

Herzlich,
Heiner Müller

- ERZÄHLER*IN 2: Aus: Regina General/Wolfgang Sabath, «Querköpfe», 1994, aus einem Gespräch mit Regina General:
- INTERVIEWER*IN 2: Glauben Sie, dass versucht wird, den Anteil der DDR-Kritiker an der Wende kleinzuhalten?
- HEYM 2: Ja, aus Eifersucht. Wenn es hier genügend Leute gegeben hat oder auch nur eine Anzahl von Leuten, die auf eigene Faust eine Politik betrieben, die zu Verbesserungen und Veränderungen im System führen sollte, dann sind doch jene, die sich jetzt Ministerpöstchen und andere Pöstchen besorgten, ziemliche Spätkommer, Latecomers. Und das ist natürlich keine so schöne Position. Diese Leute möchten auch gerne Amerika entdeckt haben.
- INTERVIEWER*IN 2: Aber macht das Alter der meisten Bürgerrechtler nicht unmöglich, dass sie zu den ersten hätten gehören können?
- HEYM 2: Das wohl, aber dieser Minderwertigkeitskomplex sollte nicht auf meinem Rücken kompensiert werden.
- INTERVIEWER*IN 2: Ist eben dieser Minderwertigkeitskomplex nicht DDR-Hinterlassenschaft bei vielen ihrer Bürger?
- HEYM 2: Bei gewissen Pfarrern, sicher, auch bei Leuten, die früher zu den Blockflöten gehörten, und natürlich bei denen, die bis zum Schluss den üblichen Parteiladen getragen, die Beschlüsse der Partei, auch gegen mich im Übrigen, durchgesetzt haben. Ich habe gerade erst wieder in meinem Wahlbezirk Prenzlauer Berg ein Erlebnis «aus dieser Zeit» gehabt. In einer Kneipe mit dem schönen Namen «Briefe an Felice» trugen vier Schauspieler die Protokolle jener Sitzung des Schriftstellerverbandes vor, bei der ich und andere Kollegen ausgeschlossen wurden. Gespenstisch. Das war zu einer Zeit, als die, die heute das große Wort führen, noch in die Schule gingen. Das ist kein Einwand gegen sie, Jugend ist niemals ein Einwand, sondern etwas Beneidenswertes. Aber sie berechtigt nicht, den Widerstand der Älteren nicht zur Kenntnis zu nehmen. ...
- ERZÄHLER*IN 2: Januar 1993
Die Akte IM Frida, aus: «Offene Worte in eigener Sache, 1989–2001».
- Ich war gewarnt worden. Lassen Sie das Zeug lieber ruhen, hatte mir ein höherer Beamter gesagt, der es wissen musste: Sie werden keine Freude daran haben. Und der Herr Gauck selber, den ich um Einsicht in meine Akten zu einer Zeit schon bat, als es die DDR, unter de Maiziére damals, noch gab, informierte mich, wir lebten nunmehr in einer Demokratie, und da käme keiner außer der Reihe an die Reihe, auch ich nicht.
- Diese Verzögerung erwies sich besonders insofern als bedauerlich, als nun, nachdem die Geheimnisse der Normannenstraße allen möglichen Leuten

zugänglich geworden, neben den zahlreichen prall gefüllten Bänden, die meine MfS-Registriernummer XV/334/66 tragen, auch 37 leere Akten-deckel stehen.

Inzwischen ist die Lektüre der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der einstigen DDR und die zugehörige öffentliche Empörung über deren Inhalt und über das kriminelle Tun ihrer Verfasser zu einem neuen Beruf geworden; kein Bürgerrechtler, der etwas auf sich hält, kein Pastor, der ansonsten gelangweilten Ohren predigt, kein nach Publizität strebender Bänkelsänger ohne entsprechend erregte Auftritte in den elektronischen Medien und tiefsinnige Interviews in den Journalen; und die Demaskierung der inoffiziellen Mitarbeiter, speziell unter der Intelligenzia, hat sich zum all-gemeinen Hobby entwickelt.

Dabei war die Stasi, wie man sie abgekürzt nannte, wirklich eine Horrorins-titution, die ins Leben eines jeden im Lande eingriff, spionierend, manipulie-rend, lähmend und erdrückend. Dieses Gebilde, Mafia und Staat in einem, verdient es, von wirklicher Meisterhand dargestellt zu werden, auch und gerade in seinen Details: wie es hervorkroch und aus welchem Schleim, und tröpfchenweise sein Gift verspritzte bis in die letzten Winkel der Seele, und zunichte machte mit List und Bedacht, was einst als weltgeschichtli-ches Experiment geplant war. ...

ERZÄHLER*IN 1:

Aus: Daniela Dahn, «Wehe dem Sieger. Ohne Osten kein Westen», 2009:

Wahrlich, ich sage euch, das ist die Geschichte über die Behandlung von Stefan Heym:

Der Schriftsteller Stefan Heym hatte sich am weitesten in die Opposition gewagt, bis an die PDS und mit ihr in den Bundestag. Im Dezember 1994, am Vorabend seiner Rede als Alterspräsident, brachten alle Rundfunk- und Fernsehstationen die vom Innenministerium unter Manfred Kanther verbrei-tete Meldung, Heym habe für die Stasi gearbeitet.

Kanther hatte auch alle Fraktionsvorsitzenden alarmiert. Um 21 Uhr rief Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth bei Heym an und legte ihm nahe, auf seine Rede bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments zu verzichten, was er empört ablehnte.

Am nächsten Morgen, unmittelbar vor der Rede, brachte ihm der damalige Direktor der Stasiunterlagen-Behörde, Geiger, die Beweise dafür, dass die Vorwürfe vollkommen haltlos sind.

Vor 40 Jahren waren wegen eines anonymen Briefes zwei sich als Krimi-nalbeamte ausgebende Stasi-Leute bei Heym aufgetaucht und danach nie wiedergekommen. Die innenministerielle Attacke: nichts als eine schamlose Intrige. Zeit, die Abgeordneten darüber zu informieren, war nicht mehr. Wie er dann behandelt wurde, mag dank der Fernsehpräsenz deutlich in Erin-nerung sein. Diese Szenen warfen Schlaglichter auf die 1994 herrschende politische Kultur des Landes: Abgeordnete, die sich beim Auftritt des Alters-präsidenten und jüdischen Schriftstellers von Weltruf nicht von ihren Plät-zen erheben, die während seiner altersweisen Rede über Toleranz gelang-weilt in Akten blättern, schreiben oder mit finsternen, arrogant-abweisenden Mienen dasitzen und jeglichen Beifall verweigern.

Anschließend gab Heym eine Pressekonferenz, die so eindeutig war, dass niemand jemals auf die Stasi-Vorwürfe zurückkommen konnte. Eine Kamera war nicht im Raum, es soll nicht einmal einen Tonmitschnitt geben. Auch die Presse hielt sich kleinlaut zurück. Die Klage gegen den

Innenminister wegen Verleumdung wurde abgewiesen. Eine Meldung war das nicht wert.

ERZÄHLER*IN 2: Aus der Rede zur Eröffnung des 13. Deutschen Bundestags am 11. November 1994:

HEYM 1: ... wenn einer wie ich, sich jetzt von hier aus an Sie wenden und den 13. Deutschen Bundestag, den zweiten des wiedervereinten Deutschland, eröffnen darf, so bestärkt das meine Hoffnung, dass unsere heutige Demokratie doch solider gegründet sein möchte, als es die Weimarer war. ...

Wir werden keine leichte Zeit haben in den nächsten vier Jahren. ...

Die Krise, in welche hinein dieser Bundestag gewählt wurde, ist ja nicht nur eine zyklische, die kommt und geht, sondern eine strukturelle, bleibende, und dieses weltweit. Zwar hat die Mehrheit der davon betroffenen Völker sich von der hemmenden Last des Stalinismus und Post-Stalinismus befreit, aber die Krise, von der ich sprach, eine Krise nunmehr der gesamten Industriegesellschaft, tritt dadurch nur umso deutlicher in Erscheinung. Wie lange wird der Globus noch – der einzige, den wir haben! – sich die Art gefallen lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Und wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden?

(...) Arbeits- und Obdachlosigkeit, Pest und Hunger, Krieg und Gewalttat, Naturkatastrophen bisher unbekanntes Ausmaßes begleiten uns täglich. Dagegen sind auch die besten Armeen machtlos. Hier braucht es zivile Lösungen: politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle. Reden wir nicht nur von der Entschuldung der Ärmsten, entschuldigen wir sie. Und nicht die Flüchtlinge, die zu uns drängen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben. Toleranz und Achtung gegenüber jedem Einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind vonnöten – eine politische Kultur, mit der unser Land, das geeinte, seine besten Traditionen einbringen kann in ein geeintes, freies, friedliches Europa. Und benutzen wir die Macht, die wir haben, die finanzielle vor allem, weise und mit sensibler Hand; Macht, wie wir wissen, korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut. Die Menschheit kann nur in Solidarität überleben. ...

All dieses jedoch kann nicht die Angelegenheit nur einer Partei oder einer Fraktion sein. Es ist nicht einmal die Sache eines Parlaments nur, sondern die aller Bürgerinnen und Bürger, West wie Ost. Und wenn wir von diesem moralischen Verhalten verlangen und Großzügigkeit und Toleranz im Umgang miteinander, dann müssten wir wohl, als ihre gewählten Repräsentanten, mit gutem Beispiel vorangehen.

Und just darum plädiere ich dafür, dass die Debatte um die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft Sache einer großen, bisher noch nie dagewesenen Koalition werden muss, einer Koalition der Vernunft, die eine Koalition der Vernünftigen voraussetzt. In diesem Sinne eröffne ich den 13. Deutschen Bundestag und wünsche allen Glück für unsere gemeinsame Arbeit.

ERZÄHLER*IN 2: «Ich aber ging über die Grenze», Stefan Heym, 1933

Ich aber ging über die Grenze.
Über die Berge, da noch der Schnee lag,
auf den die Sonne brannte, durch die dünne Luft.
Und der Schnee drang ein in meine Schuhe.
Nichts nahm ich mit mir,
als meinen Hass.
Den pflege ich nun.
Täglich begieße ich ihn
mit kleinen Zeitungsnotizen
von kleinen Morden,
nebensächlichen Misshandlungen
und harmlosen Quälereien.

So bin ich nun einmal.
Und ich vergesse nicht.
Und ich komme wieder
über die Berge, ob Schnee liegt,
oder das Grün des Frühlings die Höhen bedeckt,
oder das Gelb des Sommers,
oder das dunkle Grau
des Herbstes, der den Winter erwartet.

Dann steh ich im Lande, das sich befreien will,
mit einer Stirn, die zu Eis geworden
in den Jahren, da ich wartete.
Dann sind meine Augen hart, meine Stirn zerfurcht,
aber mein Wort ist noch da, die Kraft meiner Sprache.

ERZÄHLER*IN 1: Stefan Heym, geboren am 10. April 1913 in Chemnitz.
Gestorben am 16. Dezember 2001 in En Bokek, Israel.

FRITZ BAUER – UND DER UNRECHTSSTAAT

50 JAHRE NACH DEM AUSCHWITZ-PROZESS

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN

HOMMAGE

Rollen:

Fritz Bauer
Hans Hofmeyer
(Vorsitzender Richter,
Frankfurt)
Joachim Hepp
(Vorsitzender Richter,
Braunschweig)
Theodor W. Adorno
Martin Walser
Postkarte
Erzähler*in 1
Erzähler*in 2

Aus: Peter Weiss «Die Ermittlung»

Richter
Ankläger
Zeuge 1
Zeuge 2

Uraufführung:

25. August 2015
Kalkscheune
Berlin

Regie:

Franz Sodann

Mitwirkende:

Rolf Becker
Michel Friedman
Gregor Gysi
Hannes Heer
Luc Jochimsen
Jan Korte
Franz Sodann

- Darüber der Text: «Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.»
- ERZÄHLER*IN 1: Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.
- FRITZ BAUER:
O-Ton Film
«Eichmann und das Dritte Reich»
(BRD/Schweiz, 1961)
von Erwin Leiser
- Deutschland ist heute stolz auf sein Wirtschaftswunder. Es ist auch stolz, die Heimat Goethes und Beethovens zu sein. Aber Deutschland ist auch das Land Hitlers, Eichmanns und ihrer Spießgesellen und Mitläufer.
- Wie aber der Tag aus Nacht und Licht besteht, hat auch die Geschichte des Volkes ihre Licht- und Schattenseiten. Ich glaube, dass die junge Generation in Deutschland bereit ist, die ganze Geschichte, die ganze Wahrheit zu erfahren, die zu bewältigen ihren Vätern allerdings mitunter schwerfällt.
- Wir bemühen uns in Deutschland um diese Wahrheit in den Gerichtssälen und in den Schulen. Eine zentrale Stelle bereitet die Strafverfahren vor, auch gegen die Täter, die sich noch verborgen halten.
- Ich weiß, man wirft uns mitunter im Ausland vor, wir hätten kostbare Zeit versäumt. Mag sein. Es ist aber, wie ich glaube, noch nicht zu spät, wenn wir heute in Deutschland, nachdem wir zeitlichen Abstand gewonnen haben, ernsthaft nach den Tatsachen, ernsthaft nach den Gründen fragen, die zu der moralischen Katastrophe in den Jahren '33 bis '45 führten. Und wenn wir Deutsche damit wirklich Gerichtstag halten – nicht nur über Eichmann und seinesgleichen, sondern über uns selbst und unsere Geschichte, die nationale Geschichte und die Geschichte unseres eigenen privaten Lebens.
- ERZÄHLER*IN 1: Gerichtstag halten über uns selbst und unsere Geschichte – die nationale Geschichte und die Geschichte unseres eigenen privaten Lebens. ...
Als Fritz Bauer 1961 im Dokumentarfilm von Erwin Leiser diesen Appell an die «junge Generation in Deutschland» richtete, lag ein halbes Jahrhundert Lebenserfahrung in und mit und dann wieder in Deutschland hinter ihm:
- ERZÄHLER*IN 2: 1903 in Stuttgart geboren/Kind einer jüdischen Familie in Schwaben
- ERZÄHLER*IN 1: 1930 mit 27 Jahren jüngster Amtsrichter der Weimarer Republik/Sozialdemokrat
- ERZÄHLER*IN 2: 1933 verhaftet, aus dem Amt entlassen
- ERZÄHLER*IN 1: 1936 Flucht nach Dänemark
- ERZÄHLER*IN 2: 1943 Flucht nach Schweden/Zusammenarbeit mit Willy Brandt
- ERZÄHLER*IN 1: 1949 Rückkehr nach Deutschland/unterstützt vom SPD-Opportunistenführer Kurt Schumacher
- ERZÄHLER*IN 2: Die «Rückkehr nach Deutschland» war keine leichte Sache, dauerte mehr als drei Jahre und war geprägt von Absagen. Ein Jahr nach Kriegsende schreibt Fritz Bauer aus Kopenhagen an Kurt Schumacher:
- FRITZ BAUER: Um hier die definitive Erlaubnis zur Übersiedlung zu bekommen, brauche ich eine feste Anstellung plus Wohnung ... Ich habe mit den Amerikanern verhandelt. Sie ließen mich ein Dutzend Fragebogen ausfüllen. Ich habe

aber nie einen positiven Bescheid bekommen. Der Grund ist mir unbekannt. Ich nehme aber an, dass sie keine Juden wünschen oder – richtiger formuliert – ihre mehr oder minder öffentliche Arbeit für inopportun halten.

- ERZÄHLER*IN 1: Wohin konnte er überhaupt zurückkehren? Nach Stuttgart? Dort war sein Dienstherr von 1933, der ihn entlassen hatte, wieder Justizminister. Und über 80 Prozent der alten Staatsanwälte und Richter waren im CDU-regierten neuen Württemberg wieder auf ihren Posten. Die wollten keine jüdischen, sozialdemokratischen Juristen unter sich.
- ERZÄHLER*IN 2: Einen Ausweg bot Niedersachsen, wo eine SPD-CDU-Koalition mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf regierte und 1946 die britische Militärregierung, wie Irmtrud Wojak beschreibt, eine 50 Prozent-Formel zur Entnazifizierung der Justiz eingeführt hatte. Sie bedeutet, dass mit jedem «Belasteten» ein «Unbelasteter» berufen werden musste. Trotzdem betrug 1948 der Anteil der NSDAP-Mitglieder unter den Richtern auch hier 80 bis 90 Prozent. Da musste wenigstens ab und zu eine Ausnahme gemacht werden. Und so konnte Kurt Schumacher im August 1948 an Fritz Bauer schreiben, er habe «in Braunschweig Verhandlungen geführt».
- ERZÄHLER*IN 1: Ausgerechnet in Braunschweig, der Göring- und Hitlerstadt, wo schon 1930 eine der ersten Rechtsregierungen unter Beteiligung der NSDAP gebildet und wo 1932 Adolf Hitler zum Staatsbeamten ernannt worden war, damit er die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt. In Braunschweig wurde im April 1949 aus dem Emigranten Fritz Bauer der Remigrant Landgerichtsdirektor Bauer, wohnhaft in der Adolfstr. 46, zur Untermiete.
- FRITZ BAUER: «Ich bin zurückgekehrt, weil ich glaubte, etwas von dem Optimismus und der Gläubigkeit der jungen Demokraten in der Weimarer Republik, etwas vom Widerstandsgeist und Widerstandswillen der Emigration im Kampf gegen staatliches Unrecht mitbringen zu können. Schon einmal war die deutsche Demokratie zugrunde gegangen, weil sie keine Demokraten besaß. Ich wollte einer sein. Schon einmal hatte die Justiz, als es galt, die Demokratie zu verteidigen, ihre Macht missbraucht, und im Unrechtsstaat der Jahre 1933 bis 1945 war der staatlichen Verbrechen kein Ende. Ich wollte Jurist sein, der dem Gesetz und Recht der Menschlichkeit und dem Frieden nicht nur Lippendienst leistet.»
- ERZÄHLER*IN 1: Der UNRECHTSSTAAT DER JAHRE 1933 BIS 1945 – das war sein großes Thema – von Anfang an. Sich seiner zu erinnern, über ihn aufzuklären, seine Wurzeln zu erkennen – und vor allem sein Fortwirken.
- ERZÄHLER*IN 2: Gelegenheit dazu ergab sich in Braunschweig damals in Hülle und Fülle, gerade weil nach der Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 die juristische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen kaum noch eine Rolle spielte. Und wenn, dann immer zugunsten der Angeklagten.
- ERZÄHLER*IN 1: In Braunschweig wurden Sonderrichter freigesprochen; der Nazi-Ministerpräsident Klagges, ursprünglich zu lebenslanger Haft verurteilt, vorzeitig entlassen; Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewusst nicht geahndet ...
- FRITZ BAUER: «Es erregte das tiefste Befremden der Bürokratie, dass zwischen 1933 und 1945 nicht ein bloßer Wechsel der Staatsform stattgefunden hat, sondern

- dass zwischen 1933 und 1945 der STAAT IN EINEN UNRECHTSSTAAT verkehrt worden ist.»
- ERZÄHLER*IN 2: Die Zeit 1949/1950/1951:
In Hannover gründen ehemalige NSDAP-Mitglieder und SS-Leute die Sozialistische Reichspartei, SRP.
1951 gewinnt sie bei den Landtagswahlen elf Prozent der Stimmen und zieht mit 16 Abgeordneten in den Landtag ein.
- ERZÄHLER*IN 1: Am Vorabend der Wahl erklärt einer der SRP-Gründer, Generalmajor a. D. Ernst Remer, auf einer Veranstaltung im Schützenhaus in Braunschweig die Attentäter des 20. Juli zu Landesverrättern, die vom Ausland bezahlt worden seien ...
Wörtlich: «Die Zeit wird kommen, in der man schamhaft verschweigt, dass man zum 20. Juli 1944 gehört hat.»
- ERZÄHLER*IN 2: Der Bundesinnenminister Robert Lehr, CDU, selbst Widerstandskämpfer, stellt Strafantrag beim Landgericht Braunschweig wegen Verleumdung. Der zuständige Staatsanwalt Braunschweig, Ex-NSDAP-Mitglied und ehemaliger SA-Rottenführer, lehnt die Eröffnung eines Strafverfahrens ab und teilt dem Bundesinnenminister mit, «die Anklage habe keine Aussicht auf einen sicheren Erfolg». Im Übrigen gäbe es Zweifel, ob er überhaupt dem Widerstand angehört habe.
- ERZÄHLER*IN 1: Das war kein Einzelfall. Das war die Tendenz. Und das war der Moment, in dem Fritz Bauer eingriff, eingreifen konnte. Seit 1950 Generalstaatsanwalt in Braunschweig zog er den Fall direkt in seine Zuständigkeit und erhob selbst Anklage.
- ERZÄHLER*IN 2: Die Zeit 1951/1952:
Wiederbewaffnung/Rehabilitation der Berufssoldaten/Gründung von Soldatenverbänden/Verratspropaganda/Dolchstoßlegenden/Ehrenerklärungen für die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht
- ERZÄHLER*IN 1: Für Fritz Bauer die Zeit, wenigstens ein Exempel zu statuieren, einen anderen Prozess zu führen, der die öffentliche Debatte über den nationalsozialistischen Unrechtsstaat, wie er ihn definiert, erzwingt.
- ERZÄHLER*IN 2: 7.–11. März 1952. Prozess vor dem Braunschweiger Landgericht gegen Otto Ernst Remer wegen «übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener».
- ERZÄHLER*IN 1: Allein die Tatsache, dass es zu solch einem Verfahren kommt, erregt Aufsehen. Man steht Schlange vor dem Gerichtsportal. Es gibt Einlasskarten. Die Pressetribüne ist überfüllt.
- ERZÄHLER*IN 2: Besonders aufsehenerregend auch die Art und Weise, wie dieser Prozess geführt wird. Als Gutachter treten prominente Wissenschaftler auf, Moraltheologen, Zeitzeugen aus dem Kreis der Widerstandskämpfer und Hinterbliebene der Ermordeten.
- Und schließlich ein Plädoyer des Generalstaatsanwalts, das so «von einem deutschen Ankläger wohl noch kaum gehört» worden war – wie es in der STUTTGARTER ZEITUNG vom 12. März hieß.

Auszüge aus der einstündigen Anklage:

FRITZ BAUER:

«Meine Herren Richter!

Es ist nicht die Absicht der Staatsanwaltschaft, dem seinerzeitigen Major Remer deswegen den Prozess zu machen, weil er sich am 20. Juli 1944 dem Widerstandskampf versagt hat. Zur Aburteilung steht, dass das Vorstandsmitglied der SRP Remer die Widerstandskämpfer des 20. Juli verleumdete und beschimpfte, indem er sie Hoch- und Landesverräter hieß (...)

Was am 20. Juli 1944 vielen noch dunkel vorgekommen sein mag, ist heute durchschaubar, was damals verständlicher Irrtum gewesen sein mag, ist heute unbelehrbarer Trotz, böser Wille und unbewusste Sabotage unserer Demokratie (...)

Das Ziel dieses Prozesses ist nicht, Zwietracht zu säen, sondern Brücken zu schlagen und zu versöhnen, freilich nicht durch einen faulen Kompromiss, sondern durch die Klärung der Frage «Waren die Männer des 20. Juli Hoch- und Landesverräter?» durch ein demokratisches, unabhängiges Gericht.

Die Frage, ob die Männer des Widerstandskampfes vom 20. Juli Hoch- und Landesverräter waren, ist schon einmal entschieden worden. Sie wurde unter Missbrauch strafprozessualer Formen vom Volksgericht in Berlin durch Freisler bejaht (...)

Heute geht es um eine «Wiederaufnahme» dieses Verfahrens. Es ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, Aufgabe der Richter des demokratischen Rechtsstaates, die Helden des 20. Juli ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung zu rehabilitieren, aufgrund der Tatsachen, die uns heute bekannt sind.

Meine Richter, Sie haben eine Reihe von Zeugen gehört. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Saal, der den Mut hätte zu sagen, einer der Widerstandskämpfer hätte nicht in der heiligen Ansicht gehandelt, seinem deutschen Vaterland zu dienen.

Am 20. Juli war der Krieg endgültig verloren. Und jeder Versuch, den Krieg zu verhüten, jeder Versuch, den Krieg abzukürzen, bedeutet eine Ersparnis deutscher Menschenleben, deutscher Wohnungen, ein Plus deutscher Weltgeltung (...)

Hitler war nicht nur, das muss leider Gottes gesagt werden, der oberste Kriegsherr kraft Usurpation, sondern auch der oberste Kriegsverbrecher, der größte Verbrecher, den wir nach unserem Strafgesetzbuch besessen haben (...)

Ich stelle deswegen den Satz auf: Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt hochverratsfähig. Ein Unrechtsstaat, der täglich Zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr gemäß § 53 Strafgesetzbuch.

ERZÄHLER*IN 1:

Diese These vom Unrechtsstaat in seiner Einmaligkeit und Unvergleichlichkeit nimmt auch das Gericht in seiner Urteilsbegründung auf.

JOACHIM HEPPE,
VORSITZENDER
RICHTER,
BRAUNSCHWEIG:

«All das, was das deutsche Volk, angefangen vom Reichstagsbrand über den 30. Juni 1934 und den 9. November 1938, über sich hat ergehen lassen, war schreiendes Unrecht, dessen Beseitigung geboten war. Es ist schwer, bitter und hart für in deutsches Gericht, so etwas aussprechen zu müssen. (...)

Das Gericht schließt sich der Auffassung der Staatsanwaltschaft an, dass der NS-Staat kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat gewesen sei.»

ERZÄHLER*IN 1:

Die öffentliche Diskussion über Unrecht und Schuld – fand statt. Eine Umfrage Ende 1952 ergibt, dass 58 Prozent der Deutschen die Taten der Widerstandskämpfer befürworten – vor Beginn des Braunschweiger Prozesses waren es 38 Prozent gewesen.

ERZÄHLER*IN 2:

Remer wird zu drei Monaten Gefängnis verurteilt – und flieht ins Ausland. Die SRP löst sich selbst auf, kurz bevor sie vom Bundesverfassungsgericht verboten wird. Ihre 40.000 (40.000!) Mitglieder schließen sich vor allem der Deutschen Partei und der Freien Demokratischen Partei an – und anderen bürgerlichen Parteien auch.

ERZÄHLER*IN 1:

Das war 1952. Erst unvorstellbare 58 Jahre später, 2010, wurden 30.000 «Kriegsverräter» der Wehrmacht rehabilitiert ... Nach einem parlamentarischen Kampf ohne Beispiel, den die Linksfraktion initiierte.

MARTIN WALSER:

Aber ein Antrag der Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP und der Oppositionsfractionen SPD und Grüne wurde nur möglich, weil die Linke schließlich auf ihre Mitwirkung verzichtete und gewissermaßen dem eigenen Anliegen unterm Namen der anderen zustimmte.

ERZÄHLER*IN 1:

Ortswechsel.
1956 ändert sich das Leben und Arbeiten von Fritz Bauer. Der hessische Ministerpräsident, Chef des größten Strafverfolgungsapparates der jungen Bundesrepublik.

Hessen war «rot» und sein Ministerpräsident war auf gewisse Weise ein «Alter Ego» von Fritz Bauer.

ERZÄHLER*IN 2:

Fast so alt wie er, Jahrgang 1901.
Wie er sozialdemokratischer Jurist in der Weimarer Republik Anwalt, der in Kassel mutig gegen den späteren Volksgerichtshof-Präsidenten Freisler antritt.
Schutzhäftling, Soldatenanwalt, der angebliche Saboteure und «Selbstverstümmeler» verteidigt.

ERZÄHLER*IN 1:

Aus amerikanischer Gefangenschaft nach Hessen «zurückgekehrt», von der Militärregierung in die Politik geschickt, Co-Autor der Hessischen Verfassung und des Grundgesetzes, Abgeordneter, erster Justizminister Hessens und seit 1951 Ministerpräsident.

ERZÄHLER*IN 2:

Georg-August Zinn wusste genau, wen er sich da als «General» nach Frankfurt holte. Und Fritz Bauer konnte sicher sein, dass sein oberster Dienstherr,

- der Justizminister und Ministerpräsident in Personalunion Zinn auf seiner Seite war. Auch wenn der Justiz- und Polizei-Apparat nicht viel anders besetzt war als überall.
- ERZÄHLER*IN 1: Feldbergstraße 48, eine Neubauwohnung mit Blick auf den Palmengarten, das ist das Domizil Fritz Bauers. Er liebt Neubauten. Einem anderen Emigranten, dem Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der 1957 von Leipzig nach Frankfurt kam, hat er damals erzählt:
- FRITZ BAUER: «Wir Emigranten hatten so unsere heiligen Irrtümer. Ich gab eine Emigrations-Zeitschrift zusammen mit Willy Brandt heraus. Dass Deutschland in Trümmern liegt, hat auch sein Gutes, dachten wir. Da kommt der Schutt weg, dann bauen wir Städte der Zukunft. Hell, weit und menschenfreundlich. Bauhaus, Gropius. Mies van der Rohe. So dachten wir damals. Alles sollte ganz neu und großzügig werden. Dann kamen die anderen, die sagten: «Aber die Kanalisationsanlagen unter den Trümmern sind doch noch heil!» Na, und so wurden die deutschen Städte wieder aufgebaut, wie die Kanalisation es verlangte.»
- ERZÄHLER*IN 2: Bauer lädt am Tag vor Weihnachten 1959 mit großer Geste zu einer Pressekonferenz mit der Nachricht: «Über die zuständigen Bonner Ministerien wird der Generalstaatsanwalt Bauer schon Anfang 1960 ein Ersuchen um die Auslieferung Eichmanns an das Emirat in Kuwait richten.»
- ERZÄHLER*IN 1: Das Emirat Kuwait! Wahrscheinlich haben sich die BKA-Leute, die längst wussten, wo sich Eichmann tatsächlich versteckt hielt, vor Freude auf die Schenkel geklopft, als sie das lasen.
- ERZÄHLER*IN 2: Kriegsverbrecher-Geschichte 1957, 1958, 1959 von einem deutschen Generalstaatsanwalt betrieben, an allen Vorschriften vorbei und im Geheimen – aus jedem Ungehorsam, jener Notwehr heraus, die ihm die politischen Verhältnisse aufzwingen. Einen einzigen Mitwisser gibt es: seinen Dienstherrn, den Justizminister und Ministerpräsidenten Zinn.
- ERZÄHLER*IN 1: Im Mai 1960 kidnappt der israelische Geheimdienst Eichmann in Buenos Aires und entführt ihn nach Jerusalem, wo ihm der Prozess gemacht wird.
- Bauer drängt Bonn, einen Auslieferungsantrag an Israel zu stellen – erfolglos.
- ERZÄHLER*IN 2: Diese Kriegsverbrecher-Geschichte bleibt zu Lebzeiten Bauers geheim. An keiner Stelle hat er sich je dazu geäußert, was in ihm vorgegangen ist, als er die Bilder vom Jerusalemer Prozess in den Zeitungen und im Fernsehen sah, die um die ganze Welt gingen.
- ERZÄHLER*IN 1: Als Eichmann 1961 in Jerusalem vor Gericht steht, ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft schon seit zwei Jahren gegen 1.000 Beschuldigte im Zusammenhang mit den in Auschwitz begangenen Verbrechen. 1.000. In den Lagern Auschwitz und Birkenau taten von Mai 1940 bis Januar 1945 8.200 SS-Angehörige «Dienst».
- ERZÄHLER*IN 2: Ein Großteil lebte nach dem Krieg in der neuen Bundesrepublik, unauffällig, integriert. Sie zu suchen, zu befragen und gegebenenfalls vor Gericht zu stellen, hatte sich Fritz Bauer zur Aufgabe gemacht. 1959 erreichte er, dass der Bundesgerichtshof dem Landgericht Frankfurt die Zuständigkeit für eine

solche Strafsache übertrug, und beauftragte ein Team junger Juristen mit dieser Sisyphos-Arbeit. Bis Juli 1961 wurden über 1.000 Zeugen, Auschwitz-Überlebende und SS-Angehörige vernommen.

Nach weiteren zwei Jahren gerichtlicher Voruntersuchung wurde im Dezember 1963 die Hauptversammlung eröffnet. Die Strafsache gegen Mulka u.a. (Aktenzeichen 4Ks2/63) begann.

24 Strafakten stehen seit einem Jahr am Anfang eines Prozesses, der bereits jetzt als Auschwitz-Prozess in die Geschichte eingegangen ist.

24 deutsche Männer haben sich seit einem Jahr vor einem Frankfurter Schwurgericht wegen ihrer Tätigkeit in der bisher größten bekannten Menschenvernichtungsanlage zu verantworten. Der bisher umfassendste strafrechtliche Versuch, ein Stück deutscher Vergangenheit zu bewältigen, kreist um die Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau.

- ERZÄHLER*IN 2: Aus:
Peter Weiss
Die Ermittlung
Oratorium in 11 Gesängen
Gesang an der Rampe
- RICHTER: Herr Zeuge, Sie waren Vorstand des Bahnhofs, in dem die Transporte einliefen. Wie weit war der Bahnhof vom Lager entfernt?
- ZEUGE 1: Zwei Kilometer vom alten Kasernenlager und etwa fünf Kilometer vom Hauptlager.
- RICHTER: Hatten Sie in den Lagern zu tun?
- ZEUGE 1: Nein, ich hatte nur dafür zu sorgen, dass die Betriebsstrecken in Ordnung waren und dass die Züge fahrplanmäßig ein- und ausliefen.
- RICHTER: Wurden die Fahrplananordnungen von Ihnen ausgearbeitet?
- ZEUGE 1: Nein, ich hatte nur fahrplantechnische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Pendelverkehr zwischen Bahnhof und Lager durchzuführen.
- RICHTER: Dem Gericht liegen Fahrplananordnungen vor, die von Ihnen unterzeichnet sind.
- ZEUGE 1: Ich habe das vielleicht einmal vertretungsweise unterschreiben müssen.
- RICHTER: War Ihnen der Zweck der Transporte bekannt?
- ZEUGE 1: Ich war nicht in die Materie eingeweiht.
- RICHTER: Sie wussten, dass die Züge mit Menschen beladen waren?
- ZEUGE 1: Wir erfuhren nur, dass es sich um Umsiedlertransporte handelte, die unter dem Schutz des Reiches standen.
- RICHTER: Über die vom Lager regelmäßig zurückkehrenden Leerzüge haben Sie sich keine Gedanken gemacht?
- ZEUGE 1: Die beförderten Menschen waren dort angesiedelt worden.

- ANKLÄGER: Herr Zeuge, Sie haben heute die leitende Stellung in der Direktion der Bundesbahn. Demnach ist anzunehmen, dass Sie vertraut sind mit Fragen der Ausstattung und Belastung von Zügen. Wie waren die bei Ihnen ankommenden Züge ausgestattet und belastet?
- ZEUGE 2: Es handelte sich um Güterzüge.
- ANKLÄGER: Waren es Güterwagen oder Viehwagen?
- ZEUGE 2: Es waren Wagen, wie sie zum Viehtransport benutzt wurden.
- ANKLÄGER: Gab es in den Waggons sanitäre Einrichtungen.
- ZEUGE 2: Das ist mir nicht bekannt.
- ANKLÄGER: Wie oft kamen die Züge an?
- ZEUGE 2: Das kann ich nicht sagen. (...)
- ANKLÄGER: Wo wohnen Sie?
- ZEUGE 2: In der Ortschaft.
- ANKLÄGER: Wer wohnte sonst dort?
- ZEUGE 2: Die Ortschaft war von der einheimischen Bevölkerung geräumt worden. Es wohnten dort Beamte des Lagers und Personal der umliegenden Industrien.
- ANKLÄGER: Was waren das für Industrien?
- ZEUGE 2: Es waren Niederlassungen der IG Farben der Krupp- und Siemenswerke.
- ANKLÄGER: Sahen Sie die Häftlinge, die dort zu arbeiten hatten?
- ZEUGE 2: Ich sah sie beim An- und Abmarschieren.
- ANKLÄGER: Wie war der Zustand der Gruppen?
- ZEUGE 2: Sie gingen im Gleichschritt und sangen.
- ANKLÄGER: Erfuhren Sie nichts über die Verhältnisse im Lager?
- ZEUGE 2: Es wurde ja so viel dummes Zeug geredet, man wusste doch nie, woran man war.
- ANKLÄGER: Hörten Sie nichts über die Vernichtung von Menschen?
- ZEUGE 2: Wie sollte man so was schon glauben.
- ERZÄHLER*IN: 1963, 1964, 1965 – 3 Jahre, 20 Monate, 183 Verhandlungstage dauerte dieser Prozess.
360 Zeugen wurden gehört, darunter 211 überlebende Gefangene.

Angeklagt waren zwei Adjutanten, ein Lagerführer, SS-Ärzte, ein SS-Apotheker, ein Rapportführer, Angehörige der politischen Abteilung der Lager-Gestapo, Sanitäter ...

Sie stritten Massenmord und Massenvernichtung in den Lagern nicht ab, leugneten aber ihre persönliche Beteiligung an den Verbrechen. Der Vorsitzende Richter hielt fest:

RICHTER: Die Angeklagten haben im Wesentlichen geschwiegen, in großen Teilen die Tat geleugnet und die Unwahrheit gesagt.

ERZÄHLER*IN 1: Keiner hielt sich für schuldig. Keiner äußerte auch nur einen Satz der Entschuldigung.

ERZÄHLER*IN 2: Im Essay «Im Namen des Volkes – die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit» definiert Fritz Bauer, was mit diesem Prozess aus seiner Sicht erreicht werden sollte.

FRITZ BAUER: Mit dem Wort von der Bewältigung unserer Vergangenheit, das Bundespräsident Heuss geprägt hat, ist gemeint, dass wir aus dem Vergangenen lernen und die Konsequenz für Gegenwart und Zukunft ziehen. Die Bewältigung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist gewiss nicht allein, auch nicht vorzugsweise eine Sache der Strafjustiz. Sie geht uns alle an. Die Gerichte haben die Aufgabe, im Namen des Volkes die Taten des nazistischen Unrechtsstaates zu beurteilen und zu verurteilen. Auch diese Taten sind seinerzeit im Namen des Volkes begangen worden. Die Bürger von heute sind in ihrer Mehrheit die «Volksgenossen» von gestern. Das Richten in eigener Sache ist auch dann, wenn es nur in übertragenem Sinn geschieht, immer eine prekäre Angelegenheit. Als am 8. Juni 1951 einige der des schwersten Massenmordes überführten Einsatzgruppenführer wie etwa Ohlendorf von den Amerikanern hingerichtet wurden, protestierte der Vizekanzler der Bundesregierung. Staatsanwaltschaften und Gerichte glaubten bis Mitte der Fünfzigerjahre, hieraus den Schluss ziehen dürfen, nach der Auffassung von Gesetzgebung (Parlament) und Exekutive (Regierung) sei die juristische Bewältigung der Vergangenheit abgeschlossen.

POSTKARTE: An Oberstaatsanwalt Bauer
Charakterkopf I a
Frankfurt/Oberstaatsanwaltschaft

Immer wieder stellen wir fest, dass es eine gewisse Gruppe von Menschen ist, die die «Umerziehung» der Deutschen durchführt. Unter dieser Umerziehung, die eine Grundforderung unserer Feinde war und ist, stellt man sich also vor, dass unser Volk demoralisiert wird und demokratisiert wird. Mit einem Sauhaufen ohne Moral kann Juda natürlich besser umspringen.

Und mit der Demokratie ist das so, dass diese, ob wir wollen oder nicht, uns aufgezwängt wird. Angeblich soll sie was Gutes sein.

Sie ist und bleibt aber Volksbetrug!

Gut für die, die sich die Taschen füllen können. Gut ist sie nur für die Funktionäre, so zum Beispiel für die Bonner Kumpaneier.

Gut für die, die sich die Taschen füllen können.

Schlecht aber für das arme, kleine Volk!

Gut aber für Juda.
 Gut für den Milliardenepresser Nahum Goldmann usw.
 Gut für Brandt (Fram) usw.
 Natürlich muss zu solchem Teufelswerk auch die Handlangermannschaft bereitstehen.
 In großes Volk zu demoralisieren und zu würgen, bedarf es bestimmter Regeln.
 Juda ist im Völkermord geübt.
 Ein Handlanger dieser Rasse sind Sie, Bauer. Sie sollten sich bis in den Hintern hinein schämen, zu solchem Völkermord die Hand zu reichen. Sie sind also kein Deutscher Richter, sondern ein Handlanger der Juden, die unser Volk vernichten wollen.

Absender:
 Kölner Kreis/Mehlemer Kreis
 (Quelle: Katalog. Fritz Bauer Institut)

ERZÄHLER*IN 2: Am 19. August 1965 beginnt die Urteilsverkündung. Sie dauert zwei Tage. Das Gericht verhängt 17 Zuchthausstrafen von drei Jahren und sechs Monaten bis zu «Lebenslang» in einem Fall. Drei Angeklagte werden freigesprochen. Zwei sind wegen Verhandlungsunfähigkeit vorher ausgeschieden.

ERZÄHLER*IN 1: Aus der Urteilsverkündung:

HANS HOFMEYER,
 VORSITZENDER
 RICHTER,
 FRANKFURT:

Die Staatsanwaltschaft hat zu Beginn ihres Plädoyers die Fragen aufgeworfen: Warum ein Auschwitz-Prozess, und warum heute noch ein Auschwitz-Prozess?
 Diese Fragen werden für die Staatsanwaltschaft von Interesse gewesen sein, als sie diesen Prozess einleiten sollte. Für das Schwurgericht sind derartige Fragen nicht zu stellen. Wenn auch der Prozess weit über die Grenzen dieses Landes Beachtung gefunden hat und den Namen «Auschwitz-Prozess» erhalten hat, so blieb er für das Schwurgericht ein Prozess gegen «Mulka und andere...», das heißt, es war für die Entscheidung des Schwurgerichts nur die Schuld der Angeklagten maßgeblich. Das Schwurgericht war nicht berufen, die Vergangenheit zu bewältigen. Es hatte auch nicht zu prüfen, ob dieser Prozess zweckmäßig war oder nicht. Das Schwurgericht konnte nicht einen politischen Prozess führen, schon gar nicht einen Schauprozess ...
 Das Gericht hat sich bemüht, die Wahrheit zu erforschen. Die Länge des Prozesses und die zahlreichen Beweiserhebungen, die durchgeführt wurden, sprechen dafür, dass allein die Erforschung der Wahrheit im Mittelpunkt dieses Verfahrens gestanden hat.

ERZÄHLER*IN 1: Was aber war die Wahrheit dieses Verfahrens? Für Fritz Bauer ein «totales Geschehen», der Massenmord an Millionen in den Vernichtungslagern. Im Essay «In unserem Namen» schreibt er:

FRITZ BAUER: Die Sach- und Rechtslage war ungewöhnlich einfach: Es gab einen Befehl zur Liquidierung der Juden in dem von den Nazis beherrschten Europa; Mordwerkzeug waren Auschwitz, Treblinka usw. Wer an dieser Mordmaschine hantierte, wurde der Mitwirkung am Morde schuldig, was immer er tat, selbstverständlich vorausgesetzt, dass er das Ziel der Maschinerie kann-

te, was freilich für die, die in den Vernichtungslagern waren oder um sie wussten, von der Wachmannschaft angefangen bis zur Spitze, außer jedem Zweifel steht.

Wer einer Räuberbande im Stil von Schiller oder einer Gangsterbande im Stil von «Murder Inc» angehört, ist, woran kein Strafrichter hierzulande zweifeln dürfte, des Mordes schuldig, gleichgültig, ob er als «Boss» am Schreibtisch den Mordbefehl erteilt, ob er die Revolver verteilt, ob er den Tatort ausspioniert, ob er eigenhändig schießt, ob er Schmiere steht oder sonst tut, was ihm im Rahmen einer Arbeitsteilung an Aufgaben zugewiesen ist. Von dieser hierzulande sonst ganz üblichen, schon dem jungen Strafrichter geläufigen Praxis wichen unsere NS-Prozesse vielfach ab, wahrscheinlich, um das kollektive Geschehen durch Atomisierung und Parzellierung der fruchtbaren Dinge sozusagen zu privatisieren und damit zu entschärfen.

ERZÄHLER*IN 2: Unter den vielen prominenten Prozessbeobachtern – Günter Grass, Arthur Miller, Marie Luise Kaschnitz, Günther Anders, Hannah Arendt, Karl Jaspers – befand sich auch Martin Walser. 38 Jahre alt, die Nazidiktatur als Kind, Jugendlerner, junger Mann hinter sich. In einem 1965 veröffentlichten Aufsatz unter dem Titel «Unser Auschwitz» stimmt er dieser Beurteilung vehement zu.

MARTIN WALSER: «Über ein Jahr lang haben wir in der Zeitung gelesen, wie es zugeht in Auschwitz. Wir waren vielleicht sogar im Gerichtssaal in Frankfurt. Wir kennen die Gesichter der Angeschuldigten, wir erinnern uns an einzelne Zeugen, und am meisten erinnern wir uns an fürchterliche Einzelheiten (...) ABER: Haben diese Brutalitäten unser Bewusstsein erreicht? Haben sie uns darüber belehrt, was Faschismus ist? Die Täter: werden Teufel, Henker, Raubtiere genannt. Auschwitz: die Hölle. ABER: Die Folterer waren keine fantastischen Teufel, und Auschwitz war nicht die Hölle, sondern ein deutsches Konzentrationslager. Eine Anstalt, die der deutsche Staat mit großer Folgerichtigkeit entwickelte zur Ausbeutung und Vernichtung von Menschen. Ein Betriebssystem (...) Und wenn Volk und Staat überhaupt noch sinnvolle Bezeichnungen sind für ein Politisches, für ein Kollektiv also, das in der Geschichte auftritt, in dessen Namen Recht gesprochen oder gebrochen wird, dann ist alles, was geschieht, durch dieses Kollektiv bedingt, dann ist in diesem Kollektiv die Ursache für alles zu suchen. Dann ist keine Tat mehr bloß subjektiv. Dann gehört jeder zu irgendeinem Teil zu der Ursache von Auschwitz. Dann wäre es eines jeden Sache, diesen Anteil aufzufinden.»
Zum Beispiel:
«(...) darüber nachzudenken, auf welche Weise und wie sehr ich heute dem westdeutschen Staat angehöre, auf welche Weise und in welchem Ausmaß das sogenannte Dritte Reich sich auch als mein staatlicher Ausdruck manifestieren durfte.
Wir scheuen die Anstrengung, Auschwitz als ein sinnloses, nie mehr zu sühnendes Morden in unser Bewusstsein aufzunehmen.»

ERZÄHLER*IN 1: Und die Gerichte, auch das Frankfurter, haben dies ermöglicht.
Das beweisen die Zahlen:

ERZÄHLER*IN 2: 8.200 Angehörige der SS taten von 1940 bis 1945 «Dienst» in Auschwitz.
Vor bundesdeutschen Richtern standen 43 Angeklagte.
Das sind 0,5 Prozent.

ERZÄHLER*IN 1: Das beweisen vor allem aber auch die Urteile und ihre Begründungen:

- ERZÄHLER*IN 2: Neun Angeklagte wurden zu lebenslangem Zuchthaus, 20 zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.
Zehn Angeklagte wurden freigesprochen; vier schieden vorzeitig aus den Verfahren aus.
- FRITZ BAUER: Die Gerichte haben in einer sehr großen Zahl von Fällen von nazistischen Verbrechen nicht Täterschaft, sondern lediglich Beihilfe angenommen: nicht nur bei kleinen Tätern, sondern auch bei hohen Funktionären. Hinter der bei den Gerichten bis hinauf zum Bundesgerichtshof beliebten Annahme bloßer Beihilfe steht die nachträgliche Wunschvorstellung, im totalitären Staat der Nazizeit habe es nur wenige Verantwortliche gegeben, es seien nur Hitler und ein paar seiner Allernächsten gewesen, während alle übrigen lediglich vergewaltigte, terrorisierte Mitläufer oder depersonalisierte und dehumanisierte Existenzen waren, die veranlasst wurden, Dinge zu tun, die ihnen völlig wesensfremd gewesen sind. Deutschland war sozusagen nicht ein weitgehend besessenes, auf den Nazismus versessenes, sondern ein von einem Feind besetztes Land. Dergleichen hat mit der historischen Wahrheit wenig zu tun. Es gab vor Hitler glühende Nationalisten und Imperialisten, Völkische und Judenhasser. Hitler war ohne sie nicht denkbar. Er hat sie bestätigt, sie haben ihn bestätigt. Vieles was an Verbrechen geschah, wurde durch Täter getan, die den Nazismus und sein Unrecht bejahten, sei es aus ideologischer Verblendung, sei es aus Machthunger, aus Lust am Fortkommen und an Karriere, aus Habsucht, aus Sadismus zwecks Befriedung von Affekten und Instinkten, aus Bequemlichkeit und was es sonst an kriminellen Motiven gibt und geben mag.
- ERZÄHLER*IN 1: 1965: Zeit der ZWEITEN SCHULD – wie Ralph Giordano sie 20 Jahre später genannt hat. Die Zeit, in der der GROSSE FRIEDEN MIT DEN TÄTERN gemacht wird, Zeit der Verdrängung und Verleugnung ...
- FRITZ BAUER: Die Einstellung der Bürger der Bundesrepublik zu den Strafprozessen ist uns aus Meinungsumfragen einigermaßen bekannt. Das Auschwitz-Verfahren ist von vielen Deutschen nicht zur Kenntnis genommen worden. 40 Prozent wollen überhaupt nichts von ihm gehört haben, und von den 60 Prozent, die informiert waren, wollten 39 Prozent über die Vergangenheit Gras wachsen lassen.
- ERZÄHLER*IN 1: Und im Zusammenhang mit der zur selben Zeit geführten Diskussion über eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Völkermord sprachen sich 63 Prozent der befragten Frauen für eine Beendigung der Verfolgung der Naziverbrechen aus.
- ERZÄHLER*IN 2: 1964/1965/1966/1967
- Noch während des laufenden Auschwitz-Prozesses bereitete die hessische Staatsanwaltschaft weitere Verfahren wegen nationalsozialistischer Massenverbrechen vor.
- ERZÄHLER*IN 1: Gegen den Frankfurter NS-Polizeipräsidenten und «Gesandten» bei den Deportationen jüdischer Bürger aus Bulgarien, Beckerle ...
Gegen die «Experten» des Sondereinsatzkommandos Ungarn, Hermann Krumej und Otto Hunsche ...
Gegen die Euthanasie-Ärzte Bunke, Endruweit, Heyde und Ritsche, die unter dem Tarnnamen «T4» und «Sonderbehandlung 14f13» Massentötungen organisiert und an ihnen mitgewirkt hatten ...

- ERZÄHLER*IN 2: Gegen Mitglieder des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe in der Sowjetunion, verantwortlich für den Mord an Zehntausenden Menschen, auch den Massenmord von Babi Jar, wo es zum ersten Mal auch um die Verbrechen der Wehrmacht geht.
- ERZÄHLER*IN 1: Von 1967 bis 1995 hat es gedauert, bis dieses Tabu ins Bewusstsein der Gesellschaft gebracht wurde. Durch die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» – gezeigt in 34 Städten, diskutiert im Bundestag und in Landesparlamenten, 900.000 Besucher. Aber ein Skandal, selbst 50 Jahre nach Kriegsende noch.
- Keiner der Prozesse nach 1965 ist im Sinn Fritz Bauers entschieden worden oder zu einem Ende gekommen. Rückschläge ohne Ende. Anfeindungen ohne Zahl. Hakenkreuzplakate an der Hauswand seiner Wohnung, Morddrohungen.
- FRITZ BAUER: Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.
- ERZÄHLER*IN 2: 1968: Zeit der Studentenproteste, Zeit der Notstandsgesetze. Gerhard Zwerenz veröffentlicht «Gespräche mit Fritz Bauer». An einer Stelle gibt es verzweifelte Fragen:
- FRITZ BAUER: Was glauben Sie, kann aus dem Land werden?
Meinen Sie, es ist noch zu retten?
Die Linken kommen immer mit ihren Utopien. Wenn die Städte aber aufgebaut worden sind, wie die Kanalisation es verlangte, was soll dann eine Utopie?
Nehmen Sie die ersten Bonner Jahre!
Keine Wehrmacht! Keine Politik der Stärke! Nun betrachten Sie mal die jetzige Politik und die Notstandsgesetze dazu! Legen Sie meinethalben ein Lineal an. Wohin zeigt es? Nach rechts! Was kann da in der Verlängerung herauskommen? Höchstens eine negative Utopie! Zum Glück sind wir alt. Wir werden das nicht mehr miterleben.»
- ERZÄHLER*IN 1: Am 1. Juli 1968 wird Fritz Bauer in seiner Wohnung tot aufgefunden. Die Haushälterin entdeckt den Leichnam in der Badewanne. Der Polizeiarzt stellt eine nicht geklärte Todesursache fest. Der Gerichtsmediziner diagnostiziert eine Überdosis Veronal und Herz- und Kreislaufversagen.
- ERZÄHLER*IN 2: Es gibt eine Trauerfeier im engsten Freundeskreis und eine offizielle Gedenkstunde der Hessischen Landesregierung.
Theodor Adorno legt danach vor seinen Studenten dieses Credo ab:
- THEODOR W:
ADORNO: «Ich glaube aus einer sehr genauen Kenntnis der Person, mich keiner Übertreibung und keiner Sentimentalität schuldig zu machen, wenn ich Ihnen sage, dass zu dem vorzeitigen Tod von Fritz Bauer die Verzweiflung darüber beigetragen hat, dass all das, worauf er gehofft hat, all das, was er in Deutschland anders und besser hat machen wollen, ihm gefährdet erschien, und dass er unablässig von dem Zweifel geplagt worden ist, ob es denn richtig gewesen sei, aus der Emigration zurückzukehren. Ich selbst habe diesen Zweifel lange von mir gewiesen. Ich muss sagen, dass es Entwicklungen in Deutschland gibt, wie etwa die Annahme der Notstandsgesetze, aber auch eine Reihe anderer Dinge, die mir sehr begreiflich erscheinen lassen, dass Bauer, der im Übrigen einem Herzleiden erlegen ist, unter diesen

Dingen so gelitten hat, dass sie schließlich den Lebensfaden abgeschnitten haben.»

ERZÄHLER*IN 1:

«Den Lebensfaden abgeschnitten ...»

Uns bleibt fast ein halbes Jahrhundert später sein Vermächtnis aus dem Jahr 1966:

FRITZ BAUER:
O-Ton Film
«Eichmann und
das Dritte Reich»
(BRD/Schweiz, 1961)
von Erwin Leiser

Als der Krieg zu Ende ging. Stalingrad war für uns das Symbol, trafen wir Emigranten in Stockholm uns zu Arbeitsgruppen, täglichen und nächtlichen.

Wir beschäftigten uns mit dem neuen Deutschland.

Deutschland war zertrümmert.

Wir träumten von einem neu aufgebauten Deutschland.

Und als der Krieg zu Ende war, war es die ideologische Konsequenz, dass wir das, was wir uns in unserem Idealismus und vielleicht allzu großen Optimismus erträumten, umsetzen wollten in die Wirklichkeit.

Ich bin zurückgekehrt. Ich muss ehrlich sagen, ich habe es nicht bereut.

Ich glaube, hier besteht eine Aufgabe, die Aufgabe ist noch nicht gelöst. Ich hoffe, in vielen kleinen Schritten die jungen Menschen mitzureißen, ein neues Deutschland zu schaffen, ein Deutschland der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität und Frieden.

FRANZ SODANN

MIT HERZ UND VERSTAND

«Die Erinnerung ist eine mysteriöse Macht und bildet die Menschen um. Wer das, was schön war, vergisst, wird böse. Wer das, was schlimm war, vergisst, wird dumm.» Dieser Satz von Erich Kästner begleitet mich seit Beginn meiner Schauspielerlaufbahn. Damals spielte ich die Rolle des Adolf Eichmann in «Die Wannseekonferenz», einem Theaterstück, beruhend auf den Protokollaufzeichnungen selbiger aus dem Jahre 1942, eines der dunkelsten, perversesten Kapitel der deutschen Geschichte. Unter diesem Eindruck hat sich Kästners Satz in mein Gedächtnis gebrannt und beeinflusst seither mein künstlerisches, privates und politisches Leben und Schaffen.

Geschichte von mehreren Seiten zu betrachten, Personen und ihre Motive nachzuvollziehen und mithilfe von Zeitdokumenten zu einer Erzählung zu verbinden, das ist für mich eine Möglichkeit, einer überhandnehmenden Form von Geschichtsklitterung entgegenzuwirken. Wie einzelne Personen und die Gesellschaft insgesamt nach immer gleichen Mustern gegen die Vernunft anrennen, zeigt das Schicksal des ersten demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende, dessen gerechte Ideen letztendlich von kapitalistischen Interessen und ihren Getriebenen buchstäblich pulverisiert worden sind.

Solche Geschichten als szenische Lesung oder Theateraufführung lebendig und erlebbar zu machen hilft, Vergangenheit als Mahnung, Blaupause oder Gedankenstütze für die Gegenwart zu begreifen. Soweit der hehre Anspruch. Allein und ohne Publikum wäre das ein Zitat fürs Tagebuch, ein frommer Wunsch ohne Konsequenz. Doch wenn sich die Chance auftut, muss man sie ergreifen.

Zufall und glücklichen Umständen zu verdanken ist jener Tag, an dem mich Birgit Klaubert, später thüringische Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Luc Jochimsen vorstellte. Als Luc, damals die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, mich fragte, ob ich mir vorstellen könnte, ihr bei der Realisierung einer szenischen Lesung zu den Anfängen der Weimarer Republik zu helfen, sagte ich zu.

Mit einer Lesung zur «Geburtsstunde der Demokratie» 2009 begann unsere produktive und herzliche Zusammenarbeit, für die ich bis heute dankbar bin. Ich habe viel gelernt und gemeinsam konnten wir zeigen: Allende – sein Mut und der unbedingte Wille, die Menschen seines Landes vor den unsozialen Auswüchsen eines hemmungslos wütenden Kapitalismus zu schützen, wurde im Keim erstickt. Hochachtung vor dem Humanisten und Schriftsteller Stefan Heym, der zu keiner Zeit schwieg, immer aneckte, und die große Scham darüber, wie übel ihm in der direkten Nachwendezeit mitgespielt worden ist. Die Ignoranz und das Schweigen nicht nur der Eliten gegenüber den Anklagen des Generalstaatsanwalts Fritz Bauer nach dem Zweiten Weltkrieg und die nach wie vor bestens funktionierenden Netzwerke. Alle drei Menschen möchte man im Nachhinein umarmen, sich entschuldigen.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei allen, die an den Veranstaltungen mitgewirkt haben – Politikerinnen und Politikern, Journalistinnen und Journalisten, Schriftstellerinnen und Schriftstellern, Schauspielerinnen und Schauspielern, Verlegern und Musikern – für ihre Offenheit, in viele Rollen zu schlüpfen, bedanken.

Und ich danke Luc Jochimsen. Ohne sie wäre ich heute bestimmt nicht da, wo ich bin.

60 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

TEXTBUCH: LUC JOCHIMSEN

LOBLIED AUF EUROPA

Rollen:

Erzähler*in 1
Erzähler*in 2
Zitatsprecher*in 1
Zitatsprecher*in 2
Leon Blum
Winston Churchill
Eugen Kogon
Altiero Spinelli

Uraufführung:

1. Dezember 2017
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin

Regie:

Franz Sodann

Mitwirkende:

Rolf Becker
Dagmar Enkelmann
Luc Jochimsen
Jan Korte
Klaus Lederer
Franz Sodann
Tom Strohschneider

- ERZÄHLER*IN 1: 25. März 1957, Rom:
- ZITATSPRECHER*IN 1: Seine Majestät der König der Belgier
Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Der Präsident der Französischen Republik
Der Präsident der Italienischen Republik
Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg
Ihre Majestät die Königin der Niederlande ...
- ERZÄHLER*IN 2: Haben beschlossen, eine EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT zu gründen.
- ZITATSPRECHER*IN 2: In dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen;
- entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Länder zu sichern;
- in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben;
- entschlossen, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen.
- ERZÄHLER*IN 1: 25. März 1957, Rom:
An die 100 Männer – und so gut wie keine Frau – kamen im Konservatorenpalast auf dem Kapitol zusammen – im Saal der Horatier und Curiatier, vor dem Hintergrund gigantischer Schlachtengemälde, die vom Kampf der Römer gegen die Latiner berichten.
- Im Zentrum ein langer, damastbezogener Tisch, darauf Mikrofone, Löschpapierrollen, lederne Schreibunterlagen und ein aus 248 Artikeln bestehendes Vertragswerk.
- ERZÄHLER*IN 2: Viel über Zölle, Waren, Abgaben, Kontingente, Preisregelungen, Wettbewerb, Freizügigkeit, Zahlungsbilanzen, Kapitalverkehr ...
- Über die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft – Die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet des Verkehrs ...
- ERZÄHLER*IN 1: Recht wenig über die Grundlagen sozialer Lebensbedingungen, Wohlstand und Gerechtigkeit ...
- ZITATSPRECHER*IN 1: Artikel 2:
Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern.
- ZITATSPRECHER*IN 2: Artikel 5:
Die Organe der Gemeinschaft achten darauf, die innere und äußere finanzielle Stabilität der Mitgliedsstaaten nicht zu gefährden.
- ZITATSPRECHER*IN 1: Artikel 86:
Mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar und verboten ist die missbräuch-

liche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem gemeinsamen Markt oder auf einem wesentlichen Teil desselben ...

- ZITATSPRECHER*IN 2: Artikel 117:
Die Mitgliedsstaaten sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken ...
- ZITATSPRECHER*IN 1: Artikel 119:
Jeder Mitgliedsstaat wird den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und beibehalten.
- ERZÄHLER*IN 2: Unterzeichnet von: Paul-Henri Spaak, Konrad Adenauer, Christian Pineau, Antonio Segni, Joseph Bech, Joseph Luns und ihren Stellvertretern.
- ERZÄHLER*IN 1: 25. März 1957, Rom:
Es regnete so heftig an diesem Tag, dass die offizielle «Feier für Europa» abgesagt werden musste. Kein Feuerwerk wie geplant. Nach der Unterzeichnung hasteten die Delegationen über die Piazza des Konservatorenpalastes, vorbei am Reiterdenkmal des Philosophenkaisers Mark Aurel, der 1.700 Jahren vorher geschrieben hat:
- «Nicht den Mut verlieren,
nicht aus Verdruss aufgeben,
wenn es dir nicht vollständig gelingt,
alles nach richtigen Grundsätzen auszuführen!
Wenn etwas misslungen ist,
fang wieder von Neuem an.»
- ERZÄHLER*IN 2: Die Staatschefs und ihre Vertreter, die Minister und ihre Stäbe feierten dann mit geladenen Gästen diesen «Tag der Römischen Verträge» unter sich. Heute, 60 Jahre später, heißt es, dieser Tag sei der Anfang des Europas, in dem wir jetzt leben, er bilde das Fundament, auf dem die «Gemeinschaft EU» aufgebaut und gestaltet ist.
- ERZÄHLER*IN 1: Aber stimmt das? Ist das wirklich so?
- Die Idee zu diesem Europa, dieser Gemeinschaft ist Jahrzehnte älter. Schon nach dem Ersten Weltkrieg gab es Pläne für ein «PANEUROPA» und eine europäische Zollunion, veröffentlicht vom österreichischen Grafen Coudenhove-Kalergi und dem belgischen Bankier van Zeeland, die großes Aufsehen erregten und jahrelang intensiv beschrieben und diskutiert wurden.
- ZITATSPRECHER*IN 1: «Zwischen 1925 und 1934 (...) sind nahezu 600 Bücher und Zeitschriftenartikel zum Thema europäische Einigung erschienen, zahlreiche Vereinigungen warben für die politische Zusammenarbeit der Nationalstaaten und machten Vorschläge für ein wirtschaftliches und soziales Fundament des geistigen Europas.»
- ZITATSPRECHER*IN 2: So Ulrike Guérot in ihrem Essay «Der neue Bürgerkrieg – das offene Europa und seine Feinde» – Und weiter:
- ZITATSPRECHER*IN 1: «Schon damals konnte man lesen, dass die Kooperation niemals auf die Wirtschaft beschränkt sein könne, im Gegenteil, dass Europa nur über die Mäßigung der Wirtschaft zum Geist gelangen könne.»

- ERZÄHLER*IN 1: 1934 bricht dieser Europa-Diskurs ab – STATTDESSEN verwüsten Faschismus, Diktatoren, ein neuer mörderischer Krieg den Kontinent. Aber die Idee bleibt. Die Verfolgten der nationalen Diktaturen halten an ihr fest, vertiefen sie zu einer humanen Vision mitten in der Barbarei.
- ERZÄHLER*IN 2: 1941, Fort du Portalet in den Pyrenäen:
Der von der Nazi-Besatzungsmacht gefangen gesetzte frühere sozialistische Premierminister Frankreichs, Leon Blum, schreibt:
- LEON BLUM: «Aus diesem Krieg müssen endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen, sonst wird er nicht der letzte gewesen sein. Zur Unschädlichkeit Deutschlands gibt es nur einen einzigen Weg: die Eingliederung der deutschen Nation in einer internationalen Gemeinschaft.»
- ZITATSPRECHER*IN 2: (Quelle: Handbuch des Deutschen Bundestages: Die Wege nach Rom, Hans Wilderotter, 2017)
- ERZÄHLER*IN 1: 1941, Insel Ventotene im Tyrrhenischen Meer vor Neapel:
Der vom Mussolini-Regime seit 14 Jahren inhaftierte und auf die Gefangeninsel verbannte kommunistische Widerstandskämpfer Altiero Spinelli erarbeitet zusammen mit den Mithäftlingen Eugenio Colorni und Ernesto Rossi ein «Manifest». Darin heißt es:
- ALTIERO SPINELLI: «Die erste anzugehende Aufgabe, ohne deren Lösung jeglicher Fortschritt ein trügerischer Schimmer bleiben würde, ist die endgültige Beseitigung der Grenzen, die Europa in souveräne Staaten aufteilen ...
- Unlösbar sind die zahlreichen Probleme geworden, die das internationale Leben unseres Kontinents erschweren:
- das Abstecken von Grenzen in Gebieten mit gemischter Bevölkerung
 - die Verteidigung sprachlicher Minderheiten
 - der Zugang zum Meer für die Binnenländer
 - der Balkan
 - die Irländische Frage (...)
- Die europäische Föderation hingegen könnte diese Probleme ohne Weiteres lösen.»
- ERZÄHLER*IN 2: Dieses aus dem Gefängnis geschmuggelte Manifest zirkulierte schnell in den Partisanenkreisen Italiens. Der Widerstand gegen deutsche und italienische Faschisten hatte damit eine Vision: die Idee einer europäischen Gemeinschaft zur Schaffung und Aufrechterhaltung des Friedens – nach dem Krieg.
- ALTIERO SPINELLI: «Es gilt, einen Bundesstaat zu schaffen, der auf festen Füßen steht und anstelle nationaler Heere über eine europäische Streitmacht verfügt. Es gilt, endgültig mit den wirtschaftlichen Autarchien, die das Rückgrat der totalitären Regime bilden, aufzuräumen. Es braucht eine ausreichende Anzahl an Organen und Mitteln, um in den einzelnen Bundesstaaten die Beschlüsse, die zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung dienen, durchzuführen. Gleichzeitig soll den Staaten jene Autonomie belassen werden, die eine plastische Gliederung und die Entwicklung eines politischen Lebens, gemäß den besonderen Eigenschaften der verschiedenen Völker, gestattet.»

- ERZÄHLER*IN 2: Zwei Jahre später, 1943, nach dem Sturz Mussolinis, aber immer noch im tobenden Weltkrieg, wurde Altiero Spinelli freigelassen und gründete mitten im Partisanenkampf das MOVIMENTO FEDERALISTA EUROPEO. Es gab Verbindungen zum französischen Widerstand und zur «Europa Union» in der Schweiz. Die Gruppen forderten eine politische Verfassung für Europa.
- ERZÄHLER*IN 1: 13. April 1945, Buchenwald:
Nach ihrer Befreiung veröffentlichten deutsche, österreichische, tschechische Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten ein «Manifest», das in jahrelanger Diskussion im Konzentrationslager auch mit christlichen Widerstandskämpfern erarbeitet wurde, mitunterzeichnet von französischen, belgischen, niederländischen und polnischen Häftlingen.
- ZITATSPRECHER*IN 1: «Wir wollen nie wieder Krieg, wir werden alles tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen (...)
- ZITATSPRECHER*IN 2: Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatengemeinschaft zu kommen, die unserem schwer geprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinwirtschaft Ordnung und Wohlstand verbürgt. Diese soll uns als Mittel dienen, Europas kulturelle Mission in der Welt auf der gesellschaftlichen Stufe des Sozialismus zu erneuern.
- ZITATSPRECHER*IN 1: Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit: die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis. So wollen wir ein europäisches Gesamtbewusstsein schaffen, das allein den Frieden der Völker tragen kann.»
- ERZÄHLER*IN 1: Dieses «Manifest von Buchenwald» formulierte auch eine besondere Aufgabe für uns Deutsche. Unter dem Titel NEUE HUMANITÄT hieß es für das Nachkriegsdeutschland «Wir brauchen einen neuen Geist. Er soll verkörpert werden durch den neuen Typ des deutschen Europäers.»
- ERZÄHLER*IN 2: 1941/1943/1945
Fort du Portalet/Ventotene/Buchenwald:
Das war der Anfang für das neue Europa: das Friedensprojekt, das Sozialprojekt, das Gerechtigkeitsprojekt. Und die Zustimmung, ja sogar die Begeisterung dafür – insbesondere unter den jungen Europäern – war nach dem Krieg, abertausend-, millionenfach.
- ERZÄHLER*IN 1: Persönliche Erinnerung:
1946 war ich zehn Jahre alt. Wir hatten den Krieg in Frankfurt am Main überlebt – nach einer Odyssee von Budapest über Wien und Düsseldorf, nach Totalausbombung, Phosphorverletzungen, Verlust jeglicher Habe ... Die Stunde null war wie eine Explosion. Fast hektisch, als ginge es darum, keine Zeit zu verlieren, beschworen Elternhaus, die wiedereröffnete Schule, das neue Radio, die protestantische Kirche des KZ-Überlebenden Martin Niemöller, die Kinder- und Jugendprogramme der amerikanischen Militärregierung die neue Zeit: Freiheit, Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit, Verantwortung jedes Einzelnen – und die Vision Europa. In Frankfurt am Main gab es außerdem einen besonderen europäischen Motor: Eugen Kogon. Der Buchenwald-Häftling, CDU-Gründer, christlich orientierte, freiheitliche Sozialist, Autor des ersten politischen «Bestsellers» 1946: «Der SS-Staat» (Auf-

lage 500.000). Er schrieb und verlegte Texte zu Europa, schuf die «Europa Union» und das «Junge Europa», ein Büro für «Europäische Studien» und mobilisierte geradezu eine Euphorie nach dem Motto «Reißt die Schlagbäume ein!» Aufbruchstimmung!

ERZÄHLER*IN 2:

1945/1946:

Zahlreich waren die Pläne und Entwürfe für ein ganz und gar neues Europa. Große Reden wurden gehalten – die aufsehenerregendste hielt der Kriegsfeldherr und siegreiche Alliierte Winston Churchill.

ERZÄHLER*IN 1:

19. September 1946, Zürich:

In einer Art Triumphzug fährt der Ex-Premier im offenen, blumengeschmückten Wagen durch die Stadt zur Universität, um eine «Rede an die akademische Jugend» zu halten. Motto: «Lassen Sie Europa entstehen!» Zitate:

WINSTON CHURCHILL:

«Dieser edle Kontinent, der alles in allem die schönsten und kultiviertesten Gegenden der Erde umfasst (...) ist die Heimat aller großen Muttervölker der westlichen Welt.

Hier sind die Quellen des christlichen Glaubens und der christlichen Ethik. Hier liegt der Ursprung fast aller Kulturen, Künste, philosophischer Lehren und Wissenschaften des Altertums und der Neuzeit. Wäre jemals ein vereintes Europa imstande, sich in das gemeinsame Erbe zu teilen, dann genossen seine 300 oder 400 Millionen Einwohner Glück, Wohlstand und Ehre in unbegrenztem Ausmaß.

Jedoch brachen in Europa, entfacht durch die teutonischen Nationen in ihrem Machtstreben, jene Reihe entsetzlicher nationalistischer Streitigkeiten aus, wie wir sie in diesem 20. Jahrhundert und somit zu unserer Lebenszeit den Frieden zerstören und die Hoffnungen der gesamten Menschheit verderben sahen.

Und welches ist der Zustand, in den Europa gebracht worden ist? (...)

Unter den Siegern herrscht ein babylonisches Stimmengewirr – unter den Besiegten das trotzige Schweigen der Verzweiflung. Und doch gibt es all' die Zeit hindurch ein Mittel, das, würde es allgemein und spontan von der großen Mehrheit der Menschen in vielen Ländern angewendet, wie durch ein Wunder die ganze Szene verändern und in wenigen Jahren ganz Europa oder doch dessen größten Teil so frei und glücklich machen, wie es die Schweiz heute ist.

Welches ist dieses vorzügliche Heilmittel?

Es ist die Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie oder doch so viel davon, wie möglich ist, indem wir ihr eine Struktur geben, in welcher sie in Frieden, in Sicherheit und in Freiheit bestehen kann.

Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten (...)

Ich sage Ihnen jetzt etwas, das Sie erstaunen wird. Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur so kann Frankreich seine moralische und kulturelle Führerrolle in Europa wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland (...)

Die Kanonen sind verstummt. Aber die Gefahren haben nicht aufgehört.

Wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa, oder welchen Namen sie haben werden, bilden wollen, müssen wir jetzt anfangen.

(...) Großbritannien, das britische Commonwealth, das mächtige Amerika und so hoffe ich wenigstens, Sowjetrussland sollen die Freunde und Förderer des neuen Europas sein und dessen Recht zu leben und zu leuchten, beschützen.»

- ERZÄHLER*IN 2: Das war Churchills Vision: ein Europa, geschaffen vom Sieger Frankreich und dem Besiegten Deutschland – «gefördert und freundschaftlich begleitet» von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion.
Wohlgemerkt: von einer Mitgliedschaft Seiner Majestät Georg V. Königreich in diesem Kontinentaleuropa ist keine Rede.
- ERZÄHLER*IN 1: 15.–21. September 1946, Hertenstein am Vierwaldstätter See:
Zur gleichen Zeit und nur einen Luftsprung von Zürich entfernt, kommen auf Einladung der Schweizer «Europa Union» fast 100 Repräsentanten aus 14 europäischen Ländern – die meisten ehemalige Widerstandskämpfer – zusammen, um ein Programm für eine EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT zu erarbeiten und zu veröffentlichen.
Hauptakteur: Altiero Spinelli. Er war davon überzeugt, dass schnell gehandelt werden müsse, denn wie es im Manifest von Ventotene schon hieß:
- ALTIERO SPINELLI: «In einer kurzen, intensiven Zeitspanne der allgemeinen Krise, in der die Staaten zerschmettert am Boden liegen und die Volksmassen in ihrem Verlangen nach neuen Parolen eine flüssige und glühende Masse sein werden, bereit, sich in neue Formen gießen zu lassen, fähig, die Führung aufrichtig internationalistischer Menschen zu akzeptieren und ihr zu folgen, werden die privilegierten Kreise der alten nationalistischen Staatssysteme mit List und Gewalt versuchen, die internationalistische Begeisterung und Leidenschaft zu dämpfen und stur die alten staatlichen Organismen wieder aufrecht zu stellen.»
- ERZÄHLER*IN 2: Mit «internationalistischer Begeisterung und Leidenschaft» einigten sich diese 100 «Aktivisten in Sachen Europa» auf zwölf Thesen für eine EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT auf föderativer Basis: einen Bundesstaat Europa.
- ZITATSPRECHER*IN 1: These 4:
«Die Mitglieder der EU übertragen einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte an die von ihnen gebildete Föderation.»
- ZITATSPRECHER*IN 2: These 5:
«Die EU steht allen Völkern europäischer Wesensart, die ihre Grundsätze anerkennen, zum Beitritt offen.»
- ZITATSPRECHER*IN 1: These 9:
«Die EU richtet sich gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.»
- ERZÄHLER*IN 2: Außerdem beschloss die Konferenz die Gründung eines Dachverbands der UNION EUROPÉÈNE DES FEDERALISTES (UEF).
- ERZÄHLER*IN 1: Einer ihrer Präsidenten wurde später Eugen Kogon. Seine Vorstellung von diesem übernationalen Bundesstaat war:
- EUGEN KOGON: – Eine verfassungsgebende Versammlung
– Eine Verfassung
– Ein Parlament
– Eine Regierung
– Ein Oberster Gerichtshof
– Eine gemeinsame Außenpolitik Gesamteuropas
– Eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik

Europa – im Inneren und nach außen friedensstiftend.

- ERZÄHLER*IN 1: Vision/Utopie Europa 1946 – Das war der Anfang für einen radikal veränderten Kontinent – oder «wäre» es gewesen... denn:
- ZITATSPRECHER*IN 1: «Keiner der zahlreichen Entwürfe und Pläne, keine der Visionen für ein vereintes Europa, die während des Krieges entstanden waren, hatten nach Kriegsende Aussicht auf Verwirklichung.»
- ZITATSPRECHER*IN 2: So schreibt Hans Wilderotter im Handbuch des Deutschen Bundestages, 2017.
- ZITATSPRECHER*IN 1: So vielfältig die unter den schweren Bedingungen nationalsozialistischer Bedrohung und Verfolgung konzipierten Europa-Pläne auch waren, so wenig wurden sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Politik umgesetzt.
- ZITATSPRECHER*IN 2: So schreibt Gottfried Erb in seinem Vorwort zu Eugen Kogons «Europäische Visionen», 1995.
- ERZÄHLER*IN 2: Der Grund einerseits:
- ZITATSPRECHER*IN 1: «Die Siegermächte, vor allem die beiden Supermächte, hatten kein Interesse an einem europäischen «Regionalpakt». Die Sowjetunion wollte auf gar keinen Fall zulassen, dass sich die osteuropäischen Länder ihres Einflussbereichs an irgendeiner europäischen Staatenverbindung beteiligten. Die USA setzten auf eine globale Friedenslösung, unterstützt durch die Vereinten Nationen.»
- ERZÄHLER*IN 2: Und der Grund andererseits:
- ZITATSPRECHER*IN 2: «Die alten Nationalstaaten richteten sich wieder ein. Ihre Politik enthielt nichts, was dem alten Kontinent eine neue Form hätte geben können.»
- ERZÄHLER*IN 2: Die Jugend mochte sich für Europa begeistern, Schlagbäume niederreißen, Tausende europäische Abgeordnete sich für einen Bundesstaat aussprechen; Hunderte Städte mit großer Mehrheit für eine Europäische Gemeinschaft votieren, ... auf die politische Agenda kamen schon im Frühjahr 1947 zwei ganz andere Themen.
- ERZÄHLER*IN 1: 12. März 1947, Washington:
Vor dem US-Kongress ruft Präsident Truman zu einer Politik des CONTAINMENT auf, der «Eindämmung» des sowjetischen Einflusses in der Nachkriegswelt.
- ZITATSPRECHER*IN 2: «Von da an wurde der Westen Europas gegen Sowjetrußland in Stellung gebracht – und es ging nun um Verteidigung gegen den Osten und nicht mehr um Frieden in Europa – aus dem Friedensprojekt wurde ein Verteidigungsprojekt.»
- ERZÄHLER*IN 1: 27. Mai 1947, Royal Albert Hall, London:
Glanzvoll wird der internationalen Öffentlichkeit eine Wirtschafts-Pro-Europa-Organisation präsentiert. Das von Winston Churchill initiierte, von seinem Schwiegersohn Duncan Sandys organisierte UNITED EUROPEAN MOVEMENT (UEM).

- ERZÄHLER*IN 2: Bankiers, Unternehmer, Ökonomen und ihre Lobbyisten, umgeben von einem Kreis Prominenter aus Politik, Wissenschaft, Medien und Kultur werben für eine europäische Zusammenarbeit der Volkswirtschaften zum Wiederaufbau der durch den Krieg fast zerstörten europäischen Wirtschaft.
- ERZÄHLER*IN 1: GEMEINSAMER MARKT und EINDÄMMUNG DER SOWJETISCHEN MACHT heißen die neuen Parolen.
- ERZÄHLER*IN 2: Ab 1947 geht es nicht mehr um Gesamteuropa, sondern um Westeuropa versus Osteuropa und an die Stelle der Grundfreiheiten für alle Europäer – politisch und sozial – treten die «Grundfreiheiten des gemeinsamen Marktes:
– Freiheit des Warenverkehrs
– Niederlassungsfreiheit
– Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr».
- ERZÄHLER*IN 1: 1947 bis 1957 wurden in diesem Sinn Verträge geschlossen: Montanunion, Euratom, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ...
Alle politischen Entwürfe, wie zum Beispiel der des italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi (auf Vorschlag von Altiero Spinelli) schlugen fehl. Das ist der Anfang oder eher die Vorgeschichte der Römischen Verträge, deren 60. Jahrestag wir begehen.
- ERZÄHLER*IN 2: Gibt es eine Chance zu den Anfängen vor diesem Anfang zurückzukehren?
- ERZÄHLER*IN 1: 25. März 2017, Rom:
Staatspräsident Sergio Mattarella vor den Regierungschefs der EU beim 60. Jahrestag der Römischen Verträge: «Die gegenwärtige Architektur Europas muss neu erdacht werden.»
- ERZÄHLER*IN 2: Nachtrag:
Einer, der nie aufgehört hat, für die Rückkehr zu den wahren Anfängen zu werben und zu arbeiten, war Altiero Spinelli, der weiterhin Verfassungstexte für Europa entwarf, der sich für ein machtvolles Europäisches Parlament einsetzte und für Europa-Direktwahlen. Und dem es 1984 – 27 Jahre nach den Römischen Verträgen – gelang, in ebendiesem nun direkt gewählten Europa-Parlament einen VERTRAGSENTWURF FÜR EINE EUROPÄISCHE UNION einzubringen, der mit großer Mehrheit angenommen wurde.
- ERZÄHLER*IN 1: 12. Februar 1984, Straßburg:
Abstimmungsergebnis:
- ZITATSPRECHER*IN 2: 237 Stimmen dafür, 31 dagegen, 43 Enthaltungen
- ZITATSPRECHER*IN 1: Artikel 82 sah ein «gesamteuropäisches Plebiszit» für dieses Vertragswerk vor. Erst wenn zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Gemeinschaft für eine Europäische Union votieren würde, würde es in Kraft treten. Vorher müssten alle nationalen Parlamente ihre Zustimmung geben.
- ERZÄHLER*IN 1: Eine Revolution in Sachen Europa.
Spinelli war 77 Jahre alt.
- ERZÄHLER*IN 2: Eugen Kogon, damals 81 Jahre alt, schrieb in den FRANKFURTER HEFTEN:
- EUGEN KOGON: «Einem einzigen Mann ist es zuzuschreiben, dass die europäische Verfassung als Ziel im Bewusstsein der politischen Akteure noch aktuell ist: dem

Italiener Altiero Spinelli, Abgeordneter im Europäischen Parlament, dorthin gewählt als parteiloser Kandidat auf der Liste der italienischen Eurokommunisten. Spinelli kennt die Problematik, die Geschichte und die Kräfteverhältnisse, die für die Vereinigung Europas bestimmend sind, wie niemand sonst, und es ist ihm gelungen, im Parlament eine Mehrheit für die Zielsetzung zustande zu bringen.

Die Frage ist, wie der Durchstoß zu den erforderlichen Entscheidungen in den Beschlussgremien der Mitgliedsstaaten gelingen soll.»

- ERZÄHLER*IN 2: Kein einziges europäisches Parlament leitete das Zustimmungsverfahren ein.
- ERZÄHLER*IN 1: 22. Mai 1985, London, House of Parliament:
Fragen an Außenminister Malcolm Rifkind, den Spinelli-Entwurf des Europäischen Parlaments betreffend:
- ZITATSPRECHER*IN 1: Abgeordneter John Mark Taylor:
Kann der Minister dem Hohen Haus versichern, dass Altiero Spinelli nichts weiter als der Weihnachtsmann der italienischen Politik ist und dass sein Bericht nichts weiter ist, als die futuristische Fantasterei eines alten Mannes, der so alt ist, dass er noch von Mussolini ins Gefängnis gesperrt wurde, aber wohl nicht alt genug, um Tag-Träume zu haben?
- ZITATSPRECHER*IN 2: Minister Rifkind
Der Bericht, der seinen Namen trägt, behandelt eine große Bandbreite von Fragen. Die grundsätzlichen institutionellen Reformen, die in diesem Bericht vorgeschlagen werden, werden von Ihrer Majestät Regierung nicht als Vorschlag für ein akzeptables Fundament für die Zukunft der Gemeinschaft angesehen.
- ZITATSPRECHER*IN 1: (Quelle: House of Commons Debate, 22. Mai 1985, Band 79, S. 999–1001)
- ERZÄHLER*IN 2: Zur gleichen Zeit hielt Staatspräsident François Mitterrand eine Lobrede auf den Entwurf vor dem Europäischen Parlament – und kündigte eine Regierungskonferenz an, die über die Reformen der EU beraten sollte.
Die Nationalversammlung hatte abgelehnt.
- ERZÄHLER*IN 1: 22. August 2016, auf einem Flugzeugträger vor der Insel Ventotene, 30 Jahre nach Altiero Spinellis Tod, 75 Jahre nach der Veröffentlichung des Manifestes, lädt Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi Angela Merkel und François Hollande zu einem Dreier-Treffen in Sachen EUROPA ein.
- ERZÄHLER*IN 2: Auf der Tagesordnung: Brexit, Euro-Schwäche, Flüchtlinge, Populisten, Jugendarbeitslosigkeit, Schuldenberge.
- ERZÄHLER*IN 1: Renzi hat die Hoffnung, dass der «Geist von Ventotene» die EU neu beleben könnte.
- ERZÄHLER*IN 2: Ergebnis: Es wurden keinerlei konkrete Schritte in Richtung Europa gemacht, nur ein SÜD-EUROPA-GIPFEL geplant.
- ERZÄHLER*IN 1: Was hat Mark Aurel im Jahr 150 nach Christi Geburt geschrieben?

ZITATSPRECHER*IN 1: «Nicht den Mut verlieren,
nicht aus Verdruss aufgeben,
wenn es dir nicht vollständig gelingt,
alles nach richtigen Grundsätzen auszuführen!
Wenn etwas misslungen ist,
fang wieder von Neuem an.»



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**